



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Zuwanderung und Integration:

Kommunalverbände schlagen Alarm

Mitte Juni werden im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz in der Bremer Landesvertretung Kommunalpolitiker von der Bundespolitik wichtige Wegweiser zur Bundesteilnahme und zur Integration von Flüchtlingen erhalten. Dies nahmen der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Christian Bernreiter und der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, zum Anlass, die Forderungen ihrer Kommunalverbände nochmals deutlich zu artikulieren.

Bei einer Pressekonferenz im Haus der bayerischen Landkreise in München zeigte sich Präsident Bernreiter mit seinen kommunalen Kollegen einig, dass der aktuelle Entwurf zum Bundesteilhabegesetz allein schon wegen der offenen Finanzierungsfragen abgelehnt wird. Er forderte weiterhin die im Koalitionsvertrag zugesagte kommunale Entlastung in der Eingliederungshilfe in Höhe von 5 Mrd. Euro bei gleichzeitiger jährlicher Dynamisierung. „Es wäre absolut unverständlich, wenn dieses bedeutsame finanzielle Versprechen nur aufgrund von unterschiedlichen Zuständigkeitsregelungen in den Bundesländern nicht eingehalten werden könnte“, betonte Bernreiter.

Steigende Kosten

Bayern zählt mit Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen zu den Bundesländern, in denen die Kommunen die Kosten der Eingliederungshilfe zu 100 % tragen. Diese betragen im Jahre 2014 rund 2,2 Mrd. Euro und stellen den größten Einzelposten im Bereich der sozialen Ausgaben dar. Mehr als 1,1 Mio. Menschen erhalten aufgrund ihrer schweren Behinderung Leistungen aus der Eingliederungshilfe, für z. B. Schulbesuche, Behindertenwerkstätten oder Lebenshilfe allgemein. Die Kosten steigen jährlich.

Verlässliche Zahlen zu Kosten der Integration von Flüchtlingen gibt es derzeit nicht. Rund 70 % der in Bayern befindlichen Asyl-antragsteller erhalten nach Statistiken des BAMF derzeit einen

Schutzstatus als Flüchtlinge. Sie sind damit zunächst für die nächsten drei Jahre berechtigt in Deutschland zu verbleiben. Auch ohne Integrationsgesetze auf Bund- und Länderebene stellen sich Bayerns Kommunen bereits auf vielfältige Art und Weise den Integrationsaufgaben. Das Thema Wohnen ist dabei eines der größten Herausforderungen. Vielfach müssen die Flüchtlinge mangels vorhandenen sozialen Wohnraums noch in den staatlichen Unterkünften verbleiben. Dies kann laut Bayerischem Landkreistag nur eine vorübergehende Lösung sein.

Vermittlung in Arbeitsmarkt

Bernreiter zufolge „gehen wir davon aus, dass zunächst rund 90 % der Flüchtlinge auf umfangreiche Sozialleistungen angewiesen sind, weil sie noch nicht in den



Hilfe für Hochwasserregionen

In verschiedenen Regionen Bayerns kam es durch extreme Wetterlagen und Dauerregen in den vergangenen Tagen zu teilweise starken Überschwemmungen. Mehrere Todesopfer waren zu beklagen. Ministerpräsident Horst Seehofer machte sich in Simbach am Inn ein Bild der Lage und sprach mit den örtlichen Kommunalvertretern, Betroffenen und Helfern.

Aktuell beschloss das Bayerische Kabinett, die Geschädigten in den besonders betroffenen Gebieten zu unterstützen. Nach derzeitigem Stand sind dies die Stadt Ansbach sowie die Landkreise Ansbach, Neustadt a. d. Aisch/Bad Windsheim, Weißenburg-Gunzenhausen, Landshut, Straubing-Bogen, Dingolfing-Landau, Kelheim, Passau und Weilheim-Schongau. Zur Linderung der ersten Not wird ein Sofortgeld in Höhe von 1.500 Euro ausbezahlt. Betriebe mit bis zu 50 Mitarbeitern und Vereine erhalten bis zu 5.000 Euro Sofortgeld. Daneben wird es für Gewerbetreibende, Freie Berufe sowie Land- und Forstwirte eigene, weitergehende Hilfsprogramme geben. Zudem kommen Hilfen, etwa für die Wiederbeschaffung von zerstörtem Hausrat bis zu 5.000 Euro sowie für die Beseitigung von Ölschäden bis zu 10.000 Euro in Betracht. Darüber hinaus wird für besondere Härtefälle ein Härtefonds eingerichtet.

Das Sozialministerium hat ein zentrales Spendenkonto „Hochwasserhilfe Bayern“ und eine Spendenhotline eingerichtet: IBAN: DE80700500000000082000 und BIC: BYLADEM3333. Hotline: 089/1261-1660.

Unser Bild zeigt (v. l.): MdL Reserl Sem, Landrat Michael Fahmüller und Ministerpräsident Horst Seehofer gemeinsam mit Niederbayerns Regierungpräsident Heinz Grunwald (r.).

Power für Bayerns Kommunen:

GZ lädt zum Energie-Forum

Achtung neuer Veranstaltungsort! Am 23. Juni 2016 ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im **Veranstaltungsforum Fürstfeld** bei Fürstfeldbruck treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Bitte merken Sie den Termin schon heute vor. Weitere Informationen unter www.bayerisches-energieforum.de



Internationaler Tag der Pflege:

Berufsbild attraktiver gestalten

Bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege hat Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml angemahnt. Anlässlich des „Internationalen Tages der Pflege“ plädierte sie für mehr engagierte Pflegekräfte. Neben einer guten Ausbildung sei ein angemessener Lohn wichtig.

„Gute Pflege muss uns etwas wert sein. Es darf nicht der Arbeitgeber im Nachteil sein, der gerechte Löhne zahlt“, erläuterte Huml. Bereits vor zwei Jahren hatte sich die Ministerin erfolgreich im Bundesrat dafür eingesetzt, dass gezahlte Tariflöhne im Rahmen von Pflegesatzverhandlungen von den Kassen und Sozialhilfeträgern nicht als unwirtschaftlich abgelehnt werden dür-

fen. In Bayern wird die Tarifvergütung bereits seit 2013 in den Pflegesätzen von den Pflegekassen berücksichtigt.

Qualifiziertes Personal

Wie Huml bekräftigte, bleibe eines der dringlichsten Themen die Gewinnung von qualifiziertem Personal. Hier seien alle Akteure gefordert - neben Bund und Ländern vor allem auch die Bundesagentur für Arbeit, die Kostenträger und vor allem die Einrichtungen als Arbeitgeber.

Bayern hatte die erfolgreiche Kampagne „Herzwerker“ ins Leben gerufen, um mehr Fachkräfte für die Pflege zu gewinnen. Huml erläuterte: „Die Schülerzahlen in der Altenpflege in Bayern sind seit dem Schuljahr 2009/2010 um fast 40 Prozent gestiegen. Darauf wollen wir aufbauen.“ Außerdem habe die Staatsregierung dafür gesorgt, dass die Schüler für die Altenpflegeausbildung in Bayern kein Schulgeld mehr zahlen müssen - anders als in anderen Bundesländern.

Mitarbeiterzufriedenheit

Laut Ministerin ist die Gestaltung von Arbeitsbedingungen an erster Stelle Aufgabe der Arbeitgeber und der Gewerkschaften. Angesichts des in nahezu allen Branchen bestehenden Fachkräftemangels stellen auch Pflegeeinrichtungen die Personalgewinnung und die Mitarbeiterzufriedenheit zunehmend in den Vordergrund. „Wir unterstützen sie hierbei, zum Beispiel durch die Herzwerker-Kampagne, die modellhafte sozialpädagogische Begleitung von Altenpflegeschülern oder durch die Entbürokratisierung in der Pflege. Hierzu haben wir ein Begleitgremium unter Vorsitz der früheren Staatsministerin Christa Stewens ins Leben gerufen.“

In Bayern leben gegenwärtig 320.000 pflegebedürftige Menschen (Fortsetzung auf Seite 4)



Landkreistagspräsident Christian Bernreiter (l.) gemeinsam mit Geschäftsführendem Präsidialmitglied Dr. Johann Keller.

Bayerischer Landkreistag in Bad Kissingen:

Bernreiter fordert Solidarität

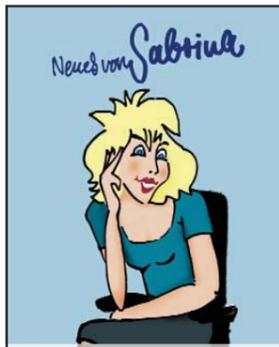
„Enorm wichtige Baustellen“ gibt es derzeit beim Bayerischen Landkreistag, über die Präsident Christian Bernreiter bei der Jahrestagung des kommunalen Spitzenverbandes in Bad Kissingen berichtete. Die vielfältigen Verpflichtungen der Kommunen erfordern immensen finanziellen Aufwand. Um diesen zu stemmen, sind die Entscheider vor Ort unbedingt auf eine prosperierende Wirtschaft angewiesen. Deshalb stand die Tagung ganz im Zeichen der Herausforderungen und Perspektiven, die das Zusammenwirken von Landkreisen und Wirtschaft definieren.

Als finanziell größte Baustelle bezeichnete der Präsident die im Koalitionsvertrag festgelegte Entlastung der Kommunen um fünf Milliarden Euro. Damit sollen die enorm steigenden Kosten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ausgeglichen werden. Irritiert und überrascht zeigte sich Bernreiter über die jüngste „Freigabe“ des Bundesteilhabegesetzes im Koalitionsausschuss. „Wer soziale Wohltaten beschließt, muss auch die Zeche zahlen“, verlangte der Verbandspräsident.

Wer anschafft, bezahlt

Die Kommune mit ihren knappen Kassen sei hier eindeutig überfordert. Derzeit liegen die Kosten für die Eingliederungshilfe bei 15 Milliarden Euro; aber bis 2020 sollen es jährlich 21,6 Milliarden sein. Der Deggendorfer Landrat will deshalb das jüngst von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles mit der PNP geführte Interview im Safe des Landkreistags verwahren. Die Ministerin hatte nämlich wörtlich gesagt: „Die Mehrkosten, die durch das Gesetz bei der Einglie-

derungshilfe für Behinderte entstehen, zahlt der Bund alleine.“ Die Entlastung von fünf Milliarden (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Mode im Büro ist im Wandel. Wo früher viel Wert auf korrekte Anzüge mit Kraut- bzw. Blazer und die passenden Schuhe mit hohen Absätzen gelegt wurde, geht es heutzutage eher etwas liberaler zu. Je nach Anlass tun es manchmal auch Hemd und saubere Jeans. Selbst flache Schuhe sind bei den Damen - endlich! - akzeptiert. S. 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Städtebauförderung: 49 Millionen Euro für Gemeinden	Seite 2
DStGB-Hauptausschuss: Flüchtlingspolitik und Innere Sicherheit	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Integrationsgesetz muss Menschen vor Ort unterstützen	3
Institut für Public Management: Erste Adresse	3
Paragrafenbremse weiter erfolgreich	3
15.295 vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder in Bayern	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen	5-9
Kommunale Energiepolitik	10-17
Aus den bayerischen Kommunen	18-20

DSStGB-Hauptausschuss in Norderstedt:

Flüchtlingspolitik und Innere Sicherheit

Der Hauptausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes tagte bei seiner 44. Sitzung Ende Mai in Norderstedt. Zentrale Themen waren dabei die Integration von Flüchtlingen und Fragen der Inneren Sicherheit. Neben Torsten Albig, Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein sprach auch Dr. Frank-Jürgen Weise, Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge.

Welche Rolle die Zivilgesellschaft bei der Terrorabwehr spielen kann, darüber informierte Elmar Theveßen, stellvertretender Chefredakteur des ZDF und Terrorismusexperte. Norderstedts Oberbürgermeister Hans-Joachim Grote, gleichzeitig Erster Vize-Präsident des DSStGB, ging in seiner Rede wiederum auf die Herausforderungen und Trends der Digitalisierung in der heutigen Stadtgesellschaft ein.

Zum Thema „Integration - Herausforderung und Chance für Deutschland“ äußerten sich in einer abschließenden Podiumsdiskussion Dr. Uwe Brandl, 1. Bürgermeister der Stadt Abensberg und Vizepräsident des DSStGB, Dr. Stefan Heße, Erzbischof des Erzbistums Hamburg, Ingrid Liebing, MdB und Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung sowie Dr. Ralf Stegner, SPD Fraktionsvorsitzender im Landtag Schleswig-Holstein.

Angesichts erhöhter Terrorgefahr und der weiter anwachsenden Alltagskriminalität sind immer mehr Menschen zunehmend verunsichert und beginnen zu zweifeln, ob der Staat ihre Sicherheit ausreichend gewährleisten kann. So ist nach der kürzlich vorgestellten polizeilichen Kriminalstatistik 2015 die Zahl der Wohnungseinbrüche und Einbruchversuche gegenüber dem Jahr 2014 um gut 10 Prozent angestiegen. Angst, Radikalisierungen und sogar die Aufstellung von Bürgerwehren sind die Folge.

„Das dürfen wir nicht hinnehmen, der Staat muss seine Handlungsfähigkeit zeigen, die Bürgerinnen und Bürger besser schützen und die Sicherheitsstrukturen stärken“, machte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, im Anschluss an die Hauptausschusssitzung deutlich.

Der DSStGB fordert ein Bündnis für mehr Sicherheit zwischen Bund und Ländern, das die Kommunen bei dieser wichtigen Aufgabe unterstützen. Dazu gehören:

- Mehr sichtbare Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit: Den „Schutzmann an der Ecke“ und den Streife gehenden Polizisten gibt es nur noch selten. Diese Entwicklung muss umgekehrt werden. Die Polizei ist und bleibt für die Bekämpfung der Kriminalität zuständig und muss unmittelbar und sichtbar einschreiten.

- Bundesweites Konzept gegen zunehmende Wohnungseinbruchsdelikte: Nach wie vor ist die Zahl der Wohnungseinbrüche viel zu hoch (2015 über 167.000 Fälle) und verunsichert die Menschen. Gerade in von Einbrüchen besonders betroffenen Gebieten muss die Sichtbarkeit der Polizei erhöht und ausreichende Ermittler eingesetzt werden. Dazu wird eine Aufstockung der Polizeikräfte, insbesondere bei den Ländern, unverzichtbar sein.

- Entlastung der Polizei von bürokratischen Aufgaben und größere Konzentration auf Strafverfolgung und Straftatenverhinderung: Die Polizei sollte von möglichst vielen bürokratischen Aufgaben entbunden werden, wie zum Beispiel der Begleitung von Schwertransporten oder den Geschwindigkeitsmessungen im Verkehr.

- Städtebauliche Kriminalprävention: Durch eine städtebauliche Kriminalprävention kann das Entstehen von „Angsträumen“ und gefestigter Deliktsstrukturen verhindert werden, etwa durch entsprechende Beleuchtungskonzepte, die Einsehbarkeit von verborgenen Winkeln oder eine verstärkte Videoüberwachung. Schäfer forderte auch einen Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Hasskriminalität, Bedrohung und Angriffe auf Entscheidungsträger und Einsatzkräfte.

- Null-Toleranz des Staates gegenüber Bedrohungen von kommunalen Entscheidungsträgern: Die Hasskriminalität in der politischen Auseinandersetzung in Deutschland nimmt dramatisch zu. Sie hat mit der Messerattacke auf die Kölner Oberbürgermeisterin einen traurigen Höhepunkt erreicht. Im Netz werden Schmährufe, Bedrohungen und Beleidigungen veröffentlicht. Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte werden teilweise angegriffen, beleidigt und verletzt. Bürgermeister und Landräte werden bedroht, ihre Familienangehörigen drangsaliert und eingeschüchtert. Teilweise hat das schon zu Rücktritten geführt.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden und wiederholten Bedrohung von kommunalen Entscheidungsträgern und deren Familienangehörigen hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Einführung eines neuen Tatbestandes „Politikerstalking“ als § 238a StGB vorgeschlagen.

Kernaussage muss sein, dass das unbefugte Nachstellen von Amts- oder Mandatsträger oder von für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten, das geeignet ist, die Lebensführung des Betroffenen zu beeinträchtigen, mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft wird.

Stichwort Flüchtlingspolitik: Mit Blick auf die zurückgehenden Flüchtlingszahlen hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Politik davor gewarnt, im Hinblick auf die zurückgehenden Flüchtlingszahlen zur Tagesordnung überzugehen. Im Jahre 2015 sind über 1 Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. Zwar ist zwischenzeitlich der Flüchtlingsstrom deutlich geringer geworden, trotzdem rechnet die Bundesregierung auch für dieses Jahr mit 600.000 Personen. „Wir können auch nicht erwarten, dass in den späteren Jahren die Zahlen deutlich niedriger ausfallen, da die Krisen in der Welt, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika anhalten werden. Wir müssen uns also darauf einstellen, dass weiterhin Menschen in der Größenordnung einer deutschen Großstadt jährlich nach Deutschland kommen“, stellte DSStGB-Präsident Schäfer fest.

Anhaltende Krisenlage

Dies stelle immense Herausforderungen an Verwaltung, Organisation, Beschaffung von Wohnraum und insbesondere Integration dar. Gerade weil ein großer Teil der Flüchtlinge lange oder sogar dauerhaft in Deutschland bleiben wird, sei die Integration die Herkulesaufgabe für die nächsten Jahrzehnte.

„Darauf müssen wir uns strategisch besser vorbereiten. Ob die Integration gelingt, entscheidet sich in den Städten und Gemeinden. Es ist Aufgabe der Politik, die notwendigen Rahmenbedingungen schnell und dauerhaft zu schaffen. Das angekündigte Integrationsgesetz ist ein erster und richtiger Schritt. Offen ist bedauerlicherweise nach wie vor die Frage, wie die Integrationsleistungen der Kommunen finanziert werden“, fuhr Schäfer fort. „Wir erwarten eine verbindliche Vereinbarung zwischen Bund und Ländern, damit die Kommunen Planungssicherheit haben.“ Über 100.000 Kitakinder und 300.000 SchülerInnen und Schüler müssten von den Kommunen aufgenommen und in den entsprechenden Einrichtungen untergebracht werden. Die Integrationsleistungen der Städte und Gemeinden insgesamt erforderten jährlich einen zweistelligen Milliardenbetrag.

Auch die Anstrengungen im sozialen Wohnungsbau sind laut DSStGB deutlich weiter zu verstärken. Bezahlbarer Wohnraum sei nicht nur für Flüchtlinge, sondern auch für Deutsche in vielen Ballungsgebieten Mangelware. Eine gleichmäßige und gerechte Verteilung der Flüchtlinge, um Ghettoisierungen insbesondere in Ballungsgebieten zu vermeiden, sei unverzichtbar. Deshalb fordert der Deutsche Städte- und Gemeindebund, die sogenannte Wohnsitzauflage in einem eigenen Gesetz vorzuziehen, damit sie möglichst schnell in Kraft treten kann.

Dabei geht es dem Verband aber nicht nur darum, Flüchtlinge dorthin zu schicken, wo Wohnraum zur Verfügung steht. Integration setze Spracherwerb, Wohnen, Arbeit und Teilhabemöglichkeiten voraus. Soweit in strukturschwachen ländlichen Regionen

Wohnraum vorhanden ist, müssten auch die notwendigen Mittel bereitgestellt werden, um dort auch Arbeitsplätze und die notwendige Infrastruktur für die neuen Mitbürgerinnen und Mitbürger zu schaffen. Gleichzeitig könne eine solche Verteilung auch eine Chance sein, den demografischen Wandel, unter dem viele Regionen in Deutschland leiden, abzufedern und neue Strukturen entstehen zu lassen.

Die notwendigen Prozesse werden Schäfer zufolge Jahrzehnte dauern, viel Verwaltungskraft binden und nicht immer gelingen. „Darauf müssen wir uns und auch die Bevölkerung vorbereiten, ohne jedoch die damit verbundenen Chancen kleinzureden“, so der Präsident.

Wie Dr. Frank-Jürgen Weise, Chef des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, hervorhob, lebten in Deutschland immer mehr Menschen, die über Jahre weder anerkannt noch abgeschoben werden. Die Geduldeten hätten kaum Möglichkeiten, zu arbeiten und sich so zu integrieren. Weise forderte in diesem Zusammenhang ein Bleiberecht für langjährig geduldete Ausländer in Deutschland. „Wenn wir sie nicht in ihre Heimatländer zurückführen können, müssen wir ihnen eine andere Perspektive geben. Es geht nicht, dass Geduldete sechs oder zehn Jahre in Deutschland sind, ohne etwas arbeiten oder lernen zu dürfen“, unterstrich Weise.

Zwar sei der Arbeitsmarktzugang erleichtert worden; wegen ihres unsicheren Aufenthaltsstatus' falle es Geduldeten jedoch weiterhin schwer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Aus diesem Grund plädierte Weise für eine Stichtagsregelung: „Wer vor einem bestimmten Stichtag hier gewesen ist, darf bleiben“, so der Vorschlag des BAMF-Präsidenten. **DK**

Bund-Länder-Städtebauförderprogramm:

49 Millionen Euro für 106 bayerische Gemeinden

Im Rahmen des Zentrenprogramms der Bund-Länder-Städtebauförderung stehen in diesem Jahr Fördermittel von rund 29,6 Millionen Euro für insgesamt 106 bayerische Gemeinden zur Verfügung. Zusammen mit den Aufwendungen der Gemeinden ergibt sich ein Gesamtinvestitionsvolumen von 49 Millionen Euro zur Bewältigung struktureller Herausforderungen in den zentralen Städte- und Ortsbereichen. Dies teilte jüngst Innen- und Bauminister Joachim Herrmann mit.

Mit den Mitteln aus dem Zentrenprogramm unterstütze der Freistaat vor allem Kommunen mit strukturellen Problemen. Es gehe hierbei um den Erhalt und die Stärkung der zentralen Handels- und Gewerbestrukturen sowie der Kultur-, Freizeit-, Wohn- und Bildungsangebote, erklärte der Bauminister. Man wolle auch den sozialen Zusammenhalt durch vielfältige Wohnformen und Infrastruktureinrichtungen fördern. Darüber hinaus solle öffentlicher Raum aufgewertet sowie Städtebaukultur und stadtverträgliche Mobilität gepflegt werden. Zudem werde partnerschaftliche Zusammenarbeit unterstützt. Für eine nachhaltige Entwicklung der Zentren sei eine fundierte Bürgerbeteiligung und integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte unerlässlich,

Bayerisches Integrationsgesetz:

Fördern und Fordern

Keine zusätzlichen Kosten für die Kommunen

Im vergangenen Jahr sind ca. 1,1 Millionen Flüchtlinge aus Krisengebieten nach Deutschland gekommen. Aufgrund der weiter andauernden Kriegshandlungen in Syrien, Afghanistan und Teilen Afrikas ist ein Ende der hohen Flüchtlingszahlen nicht in Sicht. In Bayern befinden sich derzeit 155.000 Asylbewerber in festen Unterkünften. Vor diesem Hintergrund und der bevorstehenden Integration zehntausender Asylanter hat die Staatsregierung jetzt ein Bayerisches Integrationsgesetz zur Bewältigung der enormen Herausforderungen auf den Weg gebracht.

Sozial- und Integrationsministerin Emilia Müller begründete den jüngst in Erster Lesung im Landtag eingebrachten Gesetzesentwurf der Staatsregierung. Damit bekenne sich Bayern zu seiner Verantwortung und biete den Migranten Hilfe und Unterstützung zur Integration. Kern des Gesetzes sei der Grundsatz des Förderns und Forderns. „Wir wollen, dass die Migranten mit uns leben nicht neben uns und nicht gegen uns“, betonte die Ministerin. Dafür verlange man jedoch einen aktiven Integrationswillen. Dass Integration gut funktioniere, zeige sich seit Jahren in den Großstädten München und Augsburg, wo es anteilmäßig mehr Menschen mit Migrationshintergrund gebe als in Berlin.

Als Beispiel gezielter Förderung von Migranten nannte Müller das bayerische Sonderprogramm „Zusammenhalt fördern, Integration stärken“. Mit diesem Maßnahmenpaket von ca. 548 Millionen Euro allein für 2016 habe man ein in Deutschland einmaliges Programm aufgelegt. Der Freistaat investiere gezielt in die Vermittlung seiner Werte, der deutschen Sprache sowie in gute

Bildungs- und Arbeitschancen. Abschließend erklärte die Ministerin, das Bayerische Integrationsgesetz sei ein ausgewogenes Gesamtpaket. Damit reagiere der Freistaat auf die künftigen Herausforderungen finanzieller, gesellschaftlicher und kultureller Art. Darüber hinaus sei Integration auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Letzteren entstünden keine zusätzlichen Kosten.

Integration als Chance

Margarete Bause, Fraktionsvorsitzende der Grünen, erklärte, die Themen Zuwanderung und Integration beschäftigten ihre Partei schon seit vielen Jahren. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf den von ihrer Fraktion gleichzeitig in Erster Lesung eingebrachten Entwurf für ein Bayerisches Integrations- und Partizipationsgesetz. Integration gehöre zur Geschichte des Landes und sei eine Chance. Viele Migranten hätten Bayern reicher gemacht, ohne sie sei der Wohlstand nicht denkbar. Es gehe vor allem um Bildung und Förderung für alle von Anfang an. Man brauche überschaubare Strukturen und das Engagement von Ehrenamtlichen. Der CSU warf Sause vor, für sie sei Zuwanderung und Integration ein Angstthema und eine Strafaufgabe. Mit ihrem Gesetzesentwurf schaffe die CSU eine Zweiklassengesellschaft.

SPD-Fraktionsvorsitzender Markus Rinderspacher kritisierte den Regierungsentwurf heftig. Er beinhalte diskriminierende Sonderregeln für Ausländer und spalte die Gesellschaft. Darüber hinaus schüre er Ängste und heize das gesellschaftliche Klima in Bayern unnötig auf. Die Spitzen von katholischer und evangelischer Kirche hätten sich bereits davon distanziert. Rinderspacher forderte einen Gesetzesentwurf des 21. Jahrhunderts.

Hans Jürgen Fahn (FW) begrüßte den Gesetzesentwurf der Staatsregierung, der grundsätzlich ein positives Signal aussende. Auch für ihn ist Integration eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihm gehe es vor allem um die Sprache als zentrales und verbindendes Element. Ob Integration gelinge, entscheide sich in den Kommunen mit ihrer Schlüssel-funktion. Fahn warnte davor, die Kommunen auf ihren zusätzlichen Kosten sitzen zu lassen. Hier sei auch der Bund gefragt.

Der CSU-Fraktionsvorsitzende, Thomas Kreuzer, wies die Kritik von SPD und Grünen zurück. Mit ihrem Regierungsentwurf zur Integration verfolge die CSU eine klare Linie der Menschlichkeit. Integration gelinge nur bis zu einer gewissen Anzahl. Man müsse konsequent den Aufenthalt derjenigen beenden, die keine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung haben. Sein Stellvertreter, Josef Zellmeier, ergänzte, mit dem Gesetzesentwurf wolle die CSU die Werte von Bayerns Kultur („Leitkultur“) nahe bringen. Es gehe um Weltoffenheit und Bewahrung der eigenen Identität. Das Land solle sich evolutionär, nicht revolutionär entwickeln. Den Gesetzesentwurf der Grünen lehnte Zellmeier als nicht weitreichend genug ab. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Franz
97833 Frammersbach
am 15.6.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Hans Eschlberger
83404 Ainring
am 10.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Manfred Nerlinger
86517 Wehringen
am 10.6.

Bürgermeister
Karl-Heinz Rudolph
88171 Weiler-Simmerberg
am 11.6.

Bürgermeister Gerhard Rammler
91595 Burgoberbach
am 10.6.

Bürgermeister Konrad Barm
89331 Burgau
16.6.

Bürgermeisterin Carolin Braun
92345 Dietfurt a. d. Altmühl
am 18.6.

Bürgermeister
Hans-Peter Baumann
95126 Schwarzenbach a.d. Saale
am 21.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Oberbürgermeister
Mathias Neuner
86899 Landsberg a. Lech
am 13.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinz Pollak
94065 Waldkirchen
am 16.6.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerisches Betreuungsgeld kommt

Der Landtag hat jüngst das Gesetz zum Bayerischen Betreuungsgeld beschlossen. Bayerns Familienministerin Emilia Müller reagierte darauf sehr erfreut: „Wir stehen für eine Familienpolitik, die Vielfalt ermöglicht. Wir wollen den Eltern keinen Lebensentwurf aufzwingen oder behaupten, es gebe nur einen einzigen richtigen Weg. Deshalb unterstützen wir alle Familien – Eltern, die ihre Kinder in eine Kita geben genauso wie Eltern, die ihre Kinder lieber selbst oder etwa mit Unterstützung der Großeltern betreuen wollen. Für sie gibt es jetzt das Bayerische Betreuungsgeld.“

Eltern konnten nach dem Verbot des Bundesverfassungsgerichts nicht mehr vom Betreuungsgeld des Bundes profitieren. Das Bayerische Betreuungsgeld kann deshalb rückwirkend bis zum Januar 2015 beantragt werden. **□**

Institut für Public Management in Ismaning:

Erste Adresse für öffentliche Verwaltungen

GZ-Interview mit IPM-Direktor Hans-Peter Mayer

Professionalität in der öffentlichen Verwaltung nimmt traditionell einen hohen Stellenwert ein. Zudem bewegen sich Verwaltungen in einem immer dynamischeren Umfeld, was in den vergangenen Jahren zu einem veränderten Anforderungsprofil des Führungsnachwuchses geführt hat. So melden öffentliche Verwaltungen einen wachsenden Bedarf an praxisnah ausgebildeten Führungskräften, die fundierte betriebswirtschaftliche Kenntnisse auf akademischem Niveau nachweisen können. Als Handlungs-Kompetenz-Zentrum im deutschsprachigen Raum versteht sich hierbei das Institut für Public Management der Hochschule für angewandtes Management (HAM) mit Sitz in Ismaning, das zu Beginn des Jahres seine Tätigkeit aufgenommen hat. Wie der Direktor des Institutes, Dipl. Kfm. Hans-Peter Mayer, in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte, ist das IPM das Ergebnis einer Zusammenführung des Bereiches Public Management und der MP. Unternehmensberatung.

Spezialisiert sei das Institut auf den öffentlichen Sektor, auf Kommunalverwaltungen, Landesverwaltungen und sonstige öffentliche Einrichtungen und Betriebe. In Zusammenarbeit mit den wissenschaftlichen Kernkompetenzen der HAM, der Privatuniversität Schloss Seeburg in Seekirchen bei Salzburg und renommierten Praktikern sei eine akademische Beratungs- und Forschungsein-

veau eine tragende Säule des Institutes. Darüber hinaus kümmert es sich um aktuelle Problemstellungen in Verwaltungen sowie Brennpunkthemen wie Integrationsmanagement und eGovernment.

Branchenbezug

Gemeinsam mit der Hochschule für angewandtes Management offeriert das IPM gezielt bran-

chment, Personal, Marketing/Kommunikation und Controlling ausgebildet. Konkret werden für den Bereich Public Management folgende Hochschul-Zertifikatsprogramme mit einer Ausbildungsdauer von jeweils sechs Monaten angeboten: Integrationsmanager (FH), Verwaltungscontroller (FH), Referent für Marketing & Öffentlichkeitsarbeit (FH), Social Media Manager (FH), Personalentwickler öffentlicher Dienst (FH), Bauhofmanager (FH), Wirtschaftsförderer (FH), Stadtmarketing- und Citymanager sowie Sozialmanager (FH). „Unsere Zertifikatslehrgänge sind für den Bedarf vor Ort jeweils maßgeschneidert. Die Absolventen erhalten genau die Ausbildung, die sie qualifiziert, sofort einsetzbar zu sein. Entscheidet man sich für eine weitere Qualifizierung, können Teile der Weiterbildungsmaßnahme auf ein späteres Studium angerechnet werden“, betonte Mayer.

Als „Besonderheit unserer Aus- und Weiterbildungen“ nannte der IPM-Leiter das semi-virtuelle Konzept, das ideale Voraussetzungen für die Gestaltung von dualen Karrieren, von Weiterbildung parallel zum Beruf, bietet. Das Konzept setze sich aus Präsenzphasen vor Ort und Online-Lernphasen zusammen.

Enge Zusammenarbeit mit öffentlichen Verwaltungen

Das Institut für Public Management legt großen Wert auf angewandte Forschung. Ziel seiner Forschungsvorhaben ist dabei stets die enge Zusammenarbeit mit öffentlichen Verwaltungen. Praktische Anwendungsprobleme erfahren so über fundierte Expertenkenntnisse stets nutzbringende Lösungsansätze.

Das Institut befasst sich mit allen Facetten des modernen Handels und berücksichtigt dabei insbesondere die gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen, die in den öffentlichen Verwaltungen in den vergangenen Jahren in besonderer Weise Wirkung zeigen. Darüber hinaus beschäftigt sich IPM mit internationalen Trends und den Auswirkungen der Urbanisierung und Globalisierung. Schwerpunkte aktueller Forschungsprojekte finden sich in den Bereichen eGovernment, Wirkungs- und Effizienzmanagement, Haushaltskonsolidierung, Stadtentwicklung sowie Strategie & Partizipation.

Das Forschungszentrum für eGovernment beschäftigt sich mit zukunftsfähigen Lösungen für modernes Regieren und Verwalten. Die Experten befassen sich dabei mit allen Fragen der Anwendung von IKT in Staat und Gesellschaft. Neue Organisationsmodelle und der IKT-Einsatz in Regionen gehören ebenso zum Themenspektrum wie ausgewählte Fragen im Bereich Sicherheit und Infrastrukturen oder Gesundheit. Politische Entscheider und Verwaltungen werden durch anwendungsnahe Forschungs-, Beratungs- und Weiterbildungsleistungen unterstützt, ihre Modernisierungsvorhaben strategisch ausgerichtet zu entwickeln und wirkungsvoll umzusetzen.

In vielen Leistungsbereichen der öffentlichen Verwaltung bietet die interkommunale Zusammenarbeit entscheidende Vorteile. Der Austausch von Informationen, die gemeinsame Bearbeitung von Themen, das gemeinsame Planen und Durchführen von Projekten sowie die Nutzung von Synergien zahlen sich für alle Be-



Dipl. Kfm. Hans-Peter Mayer im Gespräch mit Anne-Marie von Hassel (l.) und Doris Kirchner von der Bayerischen Gemeindezeitung.

richtung entstanden. Neueste Erkenntnisse aus Wissenschaft und Praxis würden gebündelt und böten so einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung im Handel öffentlicher Verwaltungen.

Großer Erfahrungsschatz

Durch den Zusammenschluss mit der MP. Unternehmensberatung kann das IPM Mayer zufolge auf einen Erfahrungsschatz aus mehr als 500 Beratungsprojekten bei über 100 Kunden zurückgreifen. Damit könne das Institut seinen Kunden einen deutlichen Mehrwert gegenüber herkömmlichen Dienstleistern bieten. Ergänzt wird das Wissen um die wissenschaftliche Expertise von Hochschulprofessoren. Damit werden alle relevanten Aufgabenstellungen aus der Verwaltungspraxis von Spezialisten abgedeckt.

Neben Beratungsleistungen rund um die Verbesserung der Effizienz in öffentlichen Verwaltungen und Gutachten sind Weiterbildungsangebote auf Hochschulni-

chenbezogene Programme auf Bachelor- und Masterniveau. Durch die besondere Betonung der Besonderheiten der öffentlichen Verwaltung erwerben die Absolventen ein Kompetenzprofil, das sie für Führungsaufgaben auf den unterschiedlichsten Ebenen hervorragend qualifiziert. Bereits seit Jahren gibt es an der Hochschule für angewandtes Management in Erding einen branchenfokussierten Managementstudiengang „Public Management“. Diese Leistung zur Ausbildung von Nachwuchsführungskräften nimmt nicht zuletzt die Landeshauptstadt München in Anspruch. Mit seinem Serviceangebot steht das IPM künftig gerne auch weiteren Kommunen zur Verfügung.

Zertifikatslehrgänge

Daneben bietet das Institut auch wissenschaftlich fundierte Zertifikatsprogramme. Durch sogenannte Zertifikatslehrgänge werden Experten in den Segmenten eGover-

Anerkannter Experte für das IPM

Direktor Hans-Peter Mayer ist ausgewiesener Experte für Public Management. Nach Führungspositionen in Unternehmen der Kommunikationsbranche hat er seit 1995 zahlreiche kommunale und regionale Projekte als Berater begleitet. Seine besondere Kompetenz liegt in den Bereichen Neue Steuerung, Verbesserung der Wirtschaftlichkeit, Organisations- und Personalentwicklung, Marketing und Beteiligung von Bürgern, Politikern und Mitarbeitern.

Mayers Beratungsprojekte wurden mehrfach mit namhaften Preisen ausgezeichnet (Speyerpreise, Bayerischer Innovationspreis, Europäischer Regionalentwicklungspreis). Ab 2007 verantwortete er beim kommunalen Software-/IT-Unternehmen AKDB Marketing und Vertriebskoordination. Zudem war er seit 2004 Lehrbeauftragter für Marketing und Personalmanagement der Hochschule für angewandtes Management. Ab 2015 übernahm Hans-Peter Mayer als verantwortlicher Direktor das Institut für Public Management an der Hochschule für angewandtes Management. Somit ist er nach eigener Aussage „wieder zu seinen Wurzeln zurückgekehrt“.

DK

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

Integration per Gesetz – kann das funktionieren? Integration kann natürlich „von oben“ verordnet werden, aber für ein gelingendes Miteinander bedarf es entsprechender Rahmenbedingungen. Ein Gesetz, das vor allen Dingen die Kommunen, die Menschen vor Ort unterstützt, ist unbedingt begrüßenswert, ja besser gesagt, ist zwingend notwendig.

Denn sie sind es – die Menschen in den Landkreisen, in den kreisfreien Städten und Gemeinden vor Ort, die vor der großen Herausforderung stehen, die neu in Deutschland angekommenen Menschen mit ihren unterschiedlichen Biographien in unsere Gesellschaft zu integrieren. Ging es im vergangenen Jahr zunächst in erster Linie um die Organisation und Verwaltung der Erstaufnahme der vielen ankommenden Asylbewerber, rückt nun das gesellschaftliche Miteinander in den

Integrationsgesetz muss die Menschen vor Ort unterstützen

Fokus. Damit es ein Miteinander und kein Nebeneinander oder gar Gegeneinander wird, bedarf es gut durchdachter Regularien, die ein Gesetz klar und strukturiert vorgeben muss.

Integration umfasst alle Bereiche menschlichen Zusammenlebens. Daher darf sich ein Gesetz nicht in Allgemeinplätze verlieren, sondern muss anhand konkreter Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten die Richtung vorgeben. Dazu gehört auch, dass die Lasten gleichmäßig und gerecht verteilt werden. Die angedachte Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge ist ein wichtiger Baustein, damit keine sozialen Brennpunkte entstehen. Eine konsequente Umsetzung des Königsteiner Schlüssels ist Grundvoraussetzung, um die Bildung von Ghettos zu verhindern. Hier besteht noch Nachbesserungsbedarf, da derzeit noch nicht geklärt ist, wie die Wohnsitzauflage abgewickelt werden soll.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist der verpflichtende Zugang zu Integrationskursen. „Die wahre Heimat ist eigentlich die Sprache“, beschrieb bereits Wilhelm von Humboldt die Bedeutung der Sprache für die Integration. Daher ist die Schaffung der rechtlichen Grundlagen sowohl für die Verpflichtung als auch entsprechende Sanktionsmöglichkeiten bei der Verweigerung dieser Angebote erforderlich. Die bisherigen Eingriffsmög-



lichkeiten für die Ausländerbehörde waren und sind nicht ausreichend. Eine ähnliche Vorgehensweise muss auch für die Beschäftigung von Asylbewerbern gelten. Die Schaffung zusätzlicher Arbeitsmöglichkeiten aus Bundesmitteln, die sogenannten Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen (FIM) ist ein erster Schritt. Die Praxis vor Ort zeigt, dass die Arbeiten gerne angenommen werden und eine sinnvolle Beschäftigung der Asylbewerber, die sich noch im Verfahren befinden, ermöglichen. Aber auch hier müssen Sanktionsmöglichkeiten greifen, wenn Arbeit verweigert wird.

Eine weitere wichtige Forderung, die wir vor Ort immer wieder von der Wirtschaft als „Hausaufgabe“ bekommen, ist die Schaffung von Rechtssicherheit für Ausbildungsbetriebe, um zu verhindern, dass Azubis kurzfristig abgeschoben werden können. Auch die Beschäftigungsverordnung an sich muss auf den Prüfstand. Der befristete Verzicht auf eine Vorrangprüfung könnte die Verfahrensdauer bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis deutlich verkürzen. Entscheidend wird hierbei jedoch sein, wie der Begriff des Agenturbezirks mit „unterdurchschnittlicher Arbeitslosenquote“ auszulegen ist, denn nur dort wird diese Erleichterung durchgesetzt werden.

Summa Summarum kann man sagen, dass ein Integrationsgesetz mit einem entsprechenden Maß an „Fördern und Fordern“ zu begrüßen ist, aber Erfahrungen aus der Praxis miteingearbeitet werden müssen, damit aus dem schwammigen Begriff der Integration ein definierter Rahmen wird. Übrigens ist es bei der Debatte um das neue Gesetz meiner Meinung nach nicht zielführend, über Begrifflichkeiten wie „Leitkultur“ zu streiten. Vielmehr kommt es doch auf den Inhalt des Gesetzes an.

Zu guter Letzt muss auch über das liebe Geld gesprochen werden. Es kann nicht sein, dass die Kommunen mit den hohen Kosten allein gelassen werden. Das geht von der Unterstützung bei den Wohnkosten über Hartz IV bis hin zu den erhöhten Personalkosten. Auch das gilt es noch zu klären. Denn mehr Aufgaben bedeutet mehr Kosten. Bund und Land sind hier weiter gefordert, die Kommunen zu unterstützen. Denn schließlich bieten die Kommunen und der ländliche Raum hervorragende Integrationsperspektiven: überschaubare Strukturen, viele ehrenamtliche Helferinnen und Helfer, ein dichtes soziales Netzwerk und gute Erwerbschancen. Dies zu unterstützen und zu honorieren, ist auch Aufgabe des neuen Integrationsgesetzes.

Ihr Georg Huber
Landrat Mühldorf a. Inn

Paragrafenbremse weiter erfolgreich

Zahl der Verwaltungsvorschriften seit 2015 um fast 20 Prozent reduziert

Eine positive Bilanz für die Paragrafenbremse in Bayern bei Verwaltungsvorschriften zog Staatskanzleichef Dr. Marcel Huber jüngst in der Kabinettsitzung.

Minister Dr. Huber: „Die Paragrafenbremse in Bayern zeigt jetzt auch bei den Verwaltungsvorschriften Erfolge. Seit 2015 haben wir die Zahl der Verwaltungsvorschriften um fast 20 Prozent reduziert, das heißt nahezu jede fünfte Verwaltungsvorschrift wurde gestrichen. Unserem Ziel, die Menschen und Unternehmen in Bayern von unnötiger Bürokratie zu entlasten und den Behörden vor Ort einen größeren Entscheidungsspielraum einzuräumen, sind wir damit wieder einen wichtigen Schritt nähergekommen.“ Bürokratieabbau und Deregulierung sind nach den Worten Hubers Kernanliegen der Staatsregierung, um die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes Bayern zu stärken und Bürgern und Wirtschaft mehr Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen.

Nach der Paragrafenbremse für Gesetze und Rechtsverordnungen hatte der Ministerrat am 24. Februar 2015 auch eine Paragrafenbremse für Verwaltungsvorschriften beschlossen. Mit einer Drei-Säulen-Strategie zum

Abbau von Verwaltungsvorschriften hat die Staatsregierung die Grundlagen für einen spürbaren Abbau bestehender Verwaltungsvorschriften in dieser Legislaturperiode und die konsequente Vermeidung unnötiger neuer Verwaltungsvorschriften gelegt. Zu den drei Säulen gehören strikte Vorgaben für den Erlass von Verwaltungsvorschriften, eine wirksame Kontrolle von deren Einhaltung sowie die spürbare Reduzierung des Bestands an Verwaltungsvorschriften. Dazu wurden alle Verwaltungsvorschriften, die seit dem 1.1.2011 nicht neu erlassen, geändert oder verlängert wurden, inhaltlich besonders intensiv auf ihre Notwendigkeit hin überprüft.

Alle veröffentlichten Verwaltungsvorschriften des Freistaates Bayern, die nicht in der Datenbank BAYERN.RECHT eingestellt sind, treten automatisch außer Kraft. Minister Huber kündigte an, dass die Zahl der Verwaltungsvorschriften nochmals sinken soll, wenn in Einzelfällen eine weitere inhaltliche Deregulierung möglich ist.

Bernreiter fordert ...

(Fortsetzung von Seite 1)
liarden Euro müsse unabdingbar mit Verabschiedung des Bundes- teilhabegesetzes verknüpft werden und sich ausschließlich an den Kosten der Eingliederungshilfe orientieren. „Wir sind nicht bereit, einen neuen Länderfinanzausgleich zu akzeptieren!“, rief der Präsident. Wichtig sei, dass das Geld erstmal in voller Höhe in Bayern ankommt und dann solidarisch verteilt wird.

Kosten der Unterkunft

Ein nächstes Thema ist die Erstattung des Bundes der flüchtlingsbedingten Mehraufwendungen in der KdU. Bernreiter geht von 400.000 anerkannten Flüchtlingen aus, plus den Anerkennten aus den Jahren 2013 und 2014,

Ein ausführlicher Bericht über die Jahrestagung des Bayerischen Landkreistags in Bad Kissingen folgt in unserer nächsten Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 12, die am 23. Juni 2016 erscheint. □

deren Unterbringungskosten Zug um Zug kommunalisiert würden, weil sie auf Hartz IV angewiesen sein werden. Rund 600 Millionen Euro wird das jährlich kosten, rechnen die kommunalen Spitzenverbände. Davon würden zwei Drittel auf die Kommunen entfallen. „Das können wir nicht stemmen“, sagte Bernreiter ganz klar. Die flüchtlingsbedingten Mehraufgaben müsse daher der Bund übernehmen.

Unnötiger Verwaltungsaufwand

Ein weiterer großer Kostenfaktor, dessen Kommunalisierung drohe, sind die jungen Erwachsenen, wobei es keineswegs nur ums Geld gehe. Auch unnötiger Verwaltungsaufwand sei zu beklagen, der dann über die Bezirksumlage auch noch finanziert werde.

„Ein ganz herzliches „Vergelt's Gott von uns allen“ richtete der Präsident an all jene, die in jüngster Zeit mitgeholfen hatten, die Abertausenden von Asylsuchenden unterzubringen und zu versorgen. „Ohne die Einsatzbereitschaft dieser Menschen wäre der Ansturm des letzten Jahres nicht zu bewältigen gewesen“, versicherte Bernreiter und forderte, dass die Verantwortlichen in der EU und die Bundesregierung alles dafür tun, dass die Situation so wie derzeit bleibt.

Schutz der EU-Außengrenzen

Deshalb müsse der Schutz der EU-Außengrenzen funktionsfähig organisiert werden. Auch die Registrierungszentren an den EU-Außengrenzen seien funktionsfähig zu halten.

Bei der künftigen Unterbringung der Flüchtlinge sollen Gemeinschaftsunterkünfte präferiert werden, die die Regierungen betreiben. Planungen dürften jedoch nicht über die Köpfe der Landratsämter hinweg erfolgen, wobei Bernreiter eine temporäre Residenzpflicht und die Berücksichtigung der Einwohnerzahl ausdrücklich befürwortet. Dies umso mehr, als die Integrationsbemühungen der Gemeinden und ihre sozialen Netzwerke vor Ort wesentlich wirksamer eingesetzt werden können.

Planungssicherheit für die Kommunen

Zudem müsse ein Verteilungs- und Aufnahmeverfahren bis auf

Gemeindeebene möglich sein. Nur so lasse sich für die Kommunen die nötige Planungssicherheit in zentralen Bereichen wie Wohnungsbau, Schulen und Arbeitsmarkt herstellen. „Das Ankommen in einem fremden Land und einer fremden Kultur wird über die Einbindung in intakte Sozialstrukturen entscheidend erleichtert“, wusste der Präsident zu berichten. Oft wirke beispielsweise das gemeinsame Fußballspiel als „Eisbrecher“ für das soziale Miteinander.

Integration in den Arbeitsmarkt

Ein wesentlicher Bestandteil für eine gelingende Integration sieht der Präsident am Arbeitsplatz. Allzu euphorische Erwartungen wollte er jedoch lieber dämpfen. Nach einer aktuellen Studie der vbw können kurzfristig lediglich zehn Prozent dieser Menschen eine Arbeit beginnen bzw. einen Ausbildungsplatz antreten. Als größte Hürde für den Eintritt in den hiesigen Arbeitsmarkt haben sich fehlende Sprachkenntnisse gezeigt. Aber auch der Bildungsstand dieser Flüchtlinge und Asylbewerber hat nicht das Niveau der deutschen Bildungsabschlüsse. „Auf unsere Jobcenter wird eine erhebliche Mehrbelastung zukommen“, vermutete der Landrat. Damit sie diese meistern könnten, müssten sie vom Bund mit den entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet werden. Die Bedeutung einer ange-

Kommunalverbände schlagen..

(Fortsetzung von Seite 1)
Arbeitsmarkt vermittelt werden können“. Beim Übergang vom Asylbewerberleistungsgesetz ins SGB II müssten die Kommunen derzeit Zweidrittel der Kosten der Unterkunft (KdU) tragen. Auf Bundesebene rechnen die kommunalen Spitzenverbände mit KdU-Leistungen von mehr als 600 Mio. Euro. „Diese finanziellen Mehrbelastungen können die Kommunen angesichts der gesamtstaatlichen Verantwortung bei der Integration nicht tragen. Der Bund muss zu 100 % die Kosten der KdU erstatten, und zwar im Wege einer Spitzabrechnung“, forderte der Landkreistagschef.

Sprachkompetenz

Im Rahmen einer OB-Konferenz in Nürnberg unterstrich Städtetagschef Maly: „Bund, Land und Kommunen beackern fünf Felder der Integration. Drei weite Felder liegen vor allem bei den Kommunen: Wohnen, Kinderbetreuung und Schulen, Grundsicherung für Arbeitsuchende. Bund und Land pflegen vor allem zwei Felder: Sprachkompetenz in Integrationskursen und Arbeitsförderung. Bei den Kommunen summieren sich mit steigender Tendenz enorme Kosten für Integration.“

Unterkunftskosten

Laut Maly wächst ein riesiger Kostenblock mit den Kosten der Unterkunft. Der Bund müsse die flüchtlingsbedingten Mehrkosten bei der Erstattung der Kosten der Unterkunft an Hartz-IV-Empfänger übernehmen. Derzeit trügen die Kommunen zu zwei Dritteln und der Bund zu einem Drittel die Kosten der Unterkunft. Die Kosten der Unterkunft insgesamt für alle Hilfeempfänger beliefen sich im Jahr 2015 für bayerische Kommunen auf rund 1 Milliarde Euro. Die durch die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern zu erwartenden Mehrkosten der Unterkunft werden für das Jahr 2016 in Bayern auf über 200 Millionen Euro geschätzt.

messen Schul- und Sprachbildung für schulpflichtige Flüchtlinge und Asylbewerber dürfe ebenfalls nicht unterschätzt werden. Bundesweit gab es im März 2016 ca. 320.000 schulpflichtige Asylbewerberkinder, davon ca. 60.000 in Bayern. Für die Landkreise als Sachaufwandsträger der beruflichen und weiterführenden Schulen liegt die Herausforderung besonders im Berufsschulbereich.

Angemessene Bildung

Die dort installierten Berufsintegrationsklassen (ca. 38.000 Schüler) werden in den nächsten Jahren – immer abhängig von der Entwicklung der Flüchtlingszahlen – weiter anwachsen (derzeit von ca. 700 Klassen auf geplant 1.200 Klassen zum Schuljahresbeginn 2016/2017). Auch die Entwicklung der sogenannten SPRINT-Klassen an den Realschulen sowie der InGym-Klassen an den Gymnasien ist nur schwer zu kalkulieren.

Hier fordern die Landkreise vom Freistaat Bayern ausreichend Lehrpersonal. Zudem erwarten sie die Erstattung der Kosten für die zusätzlich benötigten Schulräume und der zusätzlichen Ausgaben für die Schülerbeförderung.

Die Kommunen fordern weitere Entlastung

Die Kommunen haben im Jahr 2015 bereits 212,4 Mio. Euro zur Bewältigung der Flüchtlingskrise aus eigenen Mitteln ausgegeben. Hier erwarten sie dringend finanzielle Entlastung durch den

15.295 vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder in Bayern

Unbegleitete Einreise aus dem Ausland stellte dabei mit 12.685 Kindern und Jugendlichen den mit Abstand häufigsten Anlass dar.

In Bayern wurden im Jahr 2015 insgesamt 15.295 vorläufige Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche ergriffen. In 80 Prozent der Fälle handelte es sich um männliche Minderjährige. Laut Bayerischem Landesamt für Statistik war 2015 der häufigste Anlass die unbegleitete Einreise aus dem Ausland in 12.685 Fällen.

Schnelle Intervention in Notsituationen

Als Schutzmaßnahme bezeichnet man die vorläufige Aufnahme und Unterbringung von Minderjährigen in einer Notsituation durch das Jugendamt. Es sind Maßnahmen zur schnellen Intervention zugunsten des Minderjährigen, die dienen als Klärungshilfe für Betroffene in Krisensituationen sowie dem unmittelbaren Schutz der Minderjährigen.

Auffällig viele minderjährige Jungen

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, war im Jahr 2015 die Zahl der Minderjährigen, die in Schutz genommen wurden, auffällig hoch. Mit 15.295 Fällen entspricht dies einem Plus von fast 230 Prozent im Vergleich zum

Vorjahr (4.675). Betroffen waren insgesamt 12.189 Jungen und 3.106 Mädchen.

Bei der überwiegenden Anzahl handelte es sich um Schutzmaßnahmen für 12.685 unbegleitete Minderjährige aus dem Ausland. Im Vorjahr lag diese Zahl bei 1.986, was einem Plus von knapp 540 Prozent entspricht. Betroffen waren 11.043 männliche (87 Prozent) und 1.642 weibliche Kinder und Jugendliche (13 Prozent).

Überforderung der Eltern

Der zweithäufigste Anlass (1.179 Fälle) war eine Überforderung der Eltern bzw. eines Elternteils. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich hier ein Anstieg um knapp 22 Prozent.

Von den 15.295 Maßnahmen wurden 1.022 auf eigenen Wunsch der Kinder und Jugendlichen durchgeführt, in 14.273 Fällen lag eine Gefährdung vor. 85 Prozent der Betroffenen waren zwischen 14 und 18 Jahre alt.

Individuelle Unterbringung

8.764 und damit mehr als die Hälfte der Minderjährigen wurde während der Schutzmaßnahme in einer Einrichtung untergebracht (57 Prozent), 4.267 in einer betreuten Wohnform (28 Prozent) und 2.264 lebten bei einer geeigneten Person (15 Prozent). □

Berufsbild...

(Fortsetzung von Seite 1)

„Die steigende Lebenserwartung legt nahe, dass die Zahl bis 2030 um über 50 % anwächst. Jeder zweite Über-90-Jährige ist auf Pflege angewiesen. Eine große Rolle spielen dabei Demenzerkrankungen. Für 2050 prognostiziert die Forschung 3 Millionen Demenzpatienten in Deutschland. Vor diesem Hintergrund sagen Pflegekräfte über ihre Funktion in der Gesellschaft: „Wir sind Leistungsträger“.

Bessere Arbeitsbedingungen

Für bessere Arbeitsbedingungen gingen am „Tag der Pflege“ allein in Nürnberg rund 400 bayerische Pflegekräfte auf die Straße. Eine wesentliche Forderung der Demonstranten richtete sich auf eine bessere Finanzierung der Altenpflege. Seit Einführung der Pflegeversicherung 1995 seien deren Leistungen lediglich um 8,2 % angehoben worden, während allein der Inflationsausgleich eine Erhöhung um 42,6 % erfordert hätte. Besonders prekär ist nach Darstellung der Demonstranten die Situation in der ambulanten Pflege. Trotz jahrelanger Verhandlungen und trotz eines Transparenzverfahrens, in dem die Wohlfahrtsverbände ihre Kosten schonungslos offenlegten, verweigerten die Krankenkassen nach wie vor leistungsgerechte Entgelte.

Politische Rückendeckung

Bei der von allen großen Wohlfahrtsverbänden veranstalteten Demonstration betonte der Pflegebeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Hermann Imhof, es gebe für die Pflegebranche in Politik und Gesellschaft nicht die nötige Rückendeckung. Den Pflegekräften fehle eine starke Interessenvertretung.

Trotz erreichter Verbesserungen in den vergangenen Jahren seien die Rahmenbedingungen noch mangelhaft. In den Pflegeheimen müsse es einen besseren Personalschlüssel geben; Aufstockung sei der Dreh- und Angelpunkt. Dazu müsse die Pflegeversicherung „besser unterfüttert“ werden.

Stimmten die Rahmenbedingungen, würden nach Imhofs Ansicht viele junge Leute gerne in der Pflege arbeiten. Heute würde ihnen aber oft von einer solchen Ausbildung abgeraten. Tatsache sei, dass immer mehr Pflegekräfte nicht nur frustriert, sondern in-

zwischen auch resigniert seien.

Der Bayerische Heilbäder-Verband e.V. (BHV) hat zum „Tag der Pflege“ einen gesetzlichen Kuranspruch für pflegende Angehörige gefordert. „Pfleger Angehörige sollten ähnlich wie bei den Mutter-Kind-Kuren einen Anspruch bekommen“, erklärte der Vorsitzende des BHV, Klaus Holetschek. „Denn die Angehörigen leisten einen unersetzlichen Dienst, der nicht nur aus menschlicher Sicht sehr wertvoll ist. Dieser Dienst spart den Krankenkassen auch sehr viel Geld. Und er ist körperlich und seelisch äußerst belastend.“

Der Verband hatte es in der Vergangenheit erlebt, dass pflegende Angehörige nach dem Tod des umsorgten Familienmitglieds keine Kur bekamen, obwohl sie am Ende ihrer Kräfte waren und jahrelange Pflege für eine aufopferungsvolle Pflege ihre eigenen Bedürfnisse in den Hintergrund gestellt hatten. Exemplarisch dafür steht eine Frau aus der Nähe von Kitzingen, die ihren schwerstkranken Mann zehn Jahre lang gepflegt hatte. Nach seinem Tod war sie selbst Patientin. Erst nach Intervention und der Veröffentlichung des Falles durch den Bayerischen Heilbäder-Verband e.V. und im letzten Widerspruchsverfahren genehmigte die Krankenkasse eine dreiwöchige Kur.

Hoher Krankenstand

Für Pflegekräfte hat der BHV mit dem Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) ein wissenschaftlich begleitetes Projekt gestartet. „Nach dem AOK Report Pflege ist der Krankenstand der Beschäftigten in bayerischen Pflegeheimen um mehr als 40 Prozent höher als der Durchschnitt der Beschäftigten aller Branchen“, stellte Holetschek fest. Dies sei nicht überraschend. Pflegekräfte arbeiteten unter einer hohen psychischen und körperlichen Belastung.

„Wir müssen jetzt auch handeln. Die steigende Zahl von Pflegebedürftigen machen die Arbeit der Pflegekräfte zunehmend unentbehrlich“, unterstrich Holetschek. Ziel des Projekts sei ein wissenschaftlich evaluiertes, mehrtätiges Präventionsprogramm für Pflegekräfte, das dann auch auf andere Kurorte und Heilbäder übertragen werden kann. „Unsere Heilbäder und Kurorte bieten als Gesundheitskompetenzzentren die idealen Voraussetzungen dafür.“ **DK**

Freistaat. „Dies muss transparent erfolgen und darf nicht mit dem kommunalen Finanzausgleich 2017 vermengt werden“, forderte Bernreiter, der im Finanzausgleich auch eine deutliche Erhöhung des kommunalen Anteils am allgemeinen Steuerverbund von derzeit 12,75 Prozent für dringend nötig hält. □

Zahl an Flüchtlingen im Herbst angefallen. Hinzu kommen die noch nicht im Gesamten erhobenen Kosten der kreisangehörigen Gemeinden. Für das Jahr 2016 sind weiter deutliche Steigerungen zu erwarten, vor allem die Personalkosten für dringend nötige Neueinstellungen schlagen dauerhaft auf die kommunalen Haushalte durch. Maly: „Der notwendige Stellenaufwuchs bei Städten, Gemeinden und Landkreisen bringt erhebliche finanzielle Mehrbelastungen für die kommunalen Haushalte. Und weitere Kosten sind absehbar: Die Kommunen müssen mittelfristig erhebliche zusätzliche Kosten für Betreuungs- und Bildungseinrichtungen einplanen.“

„Open-Book-Verfahren“

Nach Malys Worten hat Ministerpräsident Horst Seehofer im Herbst 2015 die kommunale Familie gebeten, die zusätzlichen Mehrbelastungen der Kommunen für Flüchtlinge und Asylbewerber in einem transparenten „Open-Book-Verfahren“ aufzuschlüsseln. „Der Freistaat Bayern muss nun die aufgezeigten steigenden Mehrbelastungen anerkennen und in den kommenden Jahren angemessen berücksichtigen. Wir brauchen eine schnelle aufgabenbezogene finanzielle Entlastung der kommunalen Ebene. Eine finanzielle Entlastung ist besonders dringend bei der wirtschaftlichen Jugendhilfe für unbegleitete Flüchtlinge, bei Verwaltungskosten und durch höhere staatliche Förderungen in Bildung und Erziehung“, machte der Städtetagsvorsitzende deutlich.

Die Entlastung müsse – mit Ausnahme der Investitionsförderung für Betreuungs- und Bildungseinrichtungen – außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs stattfinden, denn der Zugang von Flüchtlingen und Asylbewerbern stelle eine Sondersituation dar. Die Transfermechanismen des Finanzausgleichs ermöglichen keinen auf das Aufkommen bezogenen Kostenausgleich. **DK**

Mehrbelastungen in 2015

Gemeinsam mit dem Bayerischen Landkreistag hat der Bayerische Städtetag eine Umfrage zu den finanziellen Mehrbelastungen der bayerischen kreisfreien Städte und der Landkreise bei Aufnahme, Betreuung, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerbern durchgeführt. Wie Ulrich Maly erläuterte, zeige eine erste Auswertung, dass die bayerischen Kommunen im Jahr 2015 erhebliche finanzielle Mehrbelastungen tragen mussten – „trotz der Erstattungsleistungen für Asylbewerber- und Flüchtlingsunterkünfte durch den Freistaat“.

Im Jahr 2015 sind in den kreisfreien Städten und den Landkreisen rund 212,4 Millionen Euro an ungedeckten Kosten vor allem für die Erstaufnahme einer hohen

Pläne für Kontenabfragen gehen zu weit

GVB-Vorstand Dr. Jürgen Gros zum Vorstoß von Bund und Ländern

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken lehnen den gemeinsamen Vorstoß von Bund und Ländern ab, dem Fiskus unbegrenzt und ohne Anfangsverdacht Einblicke in Bankkonten von Kunden zu gewähren. Im Kampf gegen Steuerbetrug ist unter anderem vorgesehen, den Paragraphen 30a Abgabenordnung („Schutz von Bankkunden“) abzuschaffen. Damit wäre es den Finanzämtern möglich, massenhaft Kontodaten von Privat- und Firmenkunden bei Kreditinstituten abzufragen.

„Die Politik geht eindeutig zu weit“, kommentierte Jürgen Gros, Vorstand beim Genossenschaftsverband Bayern (GVB), das Vorhaben. Zwar sei es rich-



Dr. Jürgen Gros.

tig, mit harten Bandagen gegen Steuerkriminalität zu kämpfen. Die Mehrheit der Bürger dürfe jedoch nicht unter Generalverdacht gestellt werden.

Ehrlichkeit nicht bestrafen

Gros: „Es ist keine Lösung, ehrliche Bankkunden zu bestrafen, weil einige schwarze Schafe ihr Heil in Panama gesucht haben. Der Politik muss mehr einfallen, als das Durchleuchten von Konten à la George Orwell.“

Falsches Staatsverständnis

Darüber hinaus zeugt es nach Ansicht des GVB von einem falschen Staatsverständnis, Banken zu „Erfüllungsgehilfen der Finanzbehörden“ zu machen. „Selbstverständlich unterstützen die bayerischen Genossenschaftsbanken die Behörden bei begründeten Verdachtsmomenten im Rahmen der geltenden gesetzlichen Vorschriften. Aber die Institute

lehnen es ab, ohne begründeten Verdacht massenhaft Kundendaten nach Gutdünken der Finanzbeamten zu liefern. Damit wird das Bankgeheimnis endgültig abgeschafft“, machte Gros deutlich. □

Zukunft gemeinsam gestalten

Raiffeisenbank im Stiftland eG, Raiffeisenbank Weiden eG und Volksbank Nordoberpfalz eG prüfen strategische Option einer Verschmelzung

Die Volksbank Nordoberpfalz, die Raiffeisenbank Weiden und die Raiffeisenbank im Stiftland haben sich auf einen Zusammenschluss verständigt. Somit würde eine große und starke genossenschaftliche Regionalbank für den heimischen Wirtschaftsraum entstehen. Das gemeinsame Institut käme aus heutiger Sicht auf eine Bilanzsumme von gut 2,4 Mrd. Euro und könnte mit über 50 Bankstellen, über 100.000 Kunden (davon 46.000 Mitglieder) und rund 740 Mitarbeitern aufwarten.

Eine Bündelung der Kräfte ist nach Auffassung der Vorstände und Aufsichtsräte der drei Kreditgenossenschaften die richtige strategische Antwort auf die künftigen Herausforderungen. Alle beteiligten Häuser stünden auf einem wirtschaftlich gesunden Fundament mit ähnlicher geschäftspolitischer Ausrichtung. Durch den Zusammenschluss werde man den aktuellen Rahmenbedingungen wie zunehmender Regulatorik, Niedrigzinspolitik, Digitalisierung und demographischer Entwicklung gemeinsam am besten gerecht.

Das wichtigste Ziel der neuen Bank bleibt weiterhin der Erhalt der Kundennähe. Die vorhandenen Gebäude erlauben eine dezentrale Struktur und sicherten die Präsenz genossenschaftlicher Finanzdienstleistung in der Region. So werden auch in Zukunft persönlicher Service, qualifizierte Beratung und schnelle Entscheidungen vor Ort gewährleistet sein. Bei vorhandenen Doppelstandorten werde eine Zusammenlegung geprüft. Fusionsbedingt werden keine Filialen geschlossen.

Nachdem die Aufsichtsräte der drei Banken in getrennten Sitzungen jeweils einstimmig „grünes Licht“ für weitere Gespräche gegeben haben, werden die Vorstände die nächsten Schritte einleiten. Das Unternehmenskonzept für die neue Bank wird bis Ende 2016 erarbeitet. Im Frühjahr 2017 werden die Vertreter in regionalen Informationsveranstaltungen darüber informiert. Über ein Zusammengehen sollen dann die Vertreterversammlungen im kommenden Jahr entscheiden.

Im Zuge des Zusammenwachsens werden vor allem die Mitarbeiter der drei Häuser intensiv einbezogen. „Wir wollen in dem Prozess alle Beteiligten Schritt für Schritt mitnehmen“, betonen die Vorstände, „und ein gemeinsames Haus bauen.“ DK

GVB unterstützt Schäubles Pläne für Regulierungsscheck

Die bayerischen Volksbanken und Raiffeisenbanken begrüßen die Absicht des Bundesfinanzministeriums, die Folgen und Wechselwirkungen der zahlreichen neuen Regulierungsvorschriften im Bankensektor untersuchen zu lassen. „Es ist allerhöchste Zeit, dass Wolfgang Schäuble dazu ein Gutachten auf den Weg bringt“, begrüßt Jürgen Gros, Vorstand des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), die Entscheidung.

Anlass für entsprechende Pläne in Berlin ist die Kritik an den vielen nach der Finanzkrise erlassenen Maßnahmen, die teils inkonsistent oder unverhältnismäßig sind und damit den Banken die Arbeit erheblich erschweren. Dies gehe zulasten von Unternehmen und Privatkunden, da die überbordende Regulierung die Kreditvergabe einschränkt, so Gros.

Der GVB-Vorstand appelliert zugleich an Schäuble, seine auf den Weg gebrachte Initiative zur Entlastung von Regionalbanken fortzuführen. Von einer Regelsetzung, die kleine und mittlere Insti-

tute angemessen behandle, profitiere insbesondere der Mittelstand, der den überwiegenden Teil seiner Kreditversorgung über Regionalbanken sicherstellt. Nicht irritieren lassen dürfe sich der Bundesfinanzminister von der Position der EZB, die sich kritisch zu seinem Vorhaben geäußert hatte.

Gros: „Die EZB will regulatorische Zentralisierung und Gleichschaltung. Doch damit schwächt sie massiv die vielfältige Bankenstruktur in Deutschland, die einen wesentlichen Beitrag zu Stabilität und Wachstum in Deutschland leistet.“ □

Bürgerenergie auf dem Weg in die Marktwirtschaft begleiten

Der GVB begrüßt die Initiative des Bundesrats, die darauf abzielt, dezentrale und von Bürgern getragene regionale Projekte im Bereich der erneuerbaren Energien zu erhalten. So hat die Länderkammer auf Vorlage Bayerns und anderer Bundesländer dafür gestimmt, die Belange regional tätiger Bürgerenergiegesellschaften bei der anstehenden Reform des EEG zu berücksichtigen. Konkret sollen sie bei den künftig vorgesehenen Ausschreibungsverfahren für Erneuerbare-Energien-Anlagen eine Zuschlagsgarantie erhalten, damit sie aufgrund ihrer oft

geringen Größe nicht leer ausgehen.

Der Gesetzgeber habe in den vergangenen Jahren viel dafür getan, um dezentrale Strukturen zur Energieerzeugung aufzubauen, kommentierte GVB-Vorstand Jürgen Gros das Votum. „Diese Strukturen und die Akteursvielfalt in Deutschland waren politisch gewollt. Dem muss jetzt bei Folgegesetzen Rechnung getragen werden“, so Gros. Deshalb sei es wichtig, dass der Bundestag die Vorschläge der Länderkammer aufgreift und bei der Neufassung des EEG berücksichtigt. □

Unsere aktuellen Öffnungszeiten: Immer – Überall.



Online-Banking



VR-BankingApp



19.600
Geldautomaten



Sicher online
bezahlen



Persönliche
Beratung vor Ort

Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.

Wir sind für Sie da – wann, wo und wie Sie wollen. Profitieren Sie von unserem Service per Telefon, Online-Banking, über unsere VR-BankingApp oder direkt in Ihrer Filiale. bayern.vr.de

Volksbanken
Raiffeisenbanken



Die Kasse – mehr als nur Auszahlungsstelle

Landesarbeitstagung der Kommunalkassenverwalter in Ingolstadt

Wichtige Bereiche der Daseinsvorsorge befinden sich in kommunaler Trägerschaft. Umso wichtiger ist es, dass die kommunale Finanzwirtschaft zuverlässig und professionell gestaltet wird. Dafür stehen in Bayern die Kassenverwalter der Kommunen. Ihre Landesarbeitstagung in Ingolstadt stand heuer unter dem Leitthema „Mehr als nur Auszahlungsstelle: Die Kasse! – Welche Stellung hat die Kasse innerhalb der Kommune?“. Die Schirmherrschaft hatte Ministerpräsident Horst Seehofer übernommen.

Die Landesvorstandschaft mit Andreas Hiel an der Spitze stellte erneut ein umfangreiches Programm auf die Beine. Neben drei Workshops zu den Themen „Zahlstellen sowie Handvorschlüsse – Fachaufsicht der Kasse“, „Zwangsversteigerung, die Realisierung öffentlicher Lasten – Grundlagenwissen als Argumentationshilfe“ und „Kassenverwalter/in als Führungskraft“ beinhaltete die Landesarbeitstagung unter anderem eine Fachausstellung, bei der mehr als 20 Firmen und Verbände Rede und Antwort standen – unter ihnen der Sparkassenverband Bayern, der mit zwei Messeständen zu den Themen paydirekt und girosolution/girogo vertreten war.

Paydirekt ist ein kostenloser Online-Bezahlservice der deutschen Sparkassen und Banken. Damit zahlen Sparkassenkunden im Internet über ihr Sparkassen-Girokonto – einfach, direkt und sicher. Denn paydirekt ist eine für den Kunden kostenlose Erweiterung des Sparkassen-Girokontos. Zahlungen sind dadurch auch im

Online-Banking der Sparkasse jederzeit sichtbar.

Das neue Online-Zahlverfahren paydirekt ist „made in Germany“. Das heißt, es unterliegt den strengen Sicherheitsanforderungen der deutschen Sparkassen und Banken. Durch die Verknüpfung mit dem Girokonto bietet es bei einer Online-Transaktion besonders hohe Sicherheit. Die Kontodaten des Kunden bleiben in der Sparkassen-Finanzgruppe. Sie werden nicht an externe Zahlungsdienste oder den Händler weitergegeben.

Die Sparkasse nimmt auch beim Online-Bezahlen das Bankgeheimnis und den deutschen Datenschutz ernst. Einmal im Online-Banking für paydirekt registriert, zahlen Sparkassen-Kunden ihre Online-Einkäufe nur mit Benutzername und Passwort.

Liefert ein Händler nicht, genießen paydirekt-Kunden Käuferschutz: Sie erhalten ihr Geld schnell und unkompliziert zurück. Denn bei Rückabwicklung einer Transaktion wird Käufers das Geld direkt auf

ihr Girokonto gutgeschrieben.

Girogo wiederum ist bereits seit 2012 das gemeinsame Markenzeichen für die neue Funktion des kontaktlosen Bezahlers mit der Bank- oder Sparkassenkarte. Mit der girogo-Funktion wird die bekannte Kartenzahlung mit girocard um eine attraktive und zukunftsweisende Option im Kleingeldbereich erweitert.

Anders als bei der kontaktbehafteten Zahlung braucht der Kunde seine Bank- oder Sparkassenkarte bei einem Betrag von bis zu 20 Euro nicht mehr aus der Hand zu geben. Die Zahlung erfolgt über die Prepaid-Funktion des Chips durch das Halten der Karte vor das Bezahlterminal – ohne Eingabe einer PIN. Dabei gelten die hohen Sicherheitsstandards der Deutschen Kreditwirtschaft.

Mittlerweile hat die Sparkassen-Finanzgruppe die ersten SparkassenCards herausgegeben, die zusätzlich zu girogo auch girocard-Zahlungen kontaktlos abwickeln können. Die Sparkassen-Kunden können mit diesen Karten dann auch Beträge über 20 Euro kontaktlos bezahlen. Die Vollausrüstung der rund 45 Millionen SparkassenCards mit der zusätzlichen girocard kontaktlos-Funktion ist für Ende 2020 geplant.

Wie Staatssekretär Gerhard Eck, MdL Bayerisches Staatsministerium des Innern, für Bau und

Verkehr, bei der Landesarbeitstagung betonte, sei es zentrale Aufgabe der Kommunen, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit öffentliche Einrichtungen zu schaffen, die für das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl und die Förderung des Gemeinschaftslebens ihrer Einwohner erforderlich sind. Damit seien unweigerlich Ausgaben verbunden, denen in der einen oder anderen Form Einnahmen gegenüberstehen müssen. Eck zufolge ist es „in unserer modernen, arbeitsteiligen und geldbasierten Gesellschaft dabei schlechterdings unvorstellbar, dass diese kommunalen Aufgaben ohne ein geordnetes Kassen- und Rechnungswesen bewältigt werden können. Denn nur so können die Grenzen der Leistungsfähigkeit monetär bemessen werden.“

Finanzielle Verhältnisse überschaubar gemacht

Ohne ein geordnetes Kassenwesen würden Steuern nicht eingezogen und könnten Rechnungen nicht bezahlt, dadurch letztlich Brunnen nicht gegraben und Wasserleitungen nicht verlegt, Feuerwehrfahrzeuge nicht beschafft und Schulen nicht errichtet werden. Ohne geordnetes Rechnungswesen wären die finanziellen Verhältnisse nicht überschaubar und die Gemeinderäte hätten keine vernünftigen Entscheidungsgrundlagen.

„Für mich ist klar: Die Kasse in der Kommune ist deutlich mehr als nur eine Auszahlungsstelle“, erklärte der Staatssekretär und ergänzte: „Sie ist Ruderanlage und Antriebsstrang des Schiffs ‚Kommune‘. Nur mit ihrer Hilfe gelingt es, dass dieses Schiff letztlich zum Ziel gelangt.“

Vor welchen Herausforderungen die Kasse dabei steht, werde dabei von Außenstehenden gerne unterschätzt. Tatsächlich waren und sind die Kassen laut Eck von jeder großen Reform im geldwirtschaftlichen Bereich auf europäischer Ebene betroffen: Im Rahmen der Euro-Bargeldeinführung zum 1. Januar 2002 hatten die Kassen nicht nur die alten D-Mark-Bargeldbestände gegen neue Euro-Bargeldbestände auszutauschen. Auch Rechnungswesen und Rechnungslegung mussten entsprechend umgestellt werden. Die Schaffung des einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraums – der SEPA-Initiative zum 1. Februar 2014 – brachte nicht nur bei Banken und Spar-

kassen Änderungen. Mit einem erheblichen Aufwand waren die Kassen auch bei der Umstellung von Lastschriftverfahren, von großer Bedeutung beim Einzug von Steuern, Gebühren und Entgelten, konfrontiert.

Die nächste Herausforderung zeichnet sich nach Ecks Worten bereits ab: Die Überlegungen der EU-Kommission zur Schaffung europaweit einheitlicher Rechnungslegungsstandards – EPSAS (= european public sector accounting standards) – seien noch nicht vom Tisch. „Geht es hier nach den Vorstellungen der EU-Kommission, so steht uns auch bei den Kommunen in einigen Jahren die flächendeckende Einführung der doppelten Buchführung mit Vermögenserfassung, Vermögensbewertung und Anlagebuchhaltung und Vermögensbilanzierung bevor“, unterstrich Eck.

Bayern habe hierzu eine klare Meinung: „Wir lehnen eine verpflichtende Umstellung auf die doppelte Buchführung ab und sprechen uns für die Beibehaltung des Wahlrechts zwischen kameraler und doppelter Buchführung aus. Doch müssen wir uns im Klaren sein, dass auf europäischer Ebene auch Mehrheitsentscheidungen möglich sind und in der Mehrzahl der Mitgliedsstaaten die doppelte Buchführung bereits eingeführt ist.“

Umso mehr, stellte Eck fest, gelte seine Wertschätzung dem Engagement des Landesverbands der Kommunalkassenverwalter, „der seine Mitglieder bei den Herausforderungen der Vergangenheit unterstützt hat und ebenso erfolgreich bei kommenden Herausforderungen unterstützen wird.“ **DK**



Der Sparkassenverband Bayern war in Ingolstadt mit zwei Messeständen zu den Themen paydirekt und girosolution/girogo vertreten. □

Michael Ott ist „Bester Fördermittelberater 2015“

Einer der besten Kundenberater Bayerns für zinsgünstige Förderkredite arbeitet bei der Stadtparkasse Augsburg: Michael Ott hat in München die Auszeichnung „Bester Fördermittelberater 2015“ in der Kategorie „Wohnbau“ erhalten.

Mit dem Preis zeichnen die BayernLB und der Sparkassenverband Bayern in Kooperation mit den Förderinstituten KfW Bankengruppe, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftlicher Rentenbank Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen aus, die ihren Kunden 2015 aufgrund ihrer Beratungsleistung hinsichtlich der Einbindung staatlicher Fördermittel besonders günstige Kreditkonditionen bieten konnten.

„Exzellente Service- und Beratungsqualität, das ist der Anspruch der Stadtparkasse Augsburg. Unseren Kunden stehen Spezialisten zur Verfügung, die sowohl Unternehmer wie auch Privatleute darin unterstützen, ihre Finanzierungskosten mit Hilfe zinsgünstiger Kredite der staatlichen Förderbanken zu reduzieren“, so Dr. Walter Eschle, stv. Vorstandsvorsitzender. Dazu muss man wissen: Fördermittel erfolgreich einzusetzen, ist mit einem zusätzlichen Aufwand verbunden: Beraterinnen und Berater müssen die vielfältigen Förderoptionen im Blick behalten und gleichzeitig die Förderfähigkeit von Investitionsvorhaben prüfen. Hier ist oft auch Kreativität gefragt. Eschle: „Herr Ott hat mit großem Einsatz unter Beweis gestellt, dass sich dieser Aufwand im Sinne unserer Kunden lohnt. Er repräsentiert die Stadtparkasse als verlässlichen und fairen Partner auf diese Weise vorbildlich.“

Alle 71 bayerischen Sparkassen und die BayernLB zusammen haben im vergangenen Jahr Förderkredite mit einem Volumen von mehr als 2,8 Mrd. Euro an Privatleute, Unternehmen und Kommunen ausgereicht. Mit ihren 78,4 Mio. Euro erreicht die Stadtparkasse Augsburg hier das doppelte Volumen des bayerischen Durchschnitts (39,4 Mio. Euro). □

Die Stadtparkasse Augsburg

betreibt das Fördermittelgeschäft mit großem Engagement: Im vergangenen Jahr vergab das Haus 467 Förderkredite mit einem Gesamtvolumen von 78,4 Mio. Euro an seine Kunden. Da verwundert es auch nicht, dass die Stadtparkasse die Auszeichnung im dritten Jahr des Bestehens nun schon zum zweiten Mal, nach 2013, erhält. Eine Jury hat Michael Ott und neun weitere Preisträger aus zahlreichen Vorschlägen aus allen Regionen Bayerns ausgewählt.

Alle 71 bayerischen Sparkassen und die BayernLB zusammen haben im vergangenen Jahr Förderkredite mit einem Volumen von mehr als 2,8 Mrd. Euro an Privatleute, Unternehmen und Kommunen ausgereicht. Mit ihren 78,4 Mio. Euro erreicht die Stadtparkasse Augsburg hier das doppelte Volumen des bayerischen Durchschnitts (39,4 Mio. Euro). □

Kreissparkasse Augsburg:

Zinsgünstige Förderkredite für Umwelt- und Energieprojekte

Augsburg – Einer der besten Kundenberater Bayerns für zinsgünstige Förderkredite arbeitet bei der Kreissparkasse Augsburg: Gerhard Rohde hat die Auszeichnung „Bester Fördermittelberater 2015“ in der Kategorie Umwelt und Energie erhalten.

Mit dem Preis zeichnen die BayernLB, und der Sparkassenverband Bayern in Kooperation mit den Förderinstituten KfW Bankengruppe, LfA Förderbank Bayern und Landwirtschaftlicher Rentenbank Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der bayerischen Sparkassen aus, die ihren Kunden vergangenes Jahr mit besonderer Kreativität und viel Engagement staatliche Fördermittel in Finanzierungsvorhaben eingebunden hatten.

In der Kategorie „Umwelt und Energie“, die zum ersten Mal einbezogen war, punktete Gerhard Rohde vor allem mit der Finanzierung eines kommunalen Wärmenetzes in der Region.

„Privatleute und Unternehmen können Geld bei der Finanzierung sparen, wenn sie gut beraten werden. Dabei gilt es die unterschiedlichen Förderoptionen im Blick zu haben und natürlich auch deren

Machbarkeit zu prüfen“, erklärt Horst Schönfeld, stellvertretender Vorstandsvorsitzender der Kreissparkasse Augsburg. „Gerhard Rohde ist einer der Besten dieses

Fachs und wir freuen uns sehr mit ihm über diese Auszeichnung.“

Eine Jury hatte Gerhard Rohde, stellvertretender Direktor des Bereichs Unternehmenskunden bei der Kreissparkasse, und die anderen neun Preisträger aus zahlreichen Einsendungen der S-Finanzgruppe aus allen Regionen Bayerns ausgewählt. □



Gerhard Rohde (2. v. l.) von der Kreissparkasse Augsburg ist einer der besten Kundenberater Bayerns für zinsgünstige Förderkredite. Es gratulieren (von links): Dr. Klaus Hollenberg von der Landwirtschaftlichen Rentenbank, Horst Schönfeld vom Kreissparkassen-Vorstand und Roland Reichert von der BayernLB. □

Partner der Kommunalverwaltung

Innovative IT-Lösungen aus einer Hand



komuna Kunden-Forum
28. – 30. Juni 2016

Weitere Informationen unter www.komuna.de
oder per Telefon unter 08 71/973 85-0



Konzern Versicherungskammer Bayern (VKB) / Geschäftsjahr 2015:

Wachstum in allen Bereichen - Zukunft gestalten

Marktposition deutlich ausgebaut - Produktinnovationen als Motor für Wachstum

Der Konzern VKB verzeichnet für 2015 eine gute Geschäftsentwicklung. „Unser ertragreiches Wachstum geht erneut über alle Sparten und über alle Kundengruppen“, fasste Dr. Frank Walthes, der Vorsitzende des Vorstands, das Jahr 2015 auf dem Jahrespressegespräch zusammen. Nach einem Vorjahresplus von 1,6 Prozent wächst der größte öffentliche Versicherer im gesamten Versicherungsgeschäft um 4,9 Prozent. „Angesichts der finanzpolitischen und regulatorischen Rahmenbedingungen ist das nicht selbstverständlich“, ergänzte Walthes.

Die gebuchten Bruttobeiträge stiegen im gesamten Versicherungsgeschäft auf 7,62 (7,27) Mrd. Euro. Das Konzernergebnis vor Steuern und Firmenwertabschreibungen lag bei 347,5 (311,4) Mio. Euro; das Konzernergebnis nach Steuern konnte ebenfalls erneut gesteigert werden und lag bei 201,4 (168,3) Mio. Euro. Dies entspricht einer Steigerung um 19,7 Prozent.

Der Kapitalanlagebestand, inklusive fondsgebundener Lebens- und Rentenversicherung, wuchs um 5,2 Prozent auf 47,9 Mrd. Euro. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen erhöhte sich auf 1,84 (1,78) Mrd. Euro. Bezogen auf den Gesamtbestand belief sich die Nettoverzinsung auf 4,0 Prozent, bis zu 4,5 Prozent bei den Lebensversicherern des Konzerns VKB.

„Wir haben aufgrund unserer nachhaltigen Kapitalanlagestrategie eine hohe Stabilität und sind auch weiterhin ein vertrauensvoller, leistungsstarker und serviceorientierter Partner in allen Sparten sowie für alle Vertriebspartner und Kundengruppen“, so Walthes.

Schaden- und Unfallversicherung: Überdurchschnittliches Wachstum

Mit einem Plus von 7,5 Prozent auf 2,34 (2,17) Mrd. Euro konnte das Wachstum deutlich gesteigert und Marktanteile hinzugewonnen werden. Grundlage hierfür war zum einen die erfolgreiche Umsetzung von Bestandsmaßnahmen; zum anderen das gute Neugeschäft durch

leistungsstarke Produktangebote und Beratungskonzepte über alle Kundensegmente.

Die Anzahl der Verträge stieg bei allen Komposit-Versicherern im Konzern um 2,2 Prozent auf 11,3 (11,1) Millionen. Daran hat auch der Direktversicherer BavariaDirekt einen wesentlichen Anteil. Von 280.000 Risiken im Bestand der BavariaDirekt entfällt der größte Teil mit 190.000 Fahrzeugen auf das Kfz-Geschäft. Hier konnte der Direktversicherer im Jahreswechselgeschäft 22.000 PKW neu hinzugewinnen. Darüber hinaus werden sehr erfolgreich Krankenzusatzversicherungen des Konzerns VKB und Rechtsschutz des Verbundpartners der S-Finanzgruppe verkauft.

Im Vergleich zum Vorjahr war 2015 für den Konzern VKB ein schadenreiches Jahr. Neben einigen Großschäden waren deutliche Kumul- und erhöhte Basisschäden ursächlich für den Anstieg des Bruttoschadenaufwands um mehr als 200 Mio. Euro auf rund 1,7 Mrd. Euro. Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft lag die kombinierte Schaden-Kostenquote bei 94,3 Prozent, die Betriebskostenquote bei 24,4 Prozent.

Seiner besonderen Rolle als öffentlicher Versicherer wurde der Konzern VKB 2015 bei der Flüchtlings- und Hebammen-thematik gerecht. Hierzu erklärte Walthes: „Wir versichern Flüchtlingsunterkünfte, weil wir uns der gesellschaftspolitischen Verantwortung bewusst sind und weil es für uns als bedeutender Kommunalversicherer außer Frage steht, diese wichtige Absicherung zu leisten.“

Weiter betonte der Vorsitzende des Vorstands die führende Rolle der Versicherungskammer Bayern bei der Bereitstellung eines adäquaten Versicherungsschutzes für Hebammen und dass sie für diese Berufsgruppe unvermindert an nachhaltigen Lösungen mit allen Partnern arbeiten werde.

Krankenversicherung: Top-Player im Markt

2015 konnte der nach Personen drittgrößte private Krankenversicherer seine Prämieinnahmen um 1,3 Prozent auf 2,26 (2,23) Mrd. Euro steigern. Die Anzahl der versicherten Personen stieg um rund 44.000 Personen auf drei Millionen Versicherte. Bei den Zusatzversicherungen liegen die Versicherer, Bayerische Beamtenkrankenkasse und UKV - Union Krankenversicherung, auf Platz 2. Bei der geförderten Pflegeversicherung behaupteten sie ihre marktführende Position.

Auf Marktniveau liegt die Schaden- bzw. Leistungsquote mit 79,60 (77,71) Prozent. Die Verwaltungskostenquote bleibt unverändert bei 2,0 Prozent. Mit den Kapitalanlagen erzielten die Krankenversicherer planmäßig ein Ergebnis von 452,8 (452,2) Mio. Euro; das entspricht einer Nettoverzinsung von 3,5 (3,7) Prozent.

Lebensversicherung: Positive Tendenz weiter ausbauen

Mit einem deutlichen Plus von 5,6 Prozent stiegen die gebuchten Bruttobeiträge der Lebensversicherer auf 2,96 (2,81) Mrd. Euro, während der Markt ein Minus von 2,6 Prozent ausweist. Für den Konzern VKB besonders erfreulich: Die laufenden Beiträge verzeichneten ein Wachstum von 2,4 Prozent und liegen mit 1,48 (1,44) Mrd. Euro nahezu gleichauf mit den Einmalbeiträgen. Die Anzahl

der Verträge erhöhte sich, bei der Bayern-Versicherung, dem größten Lebensversicherer des Konzerns, sogar um fast 6.000 Stück. Die Stornoquote – basierend auf den Beitragseinnahmen – konnte erneut gesenkt werden und beträgt nun 3,4 (3,9) Prozent. Die Verwaltungskostenquote liegt bei der Bayern-Versicherung bei 1,6 Prozent, für den Konzern VKB bei 1,7 Prozent und somit auf niedrigem Niveau. Das Nettoergebnis aus Kapitalanlagen stieg auf 1,16 (1,10) Mrd. Euro, die Nettoverzinsung auf 4,5 Prozent.

Altersvorsorge: Das Teuerste ist die verlorene Zeit

Grundlage für die gute Entwicklung des Lebensversicherungsgeschäfts 2015 im Konzern VKB sind nach Aussage von Dr. Ralph Seitz, Vorstandsmitglied Lebensversicherung im Konzern VKB, „passende Produktinnovationen, geeignete Lösungen für alle Kundengruppen unter Berücksichtigung individueller Risikoneigungen sowie exzellente Vertriebspartner und Mitarbeiter.“ So gebe es, trotz der aktuellen Rahmenbedingungen, keine Alternative zum Vorsorgesparen. Denn, so Seitz weiter: „Das Teuerste an der Altersvorsorge ist die verlorene Zeit“, und dies unabhängig vom Zinsniveau. Denn je früher man sich um eine private Zusatzvorsorge kümmere, umso mehr finanzielle Mittel stünden im Alter zur Beibehaltung des Lebensstandards zur Verfügung.

Mit einer durchschnittlichen Zinsgarantie im Neugeschäft von erstmals unter einem Prozent profitierten Kunden von einer hohen Sicherheit des Geschäfts. Denn hohe Zinsgaranti-

en müssten durch konservative Kapitalanlagen und zusätzliches Risikokapital abgesichert werden, was zu Lasten einer möglichen Verzinsung gehe. Mit der bewährten FlexVorsorge Vario, als erster hybrider Rentenversicherung, konnte der Konzern VKB ein Wachstum von 28,5 Prozent erzielen. Mittels der 2015 neu eingeführten klassischen Rente Plus, welche eine 100-prozentige Bruttobeitragsgarantie zur Endfälligkeit sicherstellt, wurde eine Beitragssumme von 389 Mio. Euro erzielt. Für das laufende Jahr kündigte der Leben-Vorstand mit Wachstum Garant ein neues, indexorientiertes Vorsorgekonzept an.

Das Drei-Säulen-Modell der Altersvorsorge sieht der Konzern VKB unvermindert tragfähig. Die Riester-Rente dürfe nicht in Frage gestellt, könne aber weiter verbessert werden. Seitz betonte, dass die Riester-Rente nie die Intention hatte, die Vorsorgelücke komplett zu schließen. Sie sei eine Zusatzvorsorge, um die Lücke durch die seinerzeit beschlossene Absenkung des Rentenniveaus durch eine geförderte private Vorsorge zu verringern. Bei der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) gebe es durch die Partnerschaft mit den Sparkassen hohe Potenziale bei kleinen und mittleren Unternehmen.

Digitalisierung: Persönliche Nähe entscheidend

Bei den Herausforderungen durch die Digitalisierung steht für den Konzern VKB der Kunde im Mittelpunkt. „Wir nutzen die Digitalisierung für die persönliche Nähe und die gute Beziehung zu unseren Kunden“, zeigt Dr. Robert Heene, verant-

wortlich für den Kunden- und Vertriebsservice des größten öffentlichen Versicherers, den eigenen Weg auf. Erfolge der Vergangenheit spiegeln sich bereits in den niedrigen Verwaltungskosten sowie der schnellen Bearbeitung von Kundenanliegen durch standardisierte und automatisierte Prozesse wider. Kundenzufriedenheit, so Heene, sei als strategisches Konzernziel festgeschrieben.

Mittels eines Kundenbarometers werden an allen Kundenkontaktpunkten Rückmeldungen eingeholt und daraus konkrete Maßnahmen abgeleitet. Im Bereich des Inputmanagements können mit der Technologie von Cognitive Computing neuartige Methoden zur Textanalyse angewendet werden. Heene weiter: „Beim Wettbewerb ‚Digitaler Leuchtturm in der Versicherungswirtschaft‘ wurden wir als Vordenker für den Einsatz eines kognitiven Systems ausgezeichnet.“ Als weitere kundenorientierte Lösungen nannte Heene die Videoberatung, die elektronische Versicherungsbestätigung für das Kfz, drohnengestützte Schadenermittlung sowie eine Foto-App zur Beleganreicherung in der Krankenversicherung.

Zusammen mit weiteren Versicherern in Bayern hat die Versicherungskammer Bayern zum 1. April das InsurTech Programm mit Werk 1 als Accelerator in München initiiert. Ziel ist es, bis zu fünf Start-up-Unternehmen zu fördern, die den Fokus ihrer Geschäftsideen auf die Versicherungsbranche legen und neue digitale Lösungen entwickeln. „Ich bin überzeugt, dass uns diese Initiative weiter nach vorne bringt“, zeigte sich Heene zuversichtlich. □

Schadenmeldung im Hochwassergebiet Rottal-Inn

Angesichts des dramatischen Hochwasserereignisses im Landkreis Rottal-Inn bietet die Versicherungskammer Bayern Geschädigten unterschiedliche Möglichkeiten an, ihre Schäden an Gebäuden und des Hausrats sowie bei Kraftfahrzeugen schnell zu melden und Hilfe zu erlangen.

Für eine schnelle und unbürokratische Meldung von Schäden hat die Versicherungskammer Bayern die (national) kostenfreie Schaden-Hotline (0800) 62 36 62 36 zur Verfügung gestellt. Sie ist sieben Tage die Woche durchgehend besetzt. Die Mitarbeiter sind auf die zu erwartende Anzahl der Meldungen vorbereitet und sorgen für eine schnelle Bearbeitung.

Darüber hinaus können die Schäden unter Angabe der Versicherungsnummer auch online an: schaden@vkb.de gemeldet werden.

Zusätzlich nimmt die Versicherungskammer Bayern an zwei Orten Schadenmeldungen auch persönlich entgegen: in ihrer Geschäftsstelle in Pfarrkirchen, Dr. Bayer-Straße 12 und in der Sparkasse Pfarrkirchen, Bahnhofstraße 19.

Grundsätzlich empfiehlt die Versicherungskammer Bayern, jeden Schaden an Gegenständen und Gebäuden zu fotografieren und bei Hochwasser auch die Pegelstände festzuhalten. Wenn

möglich, sollten im Schadenfall Notmaßnahmen zur Minderung von Folgeschäden ergriffen werden. Betroffene sollten das Wasser rasch aus den Räumen entfernen und mit Maßnahmen zur Trocknung beginnen. Beschädigte oder zerstörte Gegenstände sollten, wenn das möglich ist, in einer Liste erfasst werden. Allerdings sind diese Maßnahmen nur dann zu ergreifen, wenn keinerlei Gefahr für Leib und Leben besteht. Die Sicherheit der Betroffenen geht immer vor.

Welche Versicherung hilft bei Überschwemmungen?

Für Schäden bei Überschwemmungen durch Hochwasser und Starkregen kommt eine Elementarschadenversicherung auf, die in der Regel ergänzend zu einer Wohngebäude- oder Hausratversicherung abgeschlossen wird.

Hochwasser- und Überschwemmungskatastrophen sowie heftige Stürme als Folge

des Klimawandels stellen für Gebäude eine steigende Gefahr dar. Mit der Zunahme von Unwettern steigt auch die Anzahl der Schäden. Nach wie vor ist Hausbesitzern oft nicht bewusst, dass ihr Gebäude nicht gegen alle Naturgefahren versichert ist. Viele haben zwar für die Gefahren Feuer, Hagel, Sturm und Leitungswasser eine Police abgeschlossen. Nur jedes zehnte Haus in Bayern ist aber gegen Naturgefahren wie Überschwemmungen (auch Starkregen), Hochwasser, Schneedruck und Lawinen versichert. Dabei bietet die Versicherungskammer Bayern für 99,7 Prozent aller Gebäude in Bayern Versicherungsschutz gegen Elementargefahren.

Wichtig für Autobesitzer

Autobesitzer sind durch eine Kfz-Teil- oder Vollkaskoversicherung gegen Unwetterschäden versichert. Sie ersetzt nicht nur Schäden durch umherfliegende Gegenstände wie Ziegel oder Äste. Der Versicherungsschutz umfasst auch Beschädigungen die direkt durch Überschwemmung entstanden sind. □

VER SICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Königlicher Schutz - für die Abenteuer im Leben.

Weil ihm der Schutz der Menschen am Herzen lag, gründete König Max I. vor mehr als 200 Jahren eine Versicherung.

www.versicherungskammer-bayern.de

Finanzgruppe

14. UnternehmerKonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

Arbeitswelten der Zukunft

Globalisierung, Digitalisierung, Industrie 4.0: Der technologische Fortschritt mit optimierten Maschinen, vernetzten Daten und mobilen Kommunikationsformen hat immer stärkere Auswirkungen auf unternehmerische Prozesse, Mitarbeiter und Management-Entscheidungen. Die Frage, wie Unternehmen flexibel bleiben und ihre Mitarbeiter, die Produktion und den Vertrieb fit für die Zukunft machen, bildete den Schwerpunkt der 14. UnternehmerKonferenz 2016 im NürnbergConventionCenter NCC für Unternehmer, Entscheider, Kommunen und Landwirte.

Mit knapp 40 Wissensvorträgen, individuellen Expertengesprächen und zahlreichen fachbegleitenden Info- und Beratungsständen bot die UnternehmerKonferenz wertvolle Informationen für zukunftsfähige Strategien, wirtschaftliches Planen und nachhaltiges Handeln. Dabei wurde wieder einmal ganz plastisch gezeigt, wie Unternehmen Chancen ergreifen und sie bei ihrer Entwicklung von Ideen von den Sparkassen begleitet werden.

Partner der Kommunen

Da sich die bayerischen Sparkassen gleichermaßen als Partner der Kommunen und der Wirtschaft vor Ort betrachten, bot die UnternehmerKonferenz erneut einen eigenen Themenbereich für Kommunen an. In den Vorträgen ging es um Arbeitsstätten der Zukunft und die Chancen für die (ländliche) Region, Energieeffizienz durch Netzwerke auf regionaler Ebene sowie integrierte und buntere Arbeitswelten im Wandel durch Demographie und Flüchtlinge.

Bayerischer Gründerpreis

Eingebettet in die Unternehmerkonferenz mit über 1.300 Teilnehmern war die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer in Bayern wird für besondere und herausragende Erfolge beim Aufbau und Erhalt von Unternehmen verliehen.

Der Vizepräsident des Spar-

kassenverbands Bayern, Roland Schmautz, betonte den Erfolg des Bayerwald Xperium GmbH aus St. Englmar ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um ein Science-Center für jedermann, bzw. ein Museum zum Anfassen, das seinen Besuchern naturwissenschaftliche Phänomene unmittelbar nahebringt. In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an das junge und hochinnovative Unternehmen Trofilms GmbH aus Georgensgmünd, das mit der Produktion von hochqualitativen Verpackungsfolien innerhalb von drei Jahren zum Marktführer aufstieg und jetzt den Weltmarkt ins Visier nimmt.

Kategorie „Konzept“

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die Bayerwald Xperium GmbH aus St. Englmar ausgezeichnet. Dabei handelt es sich um ein Science-Center für jedermann, bzw. ein Museum zum Anfassen, das seinen Besuchern naturwissenschaftliche Phänomene unmittelbar nahebringt. In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an das junge und hochinnovative Unternehmen Trofilms GmbH aus Georgensgmünd, das mit der Produktion von hochqualitativen Verpackungsfolien innerhalb von drei Jahren zum Marktführer aufstieg und jetzt den Weltmarkt ins Visier nimmt.

„Aufsteiger“

Als „Aufsteiger“ konnte sich die SCHEMA Holding GmbH

aus Nürnberg durchsetzen, die das hochfunktionelle Content Management System SCHEMA ST4 für die technische Redaktion entwickelt hat, das inzwischen Standards in der Branche setzt.

„Nachfolge“

In der Kategorie „Nachfolge“ erhielt den Preis die SD GmbH Klaus Hirsch aus Türkheim im Unterallgäu, die die Unternehmensnachfolge auch in einer schweren Zeit für die Automobilbranche mustergültig von innen regeln konnte.

Sonderpreise

Doppelt vergeben wurde der Sonderpreis für besonders verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln: Im Bereich „Soziales Engagement“ ging der Preis an die Stiftung Bunter Kreis aus Augsburg. Die Stiftung betreut Familien mit chronisch-, krebs- und schwerstkranken Kindern in der Nachsorge rund um einen Klinikaufenthalt. Die Stiftung war als erste ihrer Art in Deutschland Modell für inzwischen mehr als 50 Einrichtungen.

Mit dem zweiten Sonderpreis „Unternehmen für die Region“ wurde die Rapunzel Naturkost GmbH aus Legau im Unterallgäu ausgezeichnet, die in über 40 Jahren Geschäftstätigkeit ihrer Grundidee treu geblieben ist: kontrolliert biologische, naturbelassene und vegetarische Lebensmittel herzustellen und fair zu handeln.

„Lebenswerk“

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielten die drei Brüder Hans, Peter und Paul Segmüller, die in jeweils über 40 Jahren Unternehmertätigkeit ein gemeinsames Lebenswerk geschaffen haben. Sie haben die

Hans Segmüller Polstermöbel-fabrik GmbH & Co. KG als familiengeführtes Unternehmen in der Spitzengruppe der deutschen Einrichtungsbranche positioniert. Ihre innovativen Konzepte für modernste Einrichtungshäuser sind bis heute wegweisend für die Branche.

Soziale Verantwortung

Trotz aller Expansionen ist Segmüller aber kein anonymes Konzern geworden, sondern bis heute ein bodenständiges Familienunternehmen geblieben, das sich seine Verbundenheit zu Bayern bewahrt hat. Die Segmüllers haben ihre wirtschaftlichen Freiräume immer verbunden mit sozialer Verantwortung für die Wirtschaft und die Gesellschaft in der Region, in der ihr Familienunternehmen seine Wurzeln hat.

4.500 neue Jobs

2015 reichten die bayerischen Sparkassen über 210 Millionen Euro Kredite für rund 1.500 Existenzgründungsvorhaben aus, wie SVB-Vizepräsident Schmautz hervorhob. Mehr als zwei Drittel davon wurden als öffentliche Förderkredite vergeben. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, trugen die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen zur Schaffung von ca. 4.500 neuen Jobs bei.

Tech made in Bavaria

„Die bayerischen Existenzgründungen sind dabei wieder stark technologisch getrieben“, urteilte Schmautz. „Im Umfeld von Industrie 4.0 entwickeln und produzieren sie ‚Tech made in Bavaria‘. Auch der Bereich E-Commerce nimmt an Fahrt auf: Immer mehr Unternehmer sehen die Notwendigkeit, ihre Leistungen auch über das Internet zu verkaufen.“

Eine ausführliche Dokumentation der Unternehmerkonferenz wird in Ausgabe 13 der GZ veröffentlicht. DK



Auf der diesjährigen Unternehmerkonferenz in Nürnberg war das Netzwerk MigraNet zum Thema „Berufliche Integration von Menschen mit Migrationshintergrund“ mit einem Infoland vertreten. Seit 2005 aktiv, vernetzt MigraNet Organisationen, Einrichtungen und Institutionen, um die Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern nachhaltig zu verbessern. Damit dies gelingt, arbeitet MigraNet in enger Kooperation mit relevanten Partnern bayernweit zusammen.

MigraNet ist der bayerische Teil des bundesweiten Netzwerks „Integration durch Qualifizierung (IQ)“. 2013 wurde die Arbeit von MigraNet mit dem Integrationspreis des Bayerischen Staatsregierungs ausgezeichnet.

Unser Bild zeigt die MigraNet-Repräsentanten Rainer Aliochin, Anne Güller-Frey und Andreas Bärnreuther (von links). □

BayernLB finanziert mit 25 Millionen Euro Seniorenimmobilie in Fürth

Die BayernLB stellt der BG Immobiliengruppe einen Kredit über rund 25 Mio. Euro für den Bau einer Seniorenimmobilie zur Verfügung. Mieter ist die KORIAN-Gruppe. Die Seniorenresidenz bietet 156 vollstationäre Pflegeplätze, 36 betreute Wohnungen und eine teilstationäre Tagespflege, nebst einem Stützpunkt des ambulanten Dienstes. Das Objekt ist in Wohneinheiten aufgeteilt und wird derzeit an Privatanleger verkauft.

Baubeginn im April

Mit dem Bau wurde planmäßig im April 2016 begonnen. Als langfristiger General-Mieter konnte der größte deutsche Betreiber, die Curanum AG, eine Tochter der französischen Korian-Gruppe, gewonnen werden. Mit der BG Immobiliengruppe steht die BayernLB schon seit rund 15 Jahren in Geschäftsbeziehung. Gemeinsam wurden bereits 10 Seniorenimmobilien mit rund 1.200 Pflegeplätzen, mehr als 200 barrierefreien Wohnungen sowie einige Tagespflegeeinrichtungen und Kitas realisiert. □

BayernLabo:

best-in-class im Nachhaltigkeitsrating

Das Förderinstitut der BayernLB erhält Prime-Status und ist aktueller Branchenleader im oekom-Rating

Nach herausragenden Ergebnissen der BayernLB und ihrer Tochtergesellschaft Deutsche Kreditbank AG (DKB) im Jahr 2015 bescheinigt die Ratingagentur oekom research auch der BayernLabo ein deutlich überdurchschnittliches Engagement im Umgang mit den sozialen und umweltbezogenen Herausforderungen des öffentlichen Bankensektors. Als dritte Bank des BayernLB-Konzerns erhält nun auch die BayernLabo den begehrten oekom Prime-Status.

Damit sind die auf Grund der Refinanzierungsgarantie des Freistaats Bayern von Standard & Poor's mit AAA gerateten Anleihen der BayernLabo für die steigende Zahl von Investoren, die bei ihrer Anlageentscheidung soziale und ökologische Kriterien berücksichtigen, besonders zum Investment geeignet.

Erstmalig an der Spitze

Während der BayernLB-Konzern bereits seit 2001 den Prime-Status hält und damit sein kontinuierliches Engagement für eine nachhaltige Entwicklung unter Beweis stellt, hat sich die BayernLabo in ihrer Kategorie erstmals im Rahmen eines eigenständigen Ratings an die Spitze gesetzt. Das Rating von C+ stellt die beste Bewertung unter allen deutschen Banken im Sektor „Financials – Mortgage & Public Sector Finance“ dar und ist damit aktueller Branchenleader.

Die oekom research AG ist eine der weltweit führenden Ratingagenturen im nachhaltigen Anlagensegment. Bereits seit 1993 gestaltet sie den Markt um nachhaltige Investments aktiv mit und bewertet mittlerweile weltweit über 3.700 Unternehmen aus 56 Branchen. Die Analysen von oekom research beeinflussen aktuell rund 600 Milliarden Euro Assets unter Management. Die Bewertung der BayernLabo im Rahmen des oekom Corporate Rating erfolgte zum Stichtag 18. Mai 2016.

Der aktuelle Ratingbericht ist abrufbar unter <https://bayernlabo.de/foerderinstitut/investor-relations/download-center/> □

Gewinner des Münchner Gründerpreises 2016:

„Bienensauna“ und „OHNE der verpackungsfreie Supermarkt“

Stadtparkasse München zeichnet junge StartUps für ihre Geschäftsidee aus

München (sskm). Die Stadtparkasse München hat Dr. Florian Kiel, Richard Rossa und Cornelia Rossa-Comes von der Firma „Bienensauna“ sowie Carlo Krauß, Hannah Sartin und Christine Traub von der Firma „OHNE der verpackungsfreie Supermarkt“ mit dem „Münchner Gründerpreis 2016“ ausgezeichnet. Die im Rahmen des Deutschen Gründerpreis-Wettbewerbs vergebene lokale Auszeichnung prämiiert herausragende Gründer und Unternehmer in der Region und ist mit jeweils 5.000 Euro dotiert.

„Mit kreativen und durchsetzungsstarken Gründerpersönlichkeiten sowie innovativen Geschäftsideen haben uns beide Start-Ups überzeugt“, würdigt Marlies Mirbeth, Privat- und Firmenkundenvorstand der Stadtparkasse München, die Leistung der Preisträger. Als StartUp gelten Firmen, die weniger als drei Jahre am Markt sind.

Bekämpfung der Varroamilbe

Die „Bienensauna“ ist ein innovatives Gerät zur Bekämpfung der Varroamilbe, die für das Bienensterben verantwortlich gemacht wird. Nachdem herkömmliche Behandlungsmethoden mit Gift oder Säuren keinen Erfolg brachten und die Bienen zusätzlich schädigten, greift die Bienensauna auf die uralte Behandlungsmethode Wärme zurück. Sie ermöglicht es den Imkern, ohne großen Aufwand und mit geringen Kosten gesunde, vi-

tale Bienenvölker zu erhalten.

Mit ausgeprägtem Unternehmertum und viel persönlichem Einsatz haben die Gründer Carlo Krauß, Hannah Sartin und Christine Traub ihr Unternehmen „OHNE der verpackungsfreie Supermarkt“ in der Schellingstraße in München gegründet. Das Unternehmenskonzept ist einfach: ein Supermarkt, der hauptsächlich regionale Ware in Bioqualität und völlig unverpackt anbietet. Die Kunden bringen ihre eigenen Gefäße für die Waren mit. Das spart Geld und vor allen Dingen viel Müll.

Begleitung von 130 Existenzgründern

„Trotz ihrer erst kurzen Geschichte überzeugen die Preisträger mit Geschäftsideen, die Nachhaltigkeit, Umweltschutz und Umwelterhaltung vereinen“, beschreibt Marlies Mirbeth die erfolgreichen Jungunternehmer. „Allein im Jahr 2015

haben wir 130 Existenzgründer mit einer Finanzierung begleitet. Das ist der beste Wert, den unser ExistenzgründungsCenter in den über zehn Jahren seines Bestehens erreicht hat.“

Lokale Auszeichnung

Der Münchner Gründerpreis der Stadtparkasse München ist die lokale Auszeichnung des Deutschen Gründerpreis-Wettbewerbs. Kunden der Stadtparkasse München sind regelmäßig



Von links: Carlo Krauß, Hannah Sartin (beide OHNE Supermarkt), Vorstand Marlies Mirbeth, Christine Traub (OHNE Supermarkt) und Dr. Florian Kiel (Bienensauna) bei der Verleihung des Münchner Gründerpreises 2016. □

Online-Kredite und Online-Versicherungen im Kommen

Bitkom-Befragung zeigt großes Potenzial für innovative digitale Finanzprodukte

Ob Kfz-Finanzierung oder Haftpflicht-Police: Deutsche Verbraucher werden künftig vermehrt im Internet Kredite aufnehmen oder Versicherungen abschließen. Auch weitere innovative Online-Finanzprodukte und Online-Finanzdienstleistungen haben großes Potenzial. Das zeigt eine repräsentative Befragung, die der Digitalverband Bitkom in Auftrag gegeben hat. Befragt wurden 1.007 Verbraucher ab 14 Jahren, darunter 814 Internetnutzer.

Demnach haben bereits 12 Prozent der Internetnutzer online eine Versicherung abgeschlossen, weitere 22 Prozent können sich vorstellen, dies künftig zu tun. Zudem kann sich ein Viertel der Internetnutzer (25 Prozent) vorstellen, online einen Kredit aufzunehmen, 7 Prozent haben das schon getan. Letztere haben diese Option dem Gang in die Filiale vorgezogen, weil sie die Beantragung des Kredits im Internet bequemer fanden (39 Prozent) und weil die Kreditvergabe schneller erfolgte (36 Prozent). Rund jeder fünfte Online-Kreditnehmer (21 Prozent) hat sich außerdem wegen besserer Kreditkonditionen für diese Form der Kreditaufnahme entschieden, und 16 Prozent, weil sie bei einem anderen Kreditinstitut abgelehnt worden waren.

Treiber der Entwicklung

„Nahezu alle Finanzgeschäfte können heute bequem, sicher und schnell im Internet erledigt werden“, sagt Ulrich Dietz, Bitkom-Vizepräsident. „Treiber dieser Entwicklung sind neben etablierten Banken auch Fintechs – also junge Un-

ternehmen aus dem Technologiesektor, die im Finanzbereich aktiv sind. Ihre innovativen Angebote werden unseren Umgang mit Geld grundlegend verändern.“

Laut der Befragung führen 70 Prozent der Internetnutzer Bankgeschäfte online durch. Dabei rufen sie vor allem ihren Kontostand ab (100 Prozent) und tätigen Überweisungen (96 Prozent). Außerdem werden im Rahmen des Online-Banking zum Beispiel neue Debit- oder Kreditkarten angefordert (13 Prozent), Prepaid-Handykarten aufgeladen (9 Prozent), persönliche Finanzberatungen in Anspruch genommen (6 Prozent) oder ausländische Währungen für den Urlaub bestellt (3 Prozent).

Angebote weiter ausbauen

Fast ein Drittel der Nutzer von Online-Banking (30 Prozent) erledigt seine Bankgeschäfte ausschließlich via Web und besucht überhaupt keine Filiale mehr. Zwei Drittel der Online-Banking-Nutzer gehen zusätzlich hin und wieder noch zum Schalter. Mehr als die Hälfte der Befragten aus dieser

Gruppe (52 Prozent) war innerhalb der letzten drei Monate in einer Bankfiliale. Bei 20 Prozent ist der letzte Besuch etwa drei bis sechs Monate her, bei 12 Prozent liegt er sechs bis zwölf Monate zurück, und bei immerhin 14 Prozent sogar länger als ein Jahr. „Häufig ist ein Besuch in einer Bankfiliale nicht mehr nötig“, so Dietz. „Selbst Beratungsgespräche können heute schon per Videochat geführt werden, auch außerhalb der üblichen Öffnungszeiten. Diese Angebote müssen noch weiter ausgebaut und bekannter gemacht werden.“

Laptop vor Desktop-PC

Wer seine Bankgeschäfte im Internet erledigt, verwendet dafür schon in vielen Fällen sein Smartphone. So erklärt gut jeder dritte Nutzer von Online-Banking, dass er dafür sein Handy einsetzt (36 Prozent, Vorjahr: 34 Prozent). 61 Prozent verwenden den Laptop, im Vorjahr waren es 57 Prozent. Jeder Zweite (50 Prozent) nutzt den Desktop-PC, 2015 lag der Wert noch bei 62 Prozent. Damit hat der Laptop den Desktop-PC erstmals als beliebtestes Gerät zum Online-Banking überholt. Zum Tablet Computer greifen 42 Prozent der Nutzer von Online-Banking (Vorjahr: 39 Prozent). „Der Trend beim Online-Banking geht weg vom Desktop-PC und hin zu mobilen Geräten. Dabei wird das Smartphone noch weiter an Bedeutung gewinnen, vor allem dank innovativer Apps, die Online-Banking auf dem Mobilgerät immer intuitiver und unkomplizierter machen“, sagt Dietz. Wer heute Smartphone-Banking betreibt, checkt in vielen Fällen ausschließlich den Kontostand (67 Prozent), immerhin 13 Prozent tätigen aber auch Überweisungen per Smartphone. Fast jeder Dritte (30 Prozent) verwendet für das Online-Banking per Smartphone eine App.

Plattformbasierte Modelle

Über das klassische Online-Banking sowie Online-Kredite oder -Versicherungen hinaus entstehen im Internet derzeit auch eine Reihe von plattformbasierten Modellen wie die Peer-to-Peer-Finanzierung. Beim Peer-to-Peer- bzw. Crowdfunding treten Privatverbraucher selbst als Kreditgeber auf. 2 Prozent der Internetnutzer haben sich bisher auf diesem Wege Geld geliehen, 9 Prozent können sich das vorstellen. Beim Crowdfunding schließen sich viele Personen zusammen, um sich gemeinsam an einem Unternehmen zu beteiligen. Die Investoren können einen Betrag ihrer Wahl anlegen und erhalten im Gegenzug eine Beteiligung an den Erträgen und den Wertsteigerungen des Start-ups. 2 Prozent der Internetnutzer geben an, schon einmal auf diese Weise Geld investiert zu haben, 4 Prozent sind aufgeschlossen dafür.

Viele Deutsche können sich außerdem vorstellen, großen Internetunternehmen ihr Geld anzuvertrauen. Fast ein Drittel (32 Prozent) ist offen dafür, Bankgeschäfte wie Überweisungen über Internetunternehmen zu tätigen. Fast ein Viertel (22 Prozent) hat außerdem Interesse an Versicherungsverträgen, die mithilfe digitaler Technologien exakt auf das individuelle Verhalten zugeschnitten sind. Im Falle einer Kfz-Versicherung

würde hierfür beispielsweise das individuelle Fahrverhalten aufgezeichnet und bei der Versicherungspolice berücksichtigt. Die Bankberatung durch einen Roboter finden 15 Prozent der Internetnutzer interessant. Dabei gibt der Roboter zum Beispiel Empfehlungen für die Geldanlage, die er mithilfe von Algorithmen generiert.

Bankberater werden nur in Einzelfällen oder auf Wunsch des Kunden hinzugezogen. Empfehlungen für Finanzprodukte auf der Grundlage von Daten aus Sozialen Netzwerken sind für 5 Prozent der Deutschen interessant. Hierbei wäre zum Beispiel denkbar, dass ein Kredit automatisch angeboten wird, wenn sich der Beziehungsstatus im Sozialen Netzwerk auf „verheiratet“ ändert.

Vertrauen aufbauen

„Neue und innovative Modelle für das Banking, die Finanzberatung, die Kreditvergabe oder die Geldanlage sind oft bequemer und kundenfreundlicher als herkömmliche Verfahren und können finanziell hochinteressant sein. Genauso wie das Online-Banking werden sie sich mittelfristig bei den Verbrauchern durchsetzen“, so Dietz. Allerdings seien die Deutschen in Geldfragen traditionell eher vorsichtig und wüssten zudem noch wenig über die neuen Angebote. Tatsächlich sagen 66 Prozent der Befragten: „Ich verstehe viele digitale Angebote rund um Banking und Bezahlen nicht.“ 67 Prozent erklären zudem: „Ich verstehe die Finanzwelt immer weniger.“ Dietz: „Banken und Fintechs müssen jetzt Aufklärungsarbeit leisten und Vertrauen aufbauen.“ □

Bayern Kapital investiert in die ReActive Robotics GmbH

Das auf Robotik für die Frühmobilisierung von Patienten spezialisierte Start-up ReActive Robotics hat eine siebenstellige Serie-A-Finanzierungsrunde abgeschlossen. Investoren dieser Finanzierungsrunde sind neben Bayern Kapital die MTIP MedTech Innovation Partners AG, die TQ-Group sowie der High-Tech Gründerfonds (HTGF). Mit dem bereitgestellten Kapital will die ReActive Robotics GmbH mit Sitz in München mehrere Prototypen für klinische Studien im Jahr 2017 entwickeln. Die Marktgröße wird auf über zwei Milliarden Euro geschätzt. Das Gerät wird Anfang 2018 in Europa auf den Markt kommen.

Die von ReActive Robotics entwickelten robotischen Module ermöglichen eine automatisierte Frühmobilisierung von schwerstbetroffenen Patienten – und das schon auf der Intensivstation, bereits 24 Stunden nach der Einlieferung.

Flexible Technik

Dank der intelligenten, flexiblen Technik können die Module am Krankenbett befestigt und dort zur Mobilisierung von Intensivpatienten von nur noch einer Pflegekraft eingesetzt werden. Zum einen erspart dies den gefährlichen Transfer des Patienten auf ein anderes Therapiegerät, zum anderen nimmt es Therapeuten die harte Therapiearbeit ab und erspart den Einsatz weiterer Pflegekräfte. Das intelligente System zur Frühmobilisierung von ReActive Robotics trägt so zu einer kostenreduzierten, verbesserten Patientenbehandlung bei.

Überzeugendes Produkt

„Die innovative Produktentwicklung von ReActive Robo-

tics hat uns von Anfang an überzeugt. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass das Produkt, das zunächst auf der Intensivstation zum Einsatz kommen wird, zahlreiche weitere Anwendungsfelder zulässt“, erläutert Dr. Georg Ried, Geschäftsführer von Bayern Kapital. „Die umfangreiche fachliche Expertise des Gründerteams von ReActive Robotics rund um Dr. Alexander König hat uns nachhaltig beeindruckt und erlaubt eine sehr gute Prognose für das Unternehmen.“

Intelligente Lösung

„Aufgrund des demografischen Wandels und steigender Gesundheitskosten benötigt unsere Gesellschaft intelligente Automatisierungslösungen in der Therapie und Pflege von schwerstbetroffenen Patienten“, erklärt Dr. Alexander König, Geschäftsführer und Gründer von ReActive Robotics. „Mit dem zusätzlichen Kapital können wir eine klinische Prototypen-Serie entwickeln und unser Konzept der robotergestützten Frühmobilisierung auf der Intensivstation validieren.“ □

Staatsminister Söder:

Bayern gegen Steuererhöhungen bei der Grundsteuer

„Der von der Finanzministerkonferenz beschlossene Gesetzentwurf bedeutet eine Kostenexplosion bei der Grundsteuer für bayerische Hauseigentümer und Mieter. Diese Steuererhöhung lehnen wir entschieden ab“, betonte Finanzminister Dr. Markus Söder anlässlich des mehrheitlichen Beschlusses der Finanzministerkonferenz, ein Gesetz zur Reform der Grundsteuer einzubringen. Dieser Gesetzentwurf legt als Grundlage für die Grundsteuer den Wert eines jeden Grundstückes und Gebäudes fest.

„Das würde in weiten Teilen Bayerns zu einer deutlichen Erhöhung der Grundsteuer führen. Das belastet jeden Eigenheimbesitzer, jeden Mieter und jedes Unternehmen“, so Söder weiter. Damit werden die ohnehin hohen Grundstücks- und Mietkosten in vielen Regionen Bayerns weiter verteuert.

Fertige Pläne für faire Grundsteuer

Wie Söder erläuterte, „würde ein Großteil dieser zusätzlichen steuerlichen Belastung bayerischer Bürger und Unternehmen über den Länderfinanzausgleich wieder in die finanzschwachen Länder fließen. Dem kann Bayern nicht zustimmen!“ Die Grundsteuer fließt ausschließlich den Städten und Gemeinden zu. „Den Ländern muss die Gesetzgebungskompetenz für die Grundsteuer übertragen werden. Wir haben bereits fertige Pläne für eine einfache, unbürokratische und faire Grundsteuer in Bayern“, erklärte der Minister.

Mit Ausnahme Bayerns und Hamburgs haben die Länderfinanzminister auf der Finanzministerkonferenz beschlossen, noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf zur Grundsteuer einzubringen. Dieser orientiert

sich bei der Bemessung der Grundsteuer an dem Verkehrswert des Grundstücks und der Gebäude. Bayern kritisiert die damit in vielen Regionen Deutschlands verbundene Steuererhöhung. Zudem führt die aufwändige Feststellung der Bodenrichtwerte zu einem extremen Verwaltungsaufwand. Dies zeigt sich auch daran, dass selbst die Befürworter davon ausgehen, dass die ersten Bescheide der neuen geplanten Grundsteuer erst in 10 Jahren erlassen werden könnten. Bayern schlägt dagegen vor, pauschal auf die Grundstücksgröße und die Art der Bebauung abzustellen. Das ist einfach und nachvollziehbar für Bürger und Verwaltung.

Überarbeitung nötig

Die Bemessungsgrundlage der Grundsteuer beruht derzeit auf Wertverhältnissen aus den Jahren 1964 bzw. 1935. Es ist auch von Bayern unbestritten, dass die Regelungen zur Grundsteuer zukünftig überarbeitet werden müssen. Allerdings sind derzeit einige Verfahren beim Bundesverfassungsgericht anhängig, mit deren Entscheidung demnächst zu rechnen ist. Bayern plädiert unabhängig von den fachlichen Einwänden dafür, diese Entscheidungen zunächst abzuwarten. □



MünchenerHyp

Ihr Partner für gewerbliche Immobilienfinanzierungen. International. Zuverlässig. Langfristig.

- Attraktive Konditionen
- Große Produktvielfalt
- Schnelle und verlässliche Entscheidungen

Genossenschaftliche FinanzGruppe
Volksbanken Raiffeisenbanken



www.muenchenerhyp.de

Bundeskabinett verabschiedet Vorhaben zur Energiewende

Das Bundeskabinett hat drei Vorhaben zur Energiewende verabschiedet: die Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung zur europäischen Öffnung der Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien, die Anreizregulierungsverordnung zur Steigerung der Anreize für Investitionen in die Verteilernetze und die Erklärung der Bundesregierung zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausbaus (KFK). Dies teilte das Bundeswirtschaftsministerium mit.

Laut Ministerium setzt die Grenzüberschreitende-Erneuerbare-Energien-Verordnung die Vorgaben aus dem EEG 2014 um und ermöglicht eine stärkere europäische Integration der Energiewende. Ab 2017 werde die Ausschreibung der Förderung erneuerbarer Energien in Höhe von 5% der jährlich zu installierenden Leistung für Anlagen aus anderen EU-Mitgliedstaaten auf Basis der Gegenseitigkeit geöffnet.

Im ersten Schritt greife die Verordnung für die Pilotauschreibungen für PV-Freiflächen. Ab 2017 erfolge dann die anteilige Öffnung für andere Technologien. Erste Pilotprojek-

te seien schon für 2016 geplant.

Anreize für Investitionen in Verteilernetze stärken

Mit dem Entwurf der Anreizregulierungsverordnung soll der Investitionsrahmen für Verteilernetzbetreiber grundlegend modernisiert werden. Bei steigenden Erneuerbaren-Anteilen müssten die Verteilernetze in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig sollen die Kosten für die Energieverbraucher möglichst gering gehalten werden. Hierzu sollen künftig steigende Kapitalkosten aus Investitionen ohne Zeitverzug bei den Netzkosten berücksichtigt werden können.

Besonders effiziente Netzbetreiber sollen mit einem finanziellen Bonus belohnt werden. Im Gegenzug kämen durch den jährlichen Abgleich Entlastungen bei den Kapitalkosten schneller den Energieverbrauchern zugute. Der Bundesrat müsse der Anreizregulierungsverordnung noch zustimmen.

Außerdem sollen die Empfehlungen der Kommission zur Überprüfung der Finanzierung des Kernenergieausbaus (KFK) vom 27.04.2016 umgesetzt und damit die Finanzierung des Kernener-

gieausbaus sichergestellt werden. Dazu bereite die Bundesregierung eine Gesetzesinitiative vor. Die Gesetzesinitiative solle einen öffentlich-rechtlichen Fonds einrichten. Die Initiative solle zudem den Aspekt der Nachhaftung abgepalter Konzernanteile für etwaige Nachhaftungen gegenüber dem Fonds umfassen.

Als zeitlichen Anknüpfungspunkt werde das Gesetzesvorhaben den Zeitpunkt des Kabinettschlusses vom 01.06.2016 nennen. Etwaige Abspaltungen nach diesem Zeitpunkt seien von der beabsichtigten Regelung erfasst. Ein Vertrauen auf den Fortbestand der derzeitigen Rechtslage sei insoweit nicht mehr geschützt, betont das Bundeswirtschaftsministerium. □

Jahresbericht der Bundesnetzagentur:

Einsatz für den Wettbewerb

„Auch im Jahr 2015 haben wir uns für den Wettbewerb eingesetzt und uns als Anwalt für Verbraucherinnen und Verbraucher stark gemacht“, erläuterte Präsident Jochen Homann bei der Vorlage des Jahresberichts der Bundesnetzagentur.

Die Entwicklung des Wettbewerbs, die Förderung der Infrastrukturen und der Schutz der Verbraucher seien dabei besonders von der fortschreitenden Digitalisierung geprägt. „Moderne und gut funktionierende Netze sind die Voraussetzung für Wohlstand und Wachstum – sie sind die Grundlage dafür, dass alle von den Innovationen des digitalen Wandels profitieren können“, erklärte Homann.

Der Erzeugungsbereich war im Berichtsjahr 2014 durch einen weiteren Kapazitätswachstum der erneuerbaren Energieträger gekennzeichnet. Insgesamt betrug der Zuwachs im Bereich der Erneuerbaren Energien 6,5 GW. Am stärksten nahmen die Erzeugungskapazitäten in den Bereichen Wind Onshore mit 4,0 GW und Solarenergie mit 1,9 GW zu. Die installierten Gesamterzeugungskapazitäten stiegen damit auf 16,2 GW an.

Geringere Netto-Stromerzeugung

Hiervon sind 106,2 GW den nicht erneuerbaren Energieträgern und 90,0 GW den erneuerbaren Energieträgern zuzuordnen. Die deutschlandweite Netto-Stromerzeugung lag im Jahr 2014 bei 581,3 TWh und ist somit im Vergleich zum Vorjahr um 12,2 TWh gesunken. Grund hierfür ist insbesondere ein verhältnismäßig milder Winter. Dabei ging die Stromerzeugung aus nicht erneuerbaren Energieträgern gegenüber dem Vorjahr um 4,6 Prozent zurück. Am stärksten nahm die Stromerzeugung aus Erdgas- und Steinkohlekraftwerken ab. Die Erzeugungsmengen bei Braunkohle sind entgegen der letzten Jahre im Jahr 2014 erstmals wieder rückläufig.

Die Netto-Stromerzeugung auf Basis erneuerbarer Energieträger stieg um 8,4 TWh auf 154,8 TWh im Jahr 2014. Dies entspricht einem Anstieg von 5,7 Prozent zum Vorjahr. Am meisten zugenommen hat dabei die Stromerzeugung aus Windenergie an Land mit einer Erzeugungsmenge von 55,9 TWh. Den größten prozentualen Anstieg verzeichnete der Energieträger Wind auf See mit 60,2 Prozent. Grund hierfür war die Verdoppelung der installierten Leistung im Betrachtungsjahr 2014.

Die Energiewende und der dafür notwendige Ausbau des Stromnetzes sind weiter fortgeschritten. Bis Ende des Jahres 2015 wurden 614 Kilometer der

insgesamt 1.816 Kilometer Leitungen aus dem Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) realisiert, also rund 35 Prozent der Gesamtlänge. Diese Leitungen werden in Zuständigkeit der Länder geplant. Aus dem Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) waren bis Ende des Jahres 2015 rund 60 km realisiert.

Alle neuen Gleichstromverbindungen sollen nun vorrangig als Erdkabel geplant und verwirklicht werden. „Die Bundesregierung hat damit einen wichtigen Schritt für die Akzeptanz des Netzausbaus unternommen“, betonte Homann. Der Vorrang gilt u.a. für die zentrale von Nord nach Süd verlaufende Leitung „Sued-Link“ und den von Sachsen-Anhalt nach Bayern führenden „SuedOstLink“.

Für das Stromleitungsprojekt „Ultranet“ von Osterath (NRW) nach Philippsburg (BW) hat die Bundesnetzagentur alle Antragskonferenzen durchgeführt und legt nun den Untersuchungsrahmen für alle Abschnitte fest. „Die Gespräche vor Ort mit den Behörden, Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern haben uns dabei sehr geholfen“, erläuterte Homann.

Das Ausschreibungsverfahren für Photovoltaik-Freiflächenanlagen sorgte für große Nachfrage und sinkende Preise. Im Jahr 2015 hat die Bundesnetzagentur drei Ausschreibungen über 500 MW durchgeführt. Rund 150 Gebote gingen für jede Ausschreibung ein. Der durchschnittliche Zuschlagswert ist dabei von Runde zu Runde auf 8,00 ct/kWh gesunken. Die Vergütung der erneuerbaren Energien wird seit dem Jahr 2014 nicht mehr durch gesetzlich festgelegte Fördersätze ermittelt, sondern durch Ausschreibungen, die für mehr Wettbewerb sorgen.

Seit Mai 2015 wird die deutsche Erdgasversorgung umgestellt. Bis zum Jahr 2030 soll das sogenannte L-Gas durch H-Gas aus Norwegen, Russland und Großbritannien ersetzt werden. Hintergrund ist die rückläufige Förderung von L-Gas aus den deutschen und niederländischen Quellen. Die Netzbetreiber werden neue Gasleitungen bauen und insgesamt fünf bis sechs Millionen Endgeräte anpassen. Der Netzentwicklungsplan Gas 2015 kündigt die geplante Reihenfolge der betroffenen Netzbiete an. **DK**

bewertete das Ergebnis der Verhandlungen zur EEG-Reform als einen „Sieg der Vernunft“. Aigner: „Das zähe Ringen hat sich gelohnt. Bayern hat sich in allen wesentlichen Punkten durchgesetzt. Jetzt ist sichergestellt, dass auch in Zukunft ein angemessener Anteil am Ausbau der erneuerbaren Energien in Bayern stattfinden kann“.

Wahlloser Ausbau gestoppt

Der unkontrollierte Ausbau der Windkraft im Norden, der immer weitere Leitungen nach sich zieht, sei gestoppt, sagt die Ministerin: „Jetzt wird der wahllose Ausbau von einem vernünftigen abgelöst, der sich auch an der Netzsituation orientiert. Damit können wir auch die unselige Strompreiszonen Diskussion beenden.“

Energiestandort Bayern gestärkt

Große Koalition einigt sich über EEG-Reform

Beim Treffen der Koalitionsspitzen im Kanzleramt in Berlin haben Union und SPD letzte Differenzen bei der geplanten Ökostrom-Reform ausgeräumt. Dabei wurden zentrale Forderungen Bayerns aufgenommen. So wurde durchgesetzt, dass Biogasanlagen und Holzenergieanlagen im Rahmen des EEG weiterhin angemessen berücksichtigt und gefördert werden. Bestandsanlagen können sich an Ausschreibungen beteiligen und mit einem Ausschreibungsvolumen von 1.050 MW in den kommenden sechs Jahren konnte eine verlässliche wirtschaftliche Perspektive ausgehandelt werden.

Die Bioenergie weist zahlreiche spezifische Vorteile auf und ist ein ausgesprochen intelligenter erneuerbarer Energieträger: Sie ist eine umweltfreundliche Art der Strom- und Wärmeenergie, ist vielseitig verwendbar und zudem die einzige gut speicherbare erneuerbare Energie. Die Bioenergie gewährleistet zudem eine bedarfsgerechte Lieferfähigkeit, weist eine hohe Systemdienlichkeit auf, da sie grundlastfähig und flexibel abrufbar ist und stellt eine regionale Wertschöpfung dar. Sie wird dezentral erzeugt und gewährleistet so Unabhängigkeit von Importen.

Dies führt dazu, dass es in Bayern mehr als 3.600 Anlagen gibt, die mehr als 8.105 Millionen kWh Strom pro Jahr erzeugen. Sie gewährleisten damit die Versorgung von rund 2,3 Millionen Haushalten. Der Anteil der Biomasse auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien in Bayern liegt im Primärenergieverbrauch bei 68,9 %.

Die Bioenergie-Branche ist nicht nur ein zentraler Wirtschaftsfaktor für den ländlichen Raum, sondern auch ein wichtiges Zusatzeinkommen für viele land- und forstwirtschaftliche einer leistungsfähigen Industrie- und Dienstleistungsstruktur wie in Bayern ist vor allem eine komplexe technische Aufgabe, die ein hohes Maß an Expertenwissen und eine jederzeit verfügbare Infrastruktur voraussetzt.

Verantwortung für das Gesamtsystem

Zunehmend bestimmt aber auch die Bürokratie das Tagesgeschäft der bayerischen Energieversorger. Allein für die administrative Abwicklung der Förderung der rund 500.000 Anlagen, die nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) subventioniert werden, beschäftigen die zuständigen Stromnetzbetreiber rund 1.000 hochqualifizierte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen.

„Lag die Verantwortung für eine sichere Stromversorgung früher auf wenigen Schultern, so erzeugen jetzt in Bayern mehrere 100.000 Bürger ebenfalls Strom. Allen sollte klar sein, dass sie damit auch eine Verantwortung für das Gesamtsystem übernehmen müssen“, sagte Wolfgang Brandl. □

Familienbetriebe. Als wichtige Weichenstellung für die bayerischen Bauern hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner demzufolge das Verhandlungsergebnis zur Reform des „Erneuerbare Energien Gesetzes“ (EEG) bezeichnet. „Damit hat Bioenergie wieder eine wirtschaftliche Perspektive und kann auch künftig einen substantziellen Beitrag zur Energiewende leisten“, erklärte Brunner. Denn jetzt sei sichergestellt, dass bestehende Biogas-Anlagen auch nach Ablauf der 20-jährigen Vergütungsdauer fortgeführt werden können, selbst ein moderater Zubau sei möglich. Ohne eine solche Anschlussregelung wären dem Minister zufolge viele Biogasanlagen vor dem Ausgestanden.

Gute Nachricht für die Bauern

„Angesichts der Dauerkrise auf den Agrarmärkten ist das endlich einmal eine gute Nachricht für unsere Bauern“, so Brunner. Jetzt komme es darauf an, die vielen notwendigen Detailregelungen wie etwa die Festlegung von Höchstwerten für die Ausschreibung praxisgerecht auszugestalten.

In Bayern hat die Produktion von Biogas für die Landwirtschaft einen besonderen Stellenwert. Die rund 2.400 Anlagen, die zum größten Teil von Landwirten betrieben werden, sind rund ein Drittel des gesamten deutschen Bestands. „Die Energieerzeugung aus Biogas ist gerade jetzt für viele Bauern eine wichtige Einkommensquelle“, betonte Brunner. Nach seinen Angaben wird in Bayern allein mit dem Betrieb von Biogasanlagen jährlich rund eine Milliarde Euro erwirtschaftet.

Photovoltaik und Windkraft

Auch bei der Photovoltaik und der Windkraft wurde der Energiestandort Bayern gestärkt. Hier ist es geglückt, das Ausschreibungsvolumen für große PV-Anlagen auf jährlich 600 MW herauf zu setzen und faire Wettbewerbsbedingungen für süddeutsche Windstandorte zu erkämpfen. Damit ist ein wichtiger Schritt in Richtung Energieautarkie Bayerns erfolgt.

Energieministerin Ilse Aigner

Fortbildung für Energieberater

Der Verein renergie Allgäu bietet im September 2016 eine Software-Fortbildung für Energieberater rund um die DIN 18599 an. Die Maßnahme umfasst 16 Unterrichtseinheiten und ist auf 12 Teilnehmer begrenzt. Die Plätze werden nach Anmeldung vergeben. Damit erlernen die Fachberater die Anwendung dieser Vorschrift, die die Grundlage bildet für die energetische Bilanzierung von Nicht-Wohngebäuden. Info: www.renergie-allgaeu.de und cl@renergie-allgaeu.de □

Bayerische Energieversorger erzeugen immer weniger Strom

Die für die öffentliche Stromversorgung zuständigen Energieversorgungsunternehmen in Bayern haben 2015 gegenüber 2007 rund 25 Prozent weniger Strom erzeugt. Der Rückgang 2015 ist insbesondere auf die Außerbetriebnahme des Kernkraftwerkes Grafenrheinfeld Mitte des Jahres zurückzuführen. Die Erdgas-kraftwerke konnten auf niedrigem Niveau im Vergleich zum Vorjahr wieder etwas zulegen.

„Wir brauchen die Erdgaskraftwerke in Bayern dringender denn je, denn sie garantieren unsere Versorgung immer dann, wenn der Strom aus Sonne und Wind nicht zur Verfügung steht“, sagte Wolfgang Brandl, Vorstandsvorsitzender des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e. V. – VBEW.

Im Jahr 2007 haben die Kraftwerke der allgemeinen Versorgung noch rund 74.140 Millionen kWh Strom erzeugt. Im Jahr 2015 waren es nach der Erhebung des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung noch rund 55.850 Millionen kWh. Maßgeblich für diese Entwicklung sind das Abschalten der Kernkraftwerke Isar 1 im Jahr 2011 und Grafenrheinfeld im Jahr 2015 sowie der Rückgang der Stromerzeugung aus Erdgas insbesondere in den Jahren ab 2012.

Wasserkraftenerzeugung

Bei der Stromerzeugung der weiteren Energieträger ist die Wasserkraft besonders beachtenswert. Im Vergleich zum sehr ordentlichen Wasserkraftjahr 2013 erzeugten die bayerischen Wasserkraftwerke 2015 aufgrund der deutlich geringeren Niederschläge und der nahezu ausgefallenen Schneeschmelze wie in 2014 rund 1.700 Millionen kWh (minus 15 Prozent) weniger Strom; die Wasserkraftenerzeugung lag damit auf dem Niveau von 2014.

Zum Stromverbrauch in 2015 liegen noch keine amtlichen statistischen Zahlen vor. Er ist in Bayern auch in den letzten Jahren weiterhin deutlich angestiegen und liegt derzeit nach VBEW-Schätzung bei rund 90.000 Mil-

lionen kWh. Allein in den letzten 10 Jahren hat der Stromverbrauch um 25 % zugenommen. Die „fehlenden“ Strommengen durch die Energieversorger werden beispielsweise von Landwirten und Bürgern mit Biogas- und Photovoltaikanlagen in das Stromnetz eingespeist oder aus anderen Ländern über Stromleitungen importiert. Es wird aber auch immer mehr Strom von der Industrie und privaten Haushalten selbst erzeugt und gleich vor Ort verbraucht.

Struktur der bayerischen Stromerzeugung verändert sich fundamental

Spätestens bis Ende 2022 gehen mit den Kernkraftwerken Gundremmingen (2 Blöcke) und Isar 2 (1 Block) weitere 4.000.000 kW Leistung vom Netz und erzeugen jährlich rund 30.000 Millionen kWh weniger Strom. Damit haben die bayerischen Elektrizitätserzeuger innerhalb weniger Jahre dann rund zwei Drittel ihrer angestammten Stromproduktion verloren. „Es wird große Anstrengungen erfordern, diese Lücke unter Aufrechterhaltung von Versorgungssicherheit, Preiswürdigkeit und Umweltfreundlichkeit schließen zu können. Wer dabei nur auf heimische Sonne, Wind und Biomasse setzt, gibt sich einer Illusion hin“, sagte Wolfgang Brandl.

Strom selbst erzeugen heißt auch Verantwortung für Andere übernehmen

Die Sicherstellung der Stromversorgung zu jeder Zeit eines hochentwickelten Landes mit

120 Jahre E-Werk Tegernsee:

Starker Partner für die Region

Festakt mit Wirtschaftsministerin Ilse Aigner

Als fest in der Region verwurzelt stellt das E-Werk Tegernsee einen anerkannten Dienstleister und bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar. Vor allem Tegernsee, aber auch das ganze Tal profitiert von dieser Erfolgsgeschichte. Das 120-jährige Jubiläum des E-Werks Tegernsee wurde jetzt ausgiebig mit einem offiziellen Festakt, mit Konzerten und einem Familienprogramm gefeiert.

Den Namen jenes Mannes, mit dem alles begann, trägt das E-Werk bis heute im Namen: Carl Miller. Der Holzhändler, Besitzer der Hammerschmiedsäge im Kreuther Ortsteil Weißbach, ließ am 10. Februar 1896 vor staunendem Publikum im Tegernseer Steinmetz-Saal zu Demonstrationzwecken eine Glühbirne erstrahlen. Sie bezog ihre Energie aus einem provisorisch aufgestellten Dynamo, der vom Alpbachwasser der Staudachersäge in hundert Metern Entfernung angetrieben wurde.

Historie

Nur knapp ein Jahr später brannten bereits in 80 Tegernseer und Rottacher Häusern Glühbirnen. Der Strom stammte aus dem in Rekordzeit realisierten Weißbach-Wasserkraftwerk der neu gegründeten Weißbach-Tegernsee GmbH, der neben Miller und seinen Brüdern auch die Weißbacher Brüder Bachmair sowie die damalige Gemeinde Tegernsee angehörten.

Fast monatlich wurden Lösungen ausgetüftelt, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. 1909 ging das Söllbach-Wasserkraftwerk ans Netz, Engpässe wurden mit Dieselmotoren und Dampfkesseln überbrückt. Das E-Werk überraschte regelmäßig mit Pionierleistungen, darunter mehrere Seekabelverlegungen oder den Bau eines Akkumulatorenhauses mit Trafostation zum Stromspeichern. Da

mit Beginn des Zweiten Weltkrieges Dieselkraftstoff Mangelware wurde, kam es auf Betreiben des Wirtschaftsministeriums zum Anschluss des Tegernseer Stromnetzes an die damaligen Amper-Werke.

„Aus der Region, für die Region“ – so lautet das Credo für das E-Werk, dessen persönlich haftender Gesellschafter die Stadt Tegernsee mit ihrem Bürgermeister Johannes Hagn ist. Die Geschäfte führt Direktor Dr. Norbert Kruschwitz mit einem Team von 38 Mitarbeitern.

Solide aufgestellt

Das E-Werk Tegernsee ist heute breit, solide und zukunftsorientiert aufgestellt. Zu ihm gehören die Vertriebs KG, die inzwischen 3000 Kunden außerhalb des eigenen Netzgebiets mit Tegernseer Strom versorgt. Für die Tegernseer Kur- und Versorgungsbetriebe (TKV), einem Eigenbetrieb der Stadt Tegernsee, übernimmt das E-Werk die kaufmännische und technische Betriebsführung. Die monte mare Seesauna Tegernsee, ein Erfolgsmodell, wurde von den TKV gebaut. Die Tegernseer Erdgasversorgungs-gesellschaft mbH (TEG) wurde schon 1988 gegründet. Gesellschafter sind zu gleichen Teilen das E-Werk und die Energie Südbayern GmbH (ESB). Das Netz an Unternehmen rund um den starken Mutterkonzern E-Werk macht die Tegernsee Bahn Betriebs GmbH

(TBG) komplett. Sie gehört zu 45 Prozent zu den TKV.

Vielfältiges Engagement

Über die Kernaufgaben der Stromerzeugung, des Netzbetriebs und des Stromhandels hinaus, engagiert sich das E-Werk im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Junge Menschen werden regelmäßig zu Elektronikern und Industriekaufleuten ausgebildet. Dass sich das E-Werk aktuellen Herausforderungen, etwa nach erneuerbaren Energien stellt, beweist die laufende Optimierung der beiden Wasserkraftwerke am Söllbach und an der Weißbach. Ein wichtiger „Lückenschluss“ ist zudem geschafft: Nach mehrjährigen Verhandlungen steht das E-Werk Tegernsee vor der Übernahme des Stromnetzes Gmund.

Optimierte Kraftwerke

Beim offiziellen Festakt hob Wirtschafts- und Energieministerin Ilse Aigner die Rolle des E-Werks als „starker und zuverlässiger Partner für Menschen, die hier arbeiten und leben wollen“, hervor. Das Unternehmen sorge für Arbeits- und Ausbildungsplätze und übernehme überdies soziale Verantwortung etwa für die Nachbarschaftshilfe, die Freiwillige Feuerwehr, Kindergärten und Schulen. Zu Recht sei das Unternehmen mit dem Bayerischen Umweltpreis ausgezeichnet worden.

sterin Ilse Aigner die Rolle des E-Werks als „starker und zuverlässiger Partner für Menschen, die hier arbeiten und leben wollen“, hervor. Das Unternehmen sorge für Arbeits- und Ausbildungsplätze und übernehme überdies soziale Verantwortung etwa für die Nachbarschaftshilfe, die Freiwillige Feuerwehr, Kindergärten und Schulen. Zu Recht sei das Unternehmen mit dem Bayerischen Umweltpreis ausgezeichnet worden.

Gut besuchter Familientag

Beim Familientag mit mehr als 500 Besuchern war für jedes Alter etwas geboten. Kinder konnten in Zusammenarbeit mit der Energiewende Oberland kleine Photovoltaik-Anlagen basteln oder beim „Energie-Fahrrad“ ausprobieren, wie lange es welche Anstrengung kostet, alltägliche Apparate zu aktivieren.

Während sich die Jugendlichen vor allem auf den Segway-Parcours konzentrierten, standen bei deren Eltern und Großeltern überwiegend E-Bikes, von örtlichen Autohändlern präsentierte Elektro- und Gasfahrzeuge sowie ein Truck, der ein mobiles Blockheizkraftwerk beherbergte, im Zentrum des Interesses. **DK**

OTH Amberg-Weiden:

Auftakt für 2. „Kommunales Energieeffizienznetzwerk“

Im November 2015 wurde der offizielle Zuwendungsbescheid für eines der bundesweit ersten kommunalen Energieeffizienznetzwerke vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) mit dem maximalen Fördersatz ausgestellt. Netzwerkträger ist das Institut für Energietechnik an der Ostbayerischen Technischen Hochschule Amberg-Weiden (IIE) mit den Projektleitern Dipl.-Ing. Maximilian Conrad und M.Eng. Thomas Gollwitzer. Ein erstes Netzwerk mit zehn teilnehmenden Kommunen ist im April gestartet, nun kommt ein zweites mit zwölf Landkreisen und Kommunen hinzu.

Teilnehmende Landkreise sind Bamberg, Forchheim, Haßberge, Nürnberger Land, Pfaffenhofen a. d. Ilm, Schwandorf, Tirschenreuth und Traunstein sowie die Städte Amberg, Neumarkt, Straubing und Würzburg.

Professioneller Austausch

Hauptziel der dreijährigen Netzwerkarbeit (Laufzeit von 2016 bis 2018) in den teilnehmenden zwölf Landkreisen/Kommunen ist das Erreichen definierter Klimaschutzziele durch die kontinuierliche Begleitung und praxisbezogene Weiterentwicklung von Maßnahmen zur Minderung des Energieverbrauchs in der Kommune. Hierfür werden jährlich vier moderierte Netzwerktreffen durchge-

führt, in denen ein professioneller Erfahrungsaustausch mit den anderen Netzwerkteilnehmern stattfindet. Zudem erfolgt eine landkreis- bzw. kommunenspezifische, individuelle Beratung zu relevanten Energiethemen aller Art (Gebäudesanierung, Effizienzsteigerung auf Kläranlagen, Straßenbeleuchtung, Nahwärmenetze, usw.).

Die Landkreise/Kommunen versprechen sich aus dem dreijährigen Projekt zum einen konkrete fachlich wichtige Impulse zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Steigerung der Energieeffizienz durch die technisch-wissenschaftliche Beratung des IIE. Zum anderen wollen die Partner gegenseitig voneinander lernen und sich über die realisierten Projekte austauschen. **□**

Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung:

Entwicklungen der Energieversorgung

In zwei Studien hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin Entwicklungen der Energieversorgung untersucht. Das Augenmerk richtete sich dabei auf die Themen Rekommunalisierung und Leistungseffizienz.

Laut DIW gibt es „keinen generellen Trend zur Rekommunalisierung in der Energieversorgung“. Zwar nahm die Zahl der öffentlichen Energieversorger im Zeitraum vom 2003 bis 2012 um 17 Prozent zu; im gleichen Zeitraum stieg allerdings die Zahl der privaten Versorger um 49 Prozent.

Keine Anzeichen für Rekommunalisierungstrend

Auch die Umsatzentwicklung der Unternehmen liefert keine Anzeichen für einen Rekommunalisierungstrend. Im Gegenteil: Die öffentlichen Versorger haben weitere Umsatzanteile verloren. Sie erwirtschafteten im Jahr 2012 nur noch etwas mehr als ein Viertel der Umsätze im Energiesektor, obwohl sie die Mehrheit der Unternehmen stellen.

Umstrukturierungen der Branche

Dass die Zahl sowohl der öffentlichen als auch der privaten Energieversorger insgesamt immer weiter steigt, liegt nach Auffassung des DIW nicht zuletzt an Umstrukturierungen der Branche im Zuge der Energiewende. Beispiele sind die Ausgründung bestimmter Tätigkeiten in rechtlich selbständige Tochtergesellschaften (etwa beim Netzbetrieb

und im Bereich technischer Dienste) oder die Erschließung neuer Geschäftsfelder (beispielsweise EEG-Anlagen und Energiedienstleistungen), die mit bisherigen Tätigkeiten eng verbunden sind.

Hervorzuheben sei in diesem Zusammenhang, dass das DIW auf der Grundlage seiner Studie die Position des DStGB zur Rekommunalisierung bestätigt: Rekommunalisierung müsse immer eine Einzelfallentscheidung sein.

Leistungseffizienz

Eine weitere Studie kommt zu dem Ergebnis, dass kommunale Energieunternehmen ihre Leistung ebenso effizient wie private Unternehmen erstellen. Dies gilt sowohl für den Stromvertrieb als auch für den Netzbetrieb. Daraus wird deutlich, dass die von privater Seite immer wieder vorgebrachte Behauptung, private Unternehmen würden Vorteile bei Effizienz und Wirtschaftlichkeit haben, nicht haltbar ist.

Die Expertinnen und Experten gehen in ihrer Einschätzung sogar noch weiter: Das Ergebnis der Studie sei insofern bemerkenswert, als dass öffentliche Unternehmen anders als private nicht auf reine Gewinnmaximierung abzielen, sondern weitergehende Interessen verfolgen, heißt es beim DIW. **DK**

Gut zu wissen: Nach Vereinbarung bieten wir Führungen für Kommunen, Geschäfts- und Gewerbekunden durch das LEW-Technologiezentrum.

LEW-Technologiezentrum in Königsbrunn.

- > über 100 verschiedene Modelle energiesparender Straßen- und Objektbeleuchtung
- > intelligente Lichtsteuersysteme
- > Ideen für die Einbindung von Batteriespeichern und Elektromobilität

Informieren Sie sich unter www.lew-technologiezentrum.de

Die LEW-Gruppe – Ihr Partner für intelligente Energie

LEW LEW LEW LEW BEW EWL ÜWK LVN
Lechwerke Service & Consulting TelNet Netzservice Bayerische Elektrizitätswerke Überlandwerk Krambach

gas&glas erdgas schwaben:

Tussenhausen startet in die Highspeed-Zukunft

Glasfaser und Erdgas in Tussenhausen: Was wie Zukunftsmusik klingt, soll schon in zwei Jahren Wirklichkeit werden. schwaben netz, eine 100-prozentige erdgas schwaben-Tochter, verlegt in allen Straßen ein 25 km langes Erdgas-Leitungsnetz zusammen mit einem Leerrohrnetz für schnelles Internet. Bald können die Tussenhausener mit kostengünstigem und klimaschonendem Erdgas heizen und schnelles Internet nutzen.

Voraussetzung für das Projekt war eine Quote von mindestens 50 % neuer Erdgas-Netzanschlussverträge, tatsächlich konnten sogar 70 % aller möglichen Gebäude für den Erdgas-Netzanschluss gewonnen werden und das in einem Zeitraum von nur drei Monaten. Zahlreiche Info-Veranstaltungen und die volle Unterstützung durch Ersten Bürgermeister Johannes Ruf und seine Gemeinderäte waren wichtige Erfolgsfaktoren dieses Projektes. „Einen Erdgasanschluss und zeitgleich schnelles Internet durch Glasfaser mit nur einer Baumaßnahme. Diese einmalige Chance, dürfen wir uns nicht entgehen lassen“, erklärte Ruf.

Beitrag zum Klimaschutz

Zum Spatenstich lobte Staatssekretär Franz Josef Pschierer das Projekt: „Die baulichen Maßnahmen beschränken sich auf ein Minimum, wenn beide Infrastrukturen zur selben Zeit verlegt werden. Da das Interesse an den Kombianschlüssen Breitband und Erdgas entsprechend hoch ist, sinken die Kosten für den einzelnen Anschluss. Zusätzlich ist der Anreiz hoch, in eine moderne

Erdgasheizung zu investieren. So trägt das Projekt auch zum Klimaschutz bei.“

Mit der Umstellung auf Erdgas in Tussenhausen werden jährlich rund 3.048 Tonnen Kohlendioxid eingespart. Die Bayerische Staatsregierung fördert das Pilotprojekt gas&glas mit rund 700.000 Euro. Zusätzlich stehen den Hauseigentümern Fördermittel in Höhe von 6 Millionen Euro zur Verfügung.

Die stellvertretende Landrätin Marlene Preißinger betonte, dass schnelles Internet in den ländlichen Regionen ebenso wichtig sei wie gute Straßen und ausgebildete Mitarbeiter und hofft auf möglichst viele Nachahmer im Unterallgäu.

Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer von erdgas schwaben, stellt Tussenhausen sogar in eine Reihe mit den deutschen Metropolen München, Augsburg oder Köln, „denn nur dort gibt es aktuell vergleichbare Glasfasernetze“. Für erdgas schwaben bedeutet dieses Projekt aber auch den Aufbruch in eine neue Zukunft, wurde doch so ein weiteres Geschäftsfeld – der Breitbandausbau in den ländlichen Regionen – erschlossen. CH



Von links: Mitglieder des Kinderparlaments Tussenhausen, Helmut Kaumeier, Projektleiter gas&glas erdgas schwaben, stellvertretende Landrätin Marlene Preißinger (Unterallgäu), Franz-Josef Pschierer, Staatssekretär, Johannes Ruf, Erster Bürgermeister Tussenhausen und Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben. □

Bahnstromkraftwerk Bittenbrunn der DWK:

Revisionsarbeiten in vollem Gange

Seit Anfang März sind die Ertüchtigungsarbeiten an der Kanuschleuse für Wasserwanderer und dem nächstgelegenen, südlichen Wehrfeld für die Staustufe Bittenbrunn wieder in vollem Gange. Die im September 2015 begonnenen Revisionsarbeiten an der aus drei Wehrfeldern bestehenden Wehranlage des Bahnstromkraftwerks Bittenbrunn der Donau-Wasserkraft AG (DWK) mussten während der Wintermonate planmäßig unterbrochen werden.

Im Auftrag der DWK, einem Tochterunternehmen der Rhein-Main-Donau AG (99,25 Prozent) und Uniper (0,75 Prozent), wird die Uniper Kraftwerke GmbH bis voraussichtlich Ende März 2016 die besagten Anlagenteile einer eingehenden

Inspektion unterziehen und die notwendigen Ertüchtigungsarbeiten vornehmen. Die Uniper Kraftwerke GmbH zeichnet als Betriebsführer für den sicheren Betrieb unter anderem der Donaukraftwerke der Rhein-Main-Donau AG zwischen der Lechmündung und Passau verantwortlich.

Kosten: Rund 360.000 Euro

Insgesamt wendet die Rhein-Main-Donau AG für diese turnusgemäßen Instandhaltungsarbeiten in Bittenbrunn rund 360.000 Euro auf. Im Laufe des kommenden Jahres sollen auch die beiden anderen Wehrfelder in Bittenbrunn ertüchtigt werden. Die Revisionen der Wehranlagen in Ingolstadt, Bergheim und Bertoldsheim sind für die folgenden Jahre vorgesehen. Ziel der Maßnahmen ist es, den betriebssicheren Zustand langfristig zu sichern.

Umfangreiche Arbeiten an Wehrtor und Kanuschleuse

Wesentliche Aufgabenstellung für die bis zu sechs Monate vor Ort ist der Austausch der Gummidichtungen an den Seitenabschlüssen des 70 Tonnen schweren und etwa acht Meter hohen Wehrverschlusses sowie erstmals auch an der Sohle in neun Meter Tiefe. Sämtliche beweglichen Teile wie die 16 Meter langen, jeweils 38 Tonnen ziehenden Wehrketten aus Edelstahl, Getriebe und Lager wurden einer intensiven Kontrolle unterzogen und soweit notwendig instand gesetzt. Gleiches gilt für alle baulichen Teile aus Beton und Stahl.

Alle Schweißnähte, Niet- und Schraubverbindungen, Hydraulikanlagen, Tor-Verankerungen, Armierungen werden eingehend geprüft und gegebenenfalls ertüchtigt. Wo notwendig, werden die Anstriche erneuert.

Zur Vorbereitung der Arbeiten waren anfangs Berufstauer im Einsatz um den Bereich vor dem 24 Meter breiten Wehrfeld zu begutachten und das korrekte Setzen der 36 Stahlplatten per Autokran, die den sogenannten Not- oder Revisionsverschluss bilden und den dahinterliegenden Teil des Wehrfeldes trocken legen, vorzubereiten. □

Spatenstich für Stromtankstelle

erdgas schwaben macht einen weiteren Schritt in die Zukunft: Vor der Hauptverwaltung in Augsburg wurde der Anschluss für die erste von sechs neuen Ladesäulen für Elektroautos gelegt. Die Elektroladesäulen der Firma Mennekes „Typ SN22“ sind bereits geliefert und warten nur noch auf den Anschluss.

Die neue Stromtankstelle wird rund um die Uhr zur Verfügung stehen. Sie besitzt zwei Ladeplätze, die jeweils wahlweise mit einem herkömmlichen Schuko-Stecker oder einem so genannten Typ-2-Stecker benutzt werden können, der in der Bundes-Ladesäulenverordnung als Standard für ganz Deutschland festgelegt wurde. Sowohl die Besitzer älterer Modelle als auch moderner Elektroautos können damit bedient werden.

Zukunftssichere Ausstattung

Mit dem 22-Kilowatt-(kW)-Anschluss – jeweils 11 kW pro Steckdose – ist über den Typ-2-Stecker auch Schnellladen möglich. Zum Vergleich: Eine normale Haushaltssteckdose bringt nur rund ein Fünftel dieser Leistung. „Mit dieser Ausstattung liegen die Stromtankstellen von erdgas schwaben in puncto Zuverlässigkeit, Modernität und Zukunftssicherheit ganz vorne“, erklärt Dr. Christian Blümm, Marketingleiter bei erdgas schwaben. Eine Freischaltung des Ladevorgangs wird sowohl mittels Kundenkarte als auch über App per Smart Phone möglich sein.

Bundesweiter Stadtwerkeverbund

Ermöglicht wurde dieses Projekt durch die Kooperation von erdgas schwaben mit der Firma Smartlab, die der Geschäftsführer von erdgas schwaben, Klaus-Peter Dietmayer, im April unterzeichnet hatte. Smartlab betreibt die Kooperationsplattform Ladenetz.de, einen bundesweiten Stadtwerkeverbund mit mehr als 60 Mitgliedern, dem auch die meisten Autohersteller angehören. Ziel ist es, den Kunden ein flächendeckendes Ladenetz zur Verfügung zu stellen – mithilfe von Roamingpartnern auch über Landesgrenzen hinweg.

Die einzelnen Ladepunkte sind auf einer interaktiven Karte mit Zusatzinformationen etwa zu Verfügbarkeit und Zahlungsmöglichkeiten zu finden – entweder im Internet oder über eine App.

Jeder Betriebsstellenstandort von erdgas schwaben erhält eine der neuen Elektroladesäulen. Bis September sollen auch in Donauwörth, Günzburg, Nördlingen, Kaufbeuren und Kempten die Elektrotankstellen stehen. Weitere Standorte sind jedoch bereits in Planung. □



Dr. Christian Blümm, Marketingleiter bei erdgas schwaben (links), überreicht Thomas Schümmer von Smartlab den Kooperationsvertrag. □

Energiemesse der Klima- und Energieagentur Bamberg

Die Energiemesse im Kreisbauhof Memmelsdorf ging dieses Jahr bereits in die sechste Runde. Sie hat sich zu einem bekannten wie beliebten Anlaufpunkt entwickelt, wenn es um erneuerbare Energien, Energieeinsparen und Energieeffizienz geht. Ausrichter war die Klima- und Energieagentur Bamberg, eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger aus Stadt und Landkreis Bamberg in Sachen Klimaschutz.

Neben Energieberatungen direkt vor Ort, organisieren die Klimaschutzbeauftragten in Stadt und Landkreis Informationsveranstaltungen und boten den Bürgerinnen und Bürgern auch 2016 ein umfangreiches Angebot aus Informationsständen, Fachvorträgen und Beratungsmöglichkeiten.

Fokus auf Elektromobilität

Über 50 nationale und internationale Aussteller präsentierten ihre Produkte im Bereich erneuerbarer Energie, Energieeffizienz und Energiesparen. Zusätzlich konnten sich die Besucherinnen und Besucher zu vielen Themen im Bereich der Sanierung, der Elektromobilität und der Energiespeicherung informieren und sich so mit den neuen Techniken vertraut machen. Dabei lag der diesjährige

Schwerpunkt auch wieder auf dem Thema „Elektromobilität“. Interessierte hatten die Möglichkeit, ein Elektrofahrzeug Probe zu fahren - ob Mercedes, Tesla oder BMW. Auf einem Segway Parcours konnten die Besucherinnen und Besucher ihre Geschicklichkeit unter Beweis stellen.

Energiequiz

Wie in den vergangenen Jahren bekamen die ersten 200 Messebesucher ein Paar Weißwürste, eine Brezel und ein Getränk als Messegeschänk gratis. Beim Energiequiz gab es viele attraktive Preise zu gewinnen. Die Teilnahmekarten waren am Messestand der Klima- und Energieagentur Bamberg erhältlich.

Weitere Informationen unter www.klimaallianz-bamberg.de

Der stärkste Energiemix



Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom

Geld sparen, Klima schonen – unser Mix macht's möglich

erdgas schwaben



Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de



Bürogebäude haben großes Potenzial zum Energiesparen

dena-Analyse liefert Zahlen zu Bestand und Energieeffizienz von Büro- und Verwaltungsimmobiliien in Deutschland

Büroimmobilien sind ein wichtiger Faktor für den bundesweiten Wärmeenergieverbrauch und sie haben großes Energiesparpotenzial. Das zeigt eine Analyse der Deutschen Energie-Agentur (dena), die den bisher nur lückenhaft dokumentierten energetischen Zustand von Büro- und Verwaltungsgebäuden mit einem neuen Schätzmodell ermittelt hat.

Demnach gibt es in Deutschland insgesamt 310.800 Büro- und Verwaltungsgebäude mit 456 Millionen Quadratmetern Nutzfläche. Daraus lässt sich für Raumwärme und Warmwasser ein Energieverbrauch von rund 60 Millionen Megawattstunden (MWh) abschätzen. Alle Wohngebäude in Deutschland haben im Vergleich dazu einen Wärmeverbrauch von rund 610 Millionen MWh.

Steigerung der Energieeffizienz trägt zur Energiewende bei

Büro- und Verwaltungsgebäude haben laut dena-Analyse einen Anteil von etwa 20 Prozent am Wärmeverbrauch aller sogenannten Nichtwohngebäude. Sie sind damit, gefolgt vom

Handel sowie dem Sektor Beherbergung und Gaststätten, für den größten Wärmeverbrauch in diesem Gebäudebereich verantwortlich.

Ihr durchschnittlicher Energiebedarf beläuft sich auf 174 kWh/(m²a), der durchschnittliche Energieverbrauch liegt bei 133 kWh/(m²a). Der Bedarf wird nach technischen Standards berechnet und ist unabhängig vom individuellen Nutzerverhalten, der Verbrauch entspricht der tatsächlich verbrauchten Energie. Auffällig ist, dass vor allem ältere Gebäude weit über dem Durchschnitt liegen. Etwa die Hälfte der Bürogebäude wurde vor 1978 und damit vor der ersten Wärmeschutzverordnung errichtet.

Nichtwohngebäude haben insgesamt einen Anteil von et-

wa 36 Prozent am Endenergieverbrauch aller Gebäude in Deutschland, obwohl sie nur etwa ein Siebtel des Gebäudebestands ausmachen. „Die Senkung des Energiebedarfs von Nichtwohngebäuden ist für die Eigentümer nicht nur aus Kostengründen relevant, sondern spielt auch für das Gelingen der Energiewende eine wichtige Rolle. Unsere Analyse zeigt, dass bei Büroimmobilien noch einiges getan werden kann, insbesondere bei den älteren“, so Christian Stolte, Bereichsleiter Energieeffiziente Gebäude bei dena.

Zur Grundlagenanalyse „Energieeffizienz bei Büroimmobilien“

Für die Grundlagenanalyse „Energieeffizienz bei Büroimmobilien. Analyse des Gebäudebestandes und seiner energetischen Situation“ hat das Institut für Wirtschaft Köln im Auftrag der dena zahlreiche Studien

und Daten ausgewertet. Um eine erste fundierte Aussage über den energetischen Zustand der Büro- und Verwaltungsimmobiliien treffen zu können, wurde ein Schätzmodell entwickelt. Dieses basiert auf zwei zentralen Datenquellen: Die Grundgesamtheit stellen regionale Beschäftigtenzahlen der Bundesagentur für Arbeit dar, aus denen der Bürobestand hochgerechnet wurde. Ergänzt werden diese Zahlen durch Daten von ImmobilienScout 24. Dafür wurden knapp 100.000 inserierte Objekte mit 33.500 Energieausweisen analysiert.

Folgestudie soll weitere Ansatzpunkte liefern

Um die Ansatzpunkte für die Steigerung der Energieeffizienz in Büro- und Verwaltungsimmobiliien weiter zu verbessern, plant die dena mit verschiedenen Kooperationspartnern eine Folgestudie. Diese soll unter anderem die Eigentümerstrukturen näher untersuchen und detaillierte Daten über den energetischen Zustand der Gebäude liefern. Zudem sollen Strategien und Instrumente zur Steigerung der Energieeffizienz in Nichtwohngebäuden entwickelt werden.

Die Grundlagenanalyse wurde vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) gefördert und zugleich vom Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen (BFW), dem Bundesindustrieverband Technische Gebäudeausrüstung (BTGA) sowie dem Zentralen Immobilien Ausschuss (ZIA) unterstützt.

Die Analyse steht im dena-Pressebereich zum kostenlosen Download bereit. □

LfA fördert Investitionen in den Klimaschutz

Bis zu 2 Mio. Euro Förderdarlehen möglich

Die LfA Förderbank Bayern verbessert die Umweltförderung und unterstützt mittelständische Unternehmen in Bayern bei Investitionen in den Klimaschutz. Gefördert werden im Ökokredit ab sofort auch Vorhaben, die zur Verringerung von Treibhausgasemissionen um mindestens 10 % führen, sowie Präventionsmaßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Dazu gehören beispielsweise Betriebsverlagerungen aus hochwassergefährdeten Gebieten sowie bauliche Verstärkung von Gebäuden als Folge von Extremwetterereignissen.

Der maximale Kreditbetrag beläuft sich auf 2 Mio. Euro und die Kreditlaufzeit auf bis zu 20 Jahre. In der besten Preisklasse liegt der Zinssatz derzeit bei 1,0 % p.a. effektiv und kann bis zu 20 Jahre festgeschrieben werden.

Bayerisches Markenzeichen

„Nachhaltige Wirtschaftspolitik ist ein Markenzeichen Bayerns. Im Bereich Klima- und Umweltschutz steckt in den über 600.000 mittelständischen Betrieben im Freistaat noch ungenutztes Potenzial. Der neue Ökokredit setzt hier einen wichtigen Impuls“, so Bayerns Wirtschaftsministerin und LfA-Verwaltungsratsvorsitzende Ilse Aigner.

LfA-Ökokredit

Umweltministerin Ulrike Scharf erläutert: „Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung. Seit 2008 haben wir rund eine Milliarde Euro in den Klimaschutz investiert. Und mit der verbesserten Förderung über den LfA-Ökokredit treiben wir den betrieblichen Klimaschutz weiter voran. So unterstützen wir

den bayerischen Mittelstand dabei, schädliche Klimagase zu reduzieren. Das ist ein weiterer Baustein für unser Ziel, die Treibhausgasemissionen bis 2050 auf weniger als zwei Tonnen pro Kopf und Jahr zu senken.“

Risiken senken, Kosten sparen

Dr. Otto Beierl, Vorstandsvorsitzender der LfA, ergänzt: „Umweltschutzinvestitionen zahlen sich für Unternehmen doppelt aus: Neben der Einsparung von Treibhausgasen können sie mit Präventionsmaßnahmen gegen Überflutung, Hitze oder Wind ihre unternehmerischen Risiken senken und so Kosten sparen. Deshalb helfen wir den Betrieben mit zinsgünstigen Förderkrediten und einer Finanzierung von bis zu 100 %.“

Die LfA ist seit 65 Jahren die staatliche Spezialbank zur Förderung des Mittelstands in Bayern. Die Förderkredite werden grundsätzlich bei den Hausbanken der Unternehmen beantragt und über diese ausgereicht. Um den Wirtschaftsstandort Bayern zu stärken, unterstützt die LfA auch Infrastrukturvorhaben. □

Energiewende:

Mehr Stromeinsatz für Wärme und Verkehr erforderlich

Agentur für Erneuerbare Energien veröffentlicht Metaanalyse von Prognos zu Wechselwirkungen zwischen Strom-, Wärme- und Verkehrssektor

In Zukunft zeitweilig auftretende Stromüberschüsse können sinnvoll zur Versorgung im Wärme- und Verkehrssektor genutzt werden. Das geht aus der von der Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) veröffentlichten Metaanalyse „Flexibilität durch Kopplung von Strom, Wärme & Verkehr“ hervor. Darin hat das Beratungsunternehmen Prognos im Auftrag der Agentur für Erneuerbare Energien die Aussagen von 25 Studien zum Flexibilitätsbedarf und den -potenzialen im deutschen Stromsystem gegenübergestellt.

„In allen ehrgeizigen Klimaschutzszenarien spielen die fluktuierenden Stromerzeuger Sonne und Wind die Schlüsselrolle in der zukünftigen Energieversorgung“, so Philipp Vohrer, Geschäftsführer der Agentur für Erneuerbare Energien. „Mit Hilfe dieses Stroms lassen sich auch Teile des Wärme- und Verkehrssektors dekarbonisieren. Zudem können durch eine solche Sektorkopplung mehr Flexibilitäten ins Energiesystem gebracht und Erzeugungsschwankungen ausgeglichen werden.“

In zwei Tagen beginnt die Zeichnungsphase für den Ende 2015 in Paris verhandelten Weltklimavertrag. Zur Zeichnungszeremonie in New York haben sich 130 Regierungsvertreter angekündigt, darunter auch aus Deutschland. Gemeinsames Ziel ist es, die globale Erwärmung deutlich unter zwei Grad Celsius zu halten. Die Konsequenz: Bis zur Mitte des Jahrhunderts muss die Energieversorgung nahezu vollständig klimaneutral erfolgen. „Das setzt voraus, dass nicht nur die Stromerzeugung von fossilen Energieträgern auf Erneuerbare Energien umgestellt wird, sondern auch die Wärmeversorgung und der Verkehr. Da Wind- und Sonnenenergie die weitaus größten Potenziale haben, werden sie in Zukunft eine wesentliche Säule der Energieversorgung auch in diesen Sektoren bilden“, fasst Vohrer das Ergebnis der Metaanalyse zusammen.

Im Jahr 2015 erzeugten die Erneuerbaren Energien 196 Terawattstunden Strom und trugen damit 30 Prozent zur Bruttostromerzeugung bei. Auch wenn zunehmend Strom exportiert wird und es regional aufgrund

von Netzenpässen zur zeitweisen Abregelung von Erneuerbare-Energien-Anlagen kommt, hat die Erzeugung aus Erneuerbaren Energien bisher zu keinem Zeitpunkt die Nachfrage übertrafen. „Der von interessierter Seite geprägte Begriff des ‚Wegwerfstroms‘ ist damit fehl am Platz“, erklärt Vohrer.

Die Metaanalyse zeigt: Wenn es in Zukunft absehbar zu Situationen kommt, in denen die regenerative Erzeugungslleistung die Nachfrage innerhalb des Stromsektors übertrifft, können diese Strommengen fossile Energieträger in der Wärmeversorgung und im Verkehr ersetzen und so für mehr Klimaschutz in diesen Sektoren sorgen. Je nach Szenario könnte der Strombedarf in Deutschland durch die stärkere Stromnutzung für Wärme und Verkehr deutlich steigen – und mit ihm der Ausbaubedarf für Windenergie- und Photovoltaikanlagen.

Windenergie und Photovoltaik

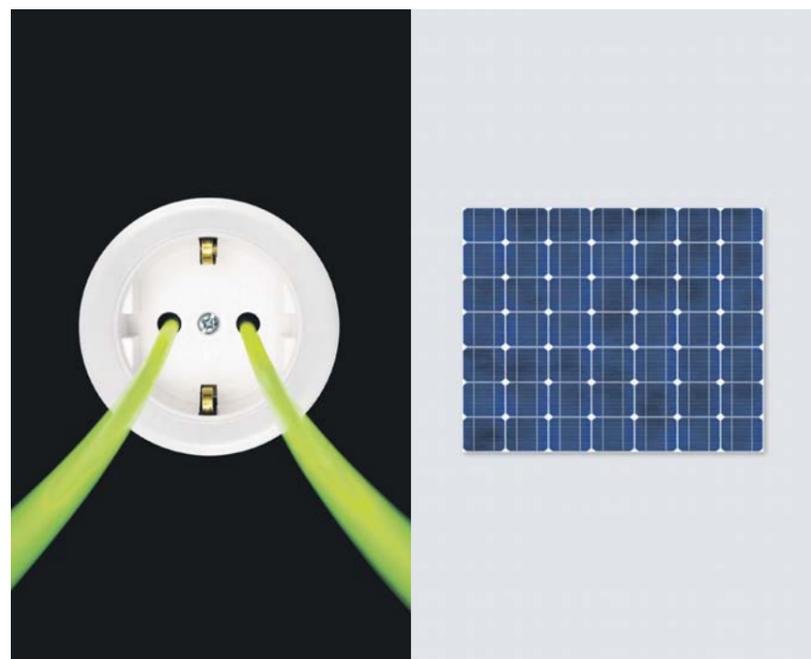
Für den Zeitraum bis 2030/35 gehen acht der für die Metaanalyse betrachteten Energieszenarien von einem weiteren Ausbau der installierten Leistung zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien auf insgesamt ca. 140 bis 160 Gigawatt aus (2015: 97 GW). Weitere acht Szenarien sehen einen teils deutlich stärkeren Ausbau auf insgesamt ca. 170 bis 246 Gigawatt vor. Dabei stellen Windenergie und Photovoltaik in allen Studien den größten Anteil – meist rund 90 Prozent. Diese Kapazitäten sind notwendig, um die Klimaziele zu erreichen. Sie bedeuten aber auch, dass das Stromsystem ein

hohes Maß an Flexibilität aufweisen muss. Diese kann im Bereich der Stromerzeugung durch den bedarfsgerechten Betrieb von fossilen Kraftwerken, Biogas- und KWK-Anlagen erreicht werden, des Weiteren durch Netzausbau, Stromtausch mit dem Ausland und Lastmanagement bei Stromverbrauchern sowie durch Stromspeicher.

Ein großer Teil der Studien misst sogenannten neuen Stromverbrauchern eine wachsende Bedeutung für die Flexibilisierung der Stromnachfrage bei. Darunter fällt eine zunehmende Nutzung von Strom für Wärmezwecke. Elektrische Wärmepumpen werden dabei eine große Rolle spielen, zudem sollen Stromüberschüsse im Rahmen von Power-to-Heat-Konzepten, z. B. durch Einspeisung in Wärmenetze verwertet werden. Im Verkehr kann Strom ebenfalls verstärkt Verwendung finden, etwa in Elektrofahrzeugen oder für die Produktion strombasierter Brennstoffe („Power-to-Gas“ / „Power-to-Liquid“).

Welche Flexibilitätsoption zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang eingesetzt wird, ist den für die Metaanalyse untersuchten Studien zufolge abhängig vom Erfolg beim Netzausbau, der Kostenentwicklung von Speichertechnologien sowie vom Zusammenspiel der verschiedenen Optionen. So besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass Elektrolyseure und Methanisierungsanlagen erst ab etwa 2030 in größerem Stile als Langfristenergiespeicher und für den Ersatz fossiler Energieträger im Verkehr zum Einsatz kommen könnten. Bis dahin wären andere, kostengünstigere Flexibilitätsoptionen ausreichend, um die anfallenden Stromüberschüsse wirtschaftlich zu nutzen. Langfristig könnten jedoch aus Klimaschutzgründen sämtliche Flexibilitätsoptionen notwendig und auch wirtschaftlich werden.

Die Analyse zum Download auf www.forschungsradar.de □



WIR FÖRDERN RUND UND ECKIG

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in regenerative Energien und höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 21 24 24 0

www.lfa.de

LfA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Bürgerenergiepreis Oberpfalz:

Bayernwerk und Regierung suchen Impulsgeber

Burglengenfeld/Regensburg. Der Bürgerenergiepreis Oberpfalz geht in die nächste Runde. 10.000 Euro Preisgeld warten auf engagierte Oberpfälzer, die sich in ihrem Umfeld als „Energiehelden“ für die Energiezukunft stark machen. Zum diesjährigen Auftakt haben das Bayernwerk und die Regierung der Oberpfalz den Wettbewerb beim Vorjahressieger in Burglengenfeld vorgestellt und Bewerber bis 27. Juli zur Teilnahme aufgerufen.

Seit 1. Juni können sich Bürger der Oberpfalz für den Bürgerenergiepreis 2016 bewerben. Mit Unterstützung der Regierung der Oberpfalz vergibt das Bayernwerk zum dritten Mal den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten Preis. Der Auftakt mit Regierungsvizepräsident Walter Jonas, Burglengenfelds 2. Bürgermeister Bernhard Krebs und stellvertretender Landrat Jakob Scharf fand im Johann-Michael-Fischer-Gymnasium in Burglengenfeld bei einem der drei Vorjahressieger statt.

„Der Einsatz technischer Neuerungen ist wichtig für die Gestaltung der Energiezukunft in Bayern. Aber der langfristige Erfolg wird letztlich nur möglich sein, wenn wir die Akzeptanz und das Vertrauen der Gesellschaft auf unserer Seite haben“, erklärte Christoph Henzel, Leiter Kommunalmanagement der Bayernwerk AG. „Mit dem Bürgerenergiepreis möchten wir die Aufmerksamkeit auf die Impulsgeber und ihre Projekte lenken“, so Christoph Henzel. „Gewinnen können alle, ob klein oder groß, ob allein oder im Team, ob als Familie, Verein oder Initiative.“ Beispielgebend sind die Schülerinnen und Schülern aus Burglengenfeld,

die im vergangenen Jahr erfolgreich mit dem Projekt „ecoBiking“ am Wettbewerb teilgenommen haben.

Die Regierung der Oberpfalz zählt seit mehreren Jahren zu den Unterstützern des Bürgerenergiepreises. Regierungsvizepräsident Walter Jonas hofft, dass sich dieses Jahr wieder viele Bürgerinnen und Bürger mit ihren innovativen Energielösungen bewerben: „Der Bürgerenergiepreis Oberpfalz bringt zum Ausdruck, dass sich Energiesparen und der effizientere Umgang mit Energie nicht nur lohnen, sondern dieses vorbildliche Engagement für die Energiewende auch belohnt wird. Das im Vorjahr prämierte Projekt aus Burglengenfeld hat uns deshalb beeindruckt, weil es in vielfältiger Weise wirkt: Wir erfahren, dass Energie nicht selbstverständlich ist, wir erfüllen, wie viel Kraft in dem Strom steckt, der Tag für Tag aus unseren Steckdosen kommt. Wir sprechen mit unseren Familien und Freunden über das Thema Strom und Energie und fördern damit in letzter Konsequenz auch die Akzeptanz für die Energiewende. Ich hoffe, dass auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Projekte eingereicht

werden, von denen eine derartige Multiplikatorwirkung ausgeht und die zum Nachahmen anregen.“

Mit dem Bürgerenergiepreis können Privatpersonen, Vereine oder auch Schulen ausgezeichnet werden, die mit cleveren und bemerkenswerten Ideen und Maßnahmen einen Impuls für die Energiezukunft geben. Alle Bürgerinnen und Bürger in der Oberpfalz sind ab sofort wieder aufgefordert, sich bis Ende Juli direkt beim Bayernwerk zu bewerben. Aus allen Einsendungen wählt eine Jury drei Preisträger aus.

Der Umfang und die Größe der Projekte sind laut Christoph Henzel nicht entscheidend. Wichtig ist, dass sich die Projekte mit den Themen Energieeffizienz oder Ökologie befassen, Vorbildcharakter haben und dazu beitragen, die Akzeptanz für die Energiewende zu erhöhen. Eingereicht werden können Projekte, die entweder in Planung sind, im laufenden Jahr begonnen haben oder aufgrund ihrer inhaltlichen Qualität nach wie vor Bestand haben. Die Bayernwerk AG verleiht den Preis neben der Oberpfalz auch in den Regierungsbezirken Niederbayern, Ober- und Unterfranken.

Die Bewerbungsunterlagen sind unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis zu finden. Videos der bisherigen Sieger finden sich im Bayernwerk-Kanal auf YouTube. □



Bürgermeister aus dem Landkreis Kelheim, Grundstückseigentümer und interessierte Anwohner gewannen Einblicke in das neue 110kV/20kV-Umspannwerk in Bachl in der Marktgemeinde Rohr im Landkreis Kelheim (Niederbayern). □

Landkreis Kelheim:

Kommunalpolitiker informieren sich über Netzbau

19 Millionen Euro investiert der Netzbetreiber in der Region in Leitungen und Umspannwerk

Rohr i.NB. Experten des Netzbetreibers Bayernwerk haben die Bürgermeister aus dem Landkreis Kelheim über das neue Umspannwerk in Bachl in der Marktgemeinde Rohr im Landkreis Kelheim (Niederbayern) und Konzepte für Elektro-Ladesäulen informiert. Anschließend besichtigten die Gemeindevertreter den neuen Netzknoten für die Energieversorgung in der Region.

In der Region Rohr investiert das Bayernwerk mit den laufenden Netzausbaumaßnahmen insgesamt rund 19 Millionen Euro. Im Sportheim in Rohr stellten kommunale Ansprechpartner und Techniker des Bayernwerks das neue Umspannwerk in Bachl vor. „Im Landkreis Kelheim speisen rund 9.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz ein. Die in unser Netz eingespeiste Energie hat sich in den vergangenen zehn Jahren um das 18-fache erhöht. Jetzt sorgen wir dafür, dass das Stromnetz stabil bleibt“, erklärt Kommunalbetreuer Stephan Leibl die Hintergründe für den erforderlichen Neubau. Von den Investitionskosten entfallen etwa 3,4 Millionen Euro auf das Umspannwerk.

Wachsender Strombedarf

„Mit dem Bau und dem Anschluss des neuen Umspannwerks werden wir dem wachsenden Strombedarf in unserer Region gerecht. Das schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiezukunft vor Ort“, betonte Andreas Rumpel, gastgebender Bürgermeister von Rohr in Niederbayern. Im Rahmen der Dienstbesprechung der Bürgermeister im Landkreis Kelheim stellte Martin Hanner vom Kommunalmanagement des Bayernwerks verschiedene Modelle für den Aufbau von Ladesäulen für E-Autos in Kommunen vor.

Die Gemeindevertreter erfahren, dass die Elektro-Stationen entweder gepachtet, als Werbefläche genutzt oder erworben werden können. „Elektroautos sind auf dem Vormarsch. Um als Kommune modern und zukunftsorientiert zu sein, ist es jetzt die Zeit, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Das Bayernwerk und seine Partner können die Kommunen mit verschiedenen Angebotsmodellen unterstützen und mit jeder Gemeinde eine passende Lösung finden“, sagte Martin Hanner.

Im Anschluss an die Vorträge besichtigten die Kommunalvertreter das neue Umspannwerk in Bachl. Bei der Besichtigung war besondere Vorsicht geboten, denn die Technik zur Mittelspannungsversorgung befindet sich bereits in Betrieb. Die Anbindung an das Hochspannungsverteilnetz wird nach Abschluss der

privatrechtlichen Sicherung und Genehmigung folgen. Thomas Kotarski, verantwortlich für den Betrieb des Umspannwerks, und seine Kollegen, erklärten den in-

teressierten Besuchern die Funktionsweise der 110-kV-Schaltanlage und Transformatoren auf dem Außengelände sowie die 20-kV-Schaltanlagen im Betriebsgebäude. Neben den Bürgermeistern konnten im Laufe des Tages in zwei weiteren Gruppen Grundstückseigentümer und Anwohner einen Blick in das neue Umspannwerk werfen. □

Werksviertel am Münchner Ostbahnhof:

Bayernwerk Natur setzt innovatives Energiekonzept um

Auf modernster Basis sorgt die in Unterschleißheim ansässige Bayernwerk Natur GmbH für die energetische Versorgung des Werksviertels am Münchner Ostbahnhof. Das Kulturareal wird dadurch auch in energetischer Hinsicht zum Vorzeigebjekt der bayerischen Landeshauptstadt. Das Werksviertel wird damit als Quartierslösung weitgehend zu einem energieautarken Teil Münchens.

Nicht nur der geplante Konzertsaal, sondern auch die Bayernwerk Natur sorgt für Zukunftsmusik im Münchner Werksviertel am Ostbahnhof. Das Tochterunternehmen des Bayernwerks sorgt für eine innovative und nachhaltige Wärme-, Kälte- und Stromversorgung in dem rund 90.000 Quadratmeter großen Areal. Rund 1.000 Abnahmestellen innerhalb des Werksviertels werden in den entstehenden 13 Gebäuden auf effizienter Basis mit Energie versorgt. „Wir sind unglaublich stolz darauf, den Zuschlag zur Umsetzung eines derartigen Projekts erhalten zu haben. Die Vielfalt dieser Quartierslösung im Herzen Münchens gibt uns die Chance, unsere Kompetenzen im Bereich der innovativen Kundenlösungen zu zeigen“, betonte Dr. Alexander Fenzl, Geschäftsführer der Bayernwerk Natur.

Bis 2024 soll laut Projektplan die Entwicklung des Werksviertels abgeschlossen sein. Ein Aushängeschild wird auch der neue Münchner Konzertsaal werden, der am Gelände des Werksviertels entsteht. „Wenn es noch ein i-Tüpfelchen auf dieses Projekt gebracht hätte – der Konzertsaal wäre auf der Wunschliste ganz oben gestanden“, freute sich Franz Völkl, der seitens der Bayernwerk Natur für das Projekt verantwortlich ist.

Zur Umsetzung des Projekts und zur betrieblichen Steuerung der Energieversorgung wurde mit der Werk Kraft GmbH eine gemeinsame Gesellschaft der Bayernwerk Natur und der OTEC gegründet. Zur OTEC gehören die Liegenschaften des ehemaligen Pfanni-Geländes, die das Zentrum

des Werksviertels bilden. In der letzten Ausbaustufe wird bis dato mit einem Wärmebedarf von rund 10.000 Megawattstunden pro Jahr, einem Strombedarf von rund 12.000 Megawattstunden pro Jahr und einem Kältebedarf von rund 2.000 Megawattstunden pro Jahr gerechnet. Der künftige Energiebedarf des Konzertsaals ist dabei noch nicht berücksichtigt.

Die Werk Kraft GmbH wird die Strom-, Wärme- und Kälteversorgung aller Gebäude im Werksviertel übernehmen. Die Stromversorgung wird bereits seit 1. Januar 2016 komplett über die Werk Kraft GmbH sichergestellt. Zur künftigen Energieversorgung ist der Bau zweier erdgasbasierter Blockheizkraftwerke mit jeweils 850 kWel und 1.050 kWth, drei Grundwasserwärmepumpen und einer Absorptionskältemaschine geplant. Zudem entstehen eine Wärme-, ein Kälte- und ein 10 kV-Stromnetz und rund 20 neue Transformatoren. Mit diesem Energiekonzept kann sich das Werksviertel weitgehend autark versorgen. Ziel ist es, bis zu 80% des benötigten Stroms selbst zu erzeugen und direkt an die Bewohner des Werksviertels zu liefern. Dennoch wird ein zentraler Anschluss an das Hochspannungsnetz der Stadtwerke München errichtet.

Im Betrieb wird die Werk Kraft GmbH auch alle energiewirtschaftlichen Prozesse wie Liefermanagement, Marktkommunikation, Erzeugung, Restenergiebeschaffung oder Abrechnung übernehmen. Der Investitionsbedarf für den Aufbau des Energiesystems liegt bis 2019 bei rund 6,4 Millionen Euro. □

ENERGIE
ZUKUNFT
Wir gestalten mit!

Bürgerenergiepreis
Mein Impuls.
Unsere Zukunft!

10.000 Euro
für Bürger,
Schulen
und Vereine!

Setzen Sie mit Ihrer Idee oder Ihrem Projekt aus den Bereichen Energieeffizienz und Ökologie einen wichtigen Impuls für die Energiezukunft. Bewerben Sie sich mit Ihrer Idee für den Bürgerenergiepreis.

Der Bürgerenergiepreis wird in Niederbayern, Oberfranken, Unterfranken und der Oberpfalz verliehen.

Weitere Informationen unter
www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

EFRE-Förderung:

30 Millionen Euro für energieeffiziente Kommunen

Gemeinsam mit der Europäischen Union (EU) fördert der Freistaat Bayern kommunale Vorzeigeprojekte. In der aktuellen EFRE-Förderperiode 2014-2020 stehen ca. 30 Millionen Euro für Projekte bayerischer Kommunen mit herausragender CO₂-Einsparungsbilanz zur Verfügung. Dies gab Innen- und Bauminister Joachim Herrmann jüngst in München bekannt.

Konkret handele es sich um 12 Städte, Märkte und Gemeinden, die bis Mitte nächsten Jahres Förderanträge für ihre speziellen Projekte vorbereiten können, erklärte Herrmann. Es gehe hier vor allem um Energieeinsparungen in öffentlichen Infrastrukturen wie den kommunalen Nahwärmenetzen, wo noch viel Einsparpotenzial bestehe.

Die Fördermittel dienten dem Aufbau dieser Netze wobei Maßnahmen mit interessanten Konzepten zur Ersetzung fossiler Wärmeerzeugung durch regenerative Anlagen besonders gefördert würden. Auch könne eine Anschubfinanzierung zum Auf-

bau von Verteilernetzen und Anschlüssen für Gebäude sowie die Entwicklung und Umsetzung integrierter kommunaler Energieleitpläne übernommen werden. Des weiteren seien Fördermittel für die modellhafte Sanierung kommunaler Gebäude vorgesehen. All diese Maßnahmen seien ein wichtiger Beitrag zur CO₂-Einsparung.

12 Projekte ausgewählt

Insgesamt hätten 32 Kommunen Projektvorschläge eingereicht. Ein gutachterlich begleitetes Auswahlgremium habe davon

12 Städte, Märkte und Gemeinden ausgewählt, erklärte der Minister. Ausgewählt wurden:

- Stadt Aschaffenburg mit ihrem integrierten Energiekonzept Oberstadt
 - Markt Bechhofen - Wissens- und Erlebniswelt Bechhofen
 - Stadt Friedberg - Infrastruktur-entwicklung/Aufbau Verteilnetz
 - Stadt Gräfenberg - Energetische Entwicklungsplanung für Altstadt und Scheunenviertel
 - Stadt Herrrieden - Nahwärmeversorgung Altstadtquartier
 - Stadt Iphofen - Erweiterung Nahwärmenetz im Denkmalensemble Altstadt
 - Stadt Kemnath - Errichtung Schlammfäulung zur Biogas- und Stromerzeugung
 - Markt Konnersreuth - Biomasse-Nahwärmeversorgung
 - Stadt München - Areal Großmarkthalle
 - Stadt Rosenheim - Kältenetz Lokschnitten
 - Gemeinde Thüngen - Erweiterung Nahwärmeverteilsystem
- Diese Kommunen könnten die Förderanträge für ihre konkreten Projekte bis Mitte nächsten Jahres mit den zuständigen Bezirksregierungen abstimmen. Darüber hinaus sei für 2017 ein weiterer Programmaufruf vorgesehen, teilte der Minister abschließend mit. **rm**

Laufwasserkraftwerk Bad Abbach an der Donau:

Investition in Stärkung der Versorgungssicherheit

Rhein-Main-Donau AG und Bayernwerk AG erneuern 20.000-Volt-Schaltanlage

Im Mai hörten Spaziergänger beim Donaukraftwerk ein vernehmbares Rauschen. Die Donau floß, für die aktuelle Wasserführung unüblich, statt durch die beiden Turbinen über die Wehranlage des Kraftwerks Bad Abbach der Rhein-Main-Donau AG. Die Erzeugung von sauberem regenerativen Wasserkraftstrom musste pausieren. Hintergrund des Wehrüberlaufs – so der Fachbegriff – war der Umbau der 1978 errichteten 20.000-Volt-Schaltanlage.

Über sie wird der im Kraftwerk erzeugte Wasserkraftstrom in das 20.000-Volt-Mittelspannungsnetz

der Bayernwerk AG, das in weiten Teilen Bayerns das Stromnetz von der 220-/380-Volt-Nieder-

bis zur 110.000-Volt-Hochspannungsebene betreibt, eingespeist.

Bootsgasse wieder frei

Aus Sicherheitsgründen musste bei Wehrüberlauf auch die Bootsgasse gesperrt bleiben. Bayernwerk, Uniper und Rhein-Main-Donau AG baten alle Wassersportler um Verständnis, dass die Bootsgasse während der Bauarbeiten nicht benutzt werden konnte. Boots- und Kanufahrer können die Bootsgasse nach Abschluss der Bauarbeiten nun wieder uneingeschränkt weiter benutzen.

Modernisierung auf zehn Schaltfeldern

Fachleute der ELATEC POWER DISTRIBUTION GmbH sowie der Uniper Anlagenservice GmbH und der Uniper Kraftwerke GmbH, die das Donaukraftwerk für die Rhein-Main-Donau AG betreibt, haben die Modernisierungsarbeiten durchgeführt. Auf insgesamt zehn Schaltfeldern wurden entsprechend den gewachsenen Anforderungen an ein starkes Stromversorgungsnetz die modernen Netzkomponenten errichtet. Es wurden die alten Anlagenteile demontiert, um Platz für die neuen, modernen Leistungsschalter, Messwandler, Trennschalter, Leitungsseile und Isolatoren zu schaffen.

Errichtung neuer Fundamente

Für die neuen Schaltgeräte wurden auch neue Fundamente erstellt. Mit der Modernisierung der Schaltanlage wurde eine optimale Verfügbarkeit langfristig sichergestellt. Die bestehende Freileitung der Bayernwerk AG bleibt unverändert. Die Nutzung der Donaubrücke für den öffentlichen Verkehr wurde durch die Arbeiten nicht beeinträchtigt.

300.000 Euro Investition

Rund 300.000 Euro investierten Rhein-Main-Donau AG und Bayernwerk zu gleichen Teilen in diese umfassenden Modernisierungsmaßnahmen. **□**



Wadhhauser Gräben bei Starnberg:

Windkraftträder eingeweiht

Die vier jeweils 210 Meter hohen Windräder des Betreibers Bürgerwind Berg GmbH in den Wadhhauser Gräben bei Starnberg sind offiziell eingeweiht worden. Die ersten Planungen dazu begannen bereits 2009, Baubeginn war im April 2015, kurz vor dem Jahreswechsel ging das letzte Windrad ans Netz. Rund 21,6 Millionen Euro hat der Bau der Windräder gekostet, 15 Millionen Euro Kredit wurden dafür bei der Umweltbank aufgenommen. 6,6 Millionen Euro haben 169 Kommanditisten in die Bürgerwind Berg GmbH eingezahlt. Größte Gesellschafter ist die Starnberger VR-Bank mit 1,5 Millionen Euro und die Gemeinde Berg mit einer Million Euro. Doch auch die Gemeinde Gaißach im Landkreis Bad Tölz hat 750.000 Euro eingebracht. **□**

Volksbanken und Raiffeisenbanken:

Sponsoring der Elektromobilität

Seit drei Jahren unterstützen die Volksbanken und Raiffeisenbanken die Metropolregion Nürnberg als Leuchtturm-Förderer mit einem Betrag von rund 50.000 Euro jährlich. Knapp 20.000 Euro davon kommen Projekten im Rahmen des Klimapakts der Metropolregion zugute. Die Genossenschaftsbanken wollen ihr Engagement fortsetzen und unterstützen die Metropolregion in den Jahren 2016 bis 2018 mit insgesamt 150.000 Euro. Dazu unterzeichneten sie einen neuen Partnerschaftsvertrag mit der Metropolregion. Die Unterzeichnung wurde auch zum Anlass genommen um eine Bilanz zu ziehen: Wozu wurden die Gelder in den vergangenen drei Jahren genutzt? Und es wurde dargestellt, wie das Sponsoring in Zukunft dem Ausbau der Elektromobilität in der Metropolregion Nürnberg dienen kann.

Weitere Informationen unter: www.metropolregion.nuernberg.de

Aus Strom wird Wärme

Wärmeversorgung Schwaben errichtet Power-to-Heat-Anlage in Königsbrunn
Pilotanlage an Regelenergiemarkt angebunden

Die Wärmeversorgung Schwaben (WVS) hat in ihrer Heizzentrale in Königsbrunn eine Pilotanlage errichtet, die Strom in Wärme umwandelt. Die sogenannte Power-to-Heat-Anlage ermöglicht es, überschüssigen Strom für die Wärmeerzeugung zu nutzen und damit das Stromnetz zu stabilisieren. WVS nimmt mit der neuen Anlage am Regelenergiemarkt teil und speist die erzeugte Wärme in das angeschlossene Wärmenetz in Königsbrunn ein.

Durch die Zunahme der erneuerbaren Energien und die wachsende Anzahl dezentraler Anlagen kommt es teilweise zu starken Schwankungen bei der Stromspeisung. Damit das Stromnetz trotzdem stabil bleibt, müssen Erzeugung und Verbrauch möglichst flexibel sein. Eine wichtige Rolle spielen dabei Technologien wie Power to heat: Mit überschüssigem Strom, zum Beispiel aus Wind, Sonne oder Biomasse, kann die Anlage Wasser erwärmen, das zur Wärmeversorgung genutzt wird. Mit der neuen Power-to-Heat-Anlage in Königsbrunn stellt WVS negative Sekundärregelung bereit. Übertragungsnetzbe-

treiber benötigen diese Regelleistung, damit bei einem unvorhergesehenen Überangebot an Strom das Netz kurzfristig entlastet werden kann. Jedes Mal, wenn die Pilotanlage in Königsbrunn diesen überschüssigen Strom auf Abruf abnimmt, erhält sie dafür eine Vergütung. Wenn die Anlage in die Vermarktung kommt, wird zusätzlich schon für die Bereitschaft jederzeit Strom abnehmen zu können, ein Leistungspreis vergütet.

„Power to Heat kann flexibel eingesetzt werden und leistet damit einen wichtigen Beitrag für den sicheren Betrieb unseres Stromnetzes. Durch den Ausbau der erneuerbaren Energien wird

diese Technologie in den nächsten Jahren immer wichtiger werden“, sagt Andreas Feldmann, Geschäftsführer der Wärmeversorgung Schwaben. „Gleichzeitig können wir damit überschüssigen Ökostrom auch im Wärmesektor gezielt einsetzen und den Klimaschutz weiter voranbringen.“

Hinter der Power-to-Heat-Anlage steckt ein Elektroheizkessel, der maximal 600 Kilowatt Sekundärregelleistung zur Verfügung stellen kann. Die Anlage wird über den Regelenergie-Pool der LEW vermarktet. Erfolgt ein Regelenergieabruf, wird sie vollautomatisch durch ein externes Signal innerhalb von weniger als fünf Minuten auf die angeforderte Leistung gefahren.

Mit der erzeugten Wärme wird das angeschlossene Wärmenetz mit 60 Grad Vorlauftemperatur versorgt. Sollte im Moment des Regelenergieabrufs keine Wärme im Netz benötigt werden, fließt die Energie in einen bereits vorhandenen 50 Kubikmeter großen Speicher.

Die Power-to-Heat-Anlage wurde im Herbst 2015 errichtet. Im Anschluss durchlief sie eine Testphase, in der sie vom Übertragungsnetzbetreiber für Sekundärregelleistung präqualifiziert wurde. Seit Dezember 2015 läuft die Anlage im Regelbetrieb.

Die Wärmeversorgung Schwaben GmbH (WVS) gehört zur LEW-Gruppe. Seit ihrer Gründung 1984 betreibt WVS mehrere Wärmanlagen und versorgt damit über 700 Haushalte an den Standorten Königsbrunn, Günzburg und Rain am Lech mit Wärme. **□**



WVS-Mitarbeiter Erwin Hüb in der Heizzentrale Königsbrunn: Die sogenannte Power-to-Heat-Anlage ermöglicht es, überschüssigen Strom für die Wärmeerzeugung zu nutzen und damit das Stromnetz zu stabilisieren. Bild: LEW/Wolfgang Müller

Sauber gespart!

Rabatt sichern mit TrueePlus

Erdgas und Ökostrom. Wir senken die Preise.

Freuen Sie sich auf unsere deutlich günstigeren Preise für Erdgas und Ökostrom. Mehr Infos unter 0800 0 372 372 (kostenlos) oder unter service@esb.de

ESB
ENERGIE SÜDBAYERN

www.esb.de

Kaltes Nahwärmenetz als erfolgreiches Pilotprojekt

Im oberbayerischen Dollnstein startet eine neue Zeitrechnung der kommunalen Energieversorgung

Das Zukunftsszenario einer verantwortungsvollen, ökologisch sensiblen kommunalen Energieversorgung, ist in der beschaulichen oberbayerischen Gemeinde Dollnstein im schönen Altmühltal heute bereits erfolgreich gelebte Realität: Eine intelligente Wärmeversorgung durch ein Nahwärmenetz, das bedarfsgerecht, variabel, flexibel und damit modern und zukunftsorientiert nur die Wärme liefert, die auch tatsächlich in den Haushalten und Gemeindegebäuden gebraucht wird. Doch der Weg dahin war für die Gemeinde nicht leicht und geprägt von den typischen Widerständen bei Projekten mit Pioniergeist. Wie die Anbindung der Gemeinde an ein kaltes Nahwärmenetz letztendlich erfolgreich gestaltet werden konnte, erläutert Wilhelm Radmacher, damaliger zweiter Bürgermeister von Dollnstein und Vorsitzender des Verwaltungsrates des Dollnsteiner Kommunalunternehmens Energie im Interview.

GZ: Wie gestalteten sich seinerzeit die ersten Schritte in Dollnstein, um erfolgreich ein neues Energieversorgungskonzept für die Gemeinde zu realisieren? Was waren die großen Zielsetzungen, welche Ausgangsmotivation gab es in Dollnstein?

Radmacher: Wir wollten seitens des Gemeinderats in Dollnstein in einem überschaubaren Zeitrahmen eine autarke, moderne Energieversorgung aufbauen inklusive einer selbständigen und zukunftsfähigen Energienutzung für alle unsere Bürger. Der erste Schritt in die Eigenverantwortung und damit in die Unabhängigkeit von großen Energiekonzernen war die Gründung des „Kommunalunternehmens Energie“ am 1. September 2010. Das Kommunalunternehmen wirtschaftet als Anstalt öffentlichen Rechts und ist 100%ige Tochter der Gemeinde Dollnstein. Es setzt sich zusammen aus drei Gemeinderatsmitgliedern und zwei externen Mitgliedern.

Der große Vorteil dieses Outsourcings: Wir konnten dem Thema der zukunftsfähigen Energieversorgung mehr Raum geben und besser in den Fokus unseres Handelns stellen. Der Gemeinderat hat uns zuerst die Aufgabe übertragen, die Energieversorgung des Gemeindegebietes zu überprüfen und schließlich neu zu organisieren und zu strukturieren. Als Energiequellen kamen Wind, Sonne, Biomasse, Erdwärme und Wasser in Betracht.

GZ: Wie sahen die ersten Maßnahmen des „Kommunalunternehmens Energie“ aus?

Radmacher: Der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens hat unter meinem Vorsitz in seiner ersten Aktion von Oktober 2010 bis Mai 2011 umfangreiche Photovoltaikanlagen auf gemeindeeigenen Gebäuden wie Schule,

Feuerwehrhaus und Bauhof realisiert, die insgesamt eine Leistung von 210 kW liefern.

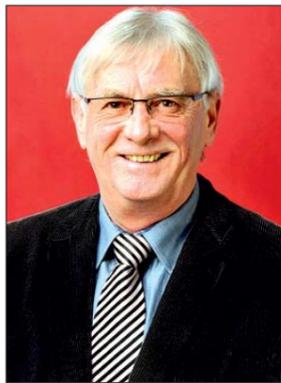
Als nächstes Projekt stand 2011 die Sanierung der Wasserleitungen im Gemeindegebiet auf dem Programm des Kommunalunternehmens, das bis heute zu 90 Prozent ehrenamtlich wirtschaftet. Alle unsere Projekte haben wir dabei stets ganzheitlich – zum Wohle aller Bürger und der Natur im Altmühltal – beleuchtet. So haben wir beispielsweise die Sanierung der Wasserleitungen durch die Gemeinde dazu genutzt, um unsere Wärmenetz-Leitungen gleich mitverlegen zu lassen. Allerdings reifen erst im Laufe von zwei Jahren die anfänglichen Planungen zu einem ganzheitlichen Konzept heran.

Wobei der Beginn der Planungen zunächst wenig erfolgversprechend war. So wollten wir mit Hilfe einer Machbarkeitsstudie der FH Amberg überprüfen, welche Möglichkeiten der kommunalen Wärmeversorgung in Dollnstein überhaupt realisierbar waren. Das Ergebnis der Studie ließ uns zunächst resignieren, denn unsere erste Idee einer Energieversorgung auf der Basis von Hackschnitzeln mit einer Spitzenlastabdeckung durch Erdöl zeigte sich aufgrund der Vor-Ort-Situation als nicht rentabel.

GZ: Wie gingen Sie weiter vor bei Ihrer Suche nach Alternativen zur regenerativen Energieversorgung der Gemeinde Dollnstein?

Radmacher: Wir haben uns auf jeden Fall nicht von dem negativen Ergebnis der Machbarkeitsstudie entmutigen lassen, sondern machten uns auf die Suche nach alternativen, regenerativen Wärmequellen, die unserem ganzheitlichen Ansatz entsprachen. Als großer Vorteil erwies sich dabei das energietechnische Knowhow von Verwaltungsratsmitglied Al-

fons Kruck, der sich als geschäftsführender Gesellschafter „Entwicklung und Technik“ der ratiotherm Heizung + Solartechnik GmbH & Co. die intelligente Wärmenutzung auf die Fahne geschrieben hat. Er kam auf die bahnbrechende Idee, die ganzjährig konstante Grundwassertemperatur im Altmühltal als primäre Energiequelle nutzbar zu machen. Auf dieser Basis stellte er ein so genanntes „kaltes Wärmenetz“ vor, das sich einer genialen Kombination aus mehreren Komponenten zur Energiebereitstellung bedient. Dabei greifen, einem Zahnrad gleich, alle einzelnen Komponenten zur Energieversorgung äußerst effektiv, wirtschaft-



Wilhelm Radmacher.

lich und ressourcenschonend ineinander. Durch die optimale Kombination der Wärmequellen Sonne, Grundwasser, Blockheizkraftwerk und Gas (für die Spitzenlastabdeckung) können wir die Wärmeversorgung in unserer Gemeinde so stets bedarfsgerecht und klimaschonend steuern.

GZ: Was ist der entscheidende Unterschied zwischen dem „kalten“ Nahwärmenetz in Dollnstein und „konventionellen“ Nahwärmenetzen?

Radmacher: Unser „kaltes“ Nahwärmenetz in Dollnstein arbeitet nicht wie herkömmliche Netze das ganze Jahr mit einer konstanten Vorlauftemperatur von 80 Grad, sondern kann von Mai bis Mitte Oktober auf einem Niveau von nur 25 bis 30 Grad fahren. Nur in den Herbst- und Wintermonaten wird die Vorlauftemperatur auf 70 bis 80 Grad erhöht, der Rücklauf liegt dann bei 40-50 Grad. Dank dieser extrem niedrigen Vorlauftemperaturen in den „warmen Monaten des Jahres“ können die oft hohen Energieverluste klassischer

Nahwärmenetze vermieden werden. Dafür erwärmen nun rund 100 m² Solarthermie-Kollektoren auf dem Dach der Dollnsteiner Heizzentrale das 10 Grad kalte Grundwasser aus dem Uferbereich der Altmühl, bevor es in zwei große Schichtspeicher fließt.

GZ: Sie sprechen von einer Heizzentrale in Dollnstein. Was habe ich mir darunter genau vorzustellen? Welche Aufgaben hat diese Zentrale genau?

Radmacher: Über die Heiz- und Energiezentrale wird das gesamte Nahwärmenetz für die Gemeinde gesteuert. Dabei sind die beiden Schichtspeicher die Herzstücke dieser Energiezentrale: ein zentraler 27.000 Liter Schichtspeicher mit einer Temperatur von 80 Grad sowie ein 15.000 Liter Niedertemperatur-Speicher mit 30 Grad. In diesem Temperaturbereich lassen sich selbst im Winter über die Solarthermie noch große Erträge erzielen. Darüber hinaus sorgt eine 440kW Wärmepumpe für die temperaturtechnische Aufbereitung des Grundwassers auf Heizungsniveau.

Komplettiert wird die Heizzentrale durch ein Gas BHKW mit 250kW thermischer und 150 kW elektrischer Leistung für den Strombetrieb der Grundwasserpumpe sowie einen Gas-Spitzenlastkessel mit 300 kW. Hinzu kommen in der Peripherie für jeden angeschlossenen Haushalt noch jeweils eine „kleine“ Wärmepumpe als Übergabestation zur bedarfsgerechten Erwärmung des Wassers sowie ein Pufferspeicher mit mindestens 300 Liter Fassungsvermögen. Für die „kleinen“ Wärmepumpen stehen die gemeindeeigenen PV-Anlagen zur Verfügung. In dieser technischen Konfiguration erreicht das Dollnsteiner Nahwärmenetz seine höchste Effizienzstufe: Nach Berechnungen der an diesem Projekt involvierten Fachhochschulen wird damit das Netz zwischen dem 01. Mai und dem 15. Oktober mit einer solaren Energieabdeckung von ca. 80% betrieben.

Reicht in den sonnenärmeren Monaten die über die Solarthermie erzeugte Energie nicht aus, kommen die bereits erwähnte Grundwasserpumpe sowie das Gas befeuerte Blockheizkraftwerk zum Einsatz. Neben der Wärme erzeugt das BHKW dabei auch den Strom für die Grundwasserpumpe und – sofern ausreichend – noch für die Wärmepumpen an den Übergabestationen. Um Spitzenlasten zu puffern, ist zusätzlich ein Gaskessel eingebunden. Insgesamt muss bei diesem Konzept nur noch 51% an Primärenergie eingesetzt werden, um auf eine Wärmeleistung von 100% zu kommen.

GZ: Sie sprachen anfangs auch von einer bedarfsgerechten Steuerung der Wärmeverorgung. Eine wichtige Stellenschraube, durch die man erhebliche Energiekosteneinsparungen erreichen kann. Wo und wie haben Sie beim Dollnsteiner Modell diese Stellenschrauben angesetzt?

Radmacher: Richtig, seit dem Startschuss für das kalte Nahwärmenetz in Dollnstein im August 2014 wird nur noch die Wärme produziert, die auch tatsächlich nachgefragt wird. Diesen, in der Energiekonzeption bis dato völlig neuen und zukunftssträchtigen Ansatz für die Energieeinsparung haben wir Thomas Kerner zu verdanken, seines Zeichens Geschäftsführer des Software-Unternehmens xNet. Kerner entwickelte eine Steuertechnik, die auf einer automatischen Software basiert. Entsprechend unseres modernen Zeitalters der Vernetzung verbindet diese Software alle Komponenten des Wärmenetzes intelligent miteinander und steuert ihre Abläufe voll automatisch – mit einem Wartungsaufwand von ca. 10 Minuten pro Tag. So können über die Software die Bedarfswerte

NivuFlow 650:

Intuitive Bedienung und große Sensorauswahl

Der neue Messumformer wurde für die Durchflussmessung mit dem Ultraschall-Laufzeitdifferenzverfahren entwickelt. Das Gerät kommt bei teilgefüllten oder vollen Rohren, Kanälen und Oberflächenwasser zum Einsatz und eignet sich neben Wasser auch für andere flüssige Medien.

Bis zu 4 Messpfade können direkt an das Messgerät angeschlossen werden. Für Anwendungen mit höchsten Genauigkeitsanforderungen werden bis Jahresende die Anzahl der Messpfade mithilfe von Erweiterungsmodulen auf 32 erweitert. Ebenfalls werden dann mehrere Messstellen mit einem Messumformer erfasst werden können.

Die kompakten Abmessungen erlauben den einfachen und platzsparenden Einbau in Schaltschränke mittels Hutschiene. Für den Außeneinsatz steht ein Feldgehäuse zur Verfügung.

Das grafische Display und das intuitive Bedienkonzept des Messumformers ermöglichen eine einfache und schnelle Inbetriebnahme des Durchflusssystemes. Mit den erweiterten Diagnosemöglichkeiten können professionelle Analysen der laufenden Prozesse direkt vor Ort vorgenommen werden. Die Software des Messumformers wurde von Grund auf neu entwickelt. Die Durchflussberechnung erfolgt auf Basis neuester fluiddynamischer Modelle. Zusätzlich bietet das Gerät auch eine Fernwartung über das Internet an.

Die große Auswahl an Sensoraufbauten ermöglicht den Einbau in fast jeder Applikation. Zukunftsichere Protokolle ermöglichen vielseitige Optionen für die Anbindung und Kommunikation. Somit bietet das Gerät eine Vielzahl an Möglichkeiten für die Betreiber, wenn sie die Instrumente in übergeordnete Systeme wie SCADA oder prozessführende Systemen integrieren möchten. Typische Anwendungen des NivuFlow 650 sind Messungen in Oberflächengewässern wie Flüsse, Kanäle, Bewässerungssysteme, Drainagesysteme sowie Kühlwasser, Prozesswasser, Wasserkraftwerke und Turbineneffizienzüberwachung, Rohrbruchüberwachung sowie vieles mehr.

Weitere Informationen unter: <http://bit.ly/24u1oJu>

der einzelnen angeschlossenen Haushalte und öffentlichen Gebäude stündlich abgefragt, kontrolliert und ausgewertet werden.

Mit Hilfe des Smart Grid, der kommunikativen Vernetzung von Wärmeerzeugern und -verbrauchern, können damit auch Spitzen im Wärmebedarf geglättet und die Wärmeproduktion somit effizient und ressourcenschonend – quasi nach dem Minimalprinzip – gestaltet werden: Nur die Wärme, die tatsächlich gebraucht wird, wird auch geliefert. Dass das System funktioniert, beweist das Feedback der bis dato 20 angeschlossenen Haushalte und öffentlichen Gebäude in Dollnstein: Die Heizzentrale hat im ersten Betriebsjahr 2015 stets zuverlässig und stabil alle Anschlüsse mit Wärme versorgt – und das bei erheblich geringeren Energiekosten für die einzelnen Haushalte.

GZ: Seit gut 1,5 Jahren ist nun aus Theorie und Vorbereitung gelebte Praxis geworden. Können Sie bereits Aussagen treffen, inwieweit sich die innovative Idee eines kalten Nahwärmenetzes für Dollnstein respektive die Gemeinde auch tatsächlich rechnet?

Radmacher: Der wirtschaftliche Betrieb des Netzes ist bereits jetzt sichergestellt, da der dafür notwendige Mindestverbrauch von jährlich einer Million Kilowattstunden durch die hohe Anschlussquote an Haushalten heute schon übertroffen wird. Die eingebundenen Haushalte profitieren trotz der Kostenumlegung schon jetzt, da Anschaffungs- und Reparaturkosten für eine eigene Heizanlage entfallen. Die angeschlossenen Bürger haben nur eine einmalige Anschluss-Gebühr zu bezahlen, diese ist abhängig von der benötigten Heizleistung für das jeweilige Gebäude. In Dollnstein liegt diese im Schnitt bei 1.500 Euro. Die jährliche Grundgebühr beträgt 600 Euro für eine garantierte Wärmeleistung von 4000 kWh. Steigt der Wärmebedarf über 4.000 kWh an, rechnet das Kommunalunternehmen Energie mit 11 Cent pro kWh brutto ab.

Auch ökologisch konnte unser Energiekonzept erheblich punkten: So reduzierte sich bereits im ersten Jahr der CO₂-Ausstoß der Gemeinde um 70 Prozent – die staatliche Vorgabe bis 2025 liegt

gerade einmal bei 30 Prozent.

Insgesamt investierte die Gemeinde Dollnstein 1,8 Millionen Euro in die Anbindung an das kalte Nahwärmenetz. Wobei wir ein Drittel unserer förderfähigen Kosten von der KfW bezuschusst bekamen, nachdem wir unser Konzept eingereicht hatten.

GZ: Haben Sie bei dieser Erfolgsstory des „Dollnstein-Modells“ eigentlich schon Anfragen von anderen Kommunen und Gemeinden erhalten? Nach dem Motto „Das kalte Nahwärmenetz als Vorbild für eine moderne und umweltbewusste kommunale Energie- und Umweltpolitik“?

Radmacher: Unser erfolgreicher „Pilot“ des „kalten Nahwärmenetzes“ in Dollnstein hat tatsächlich bereits einige Kommunen zur „Nachahmung“ motiviert. So weiß ich von unserem Konzeptpartner, der Firma ratiotherm, dass das Gewerbegebiet Bodenmais in Niederbayern sowie die Stadt Haßfurt in Unterfranken sich bereits in der konkreten Umsetzung eines „kalten Nahwärmenetzes“ nach dem Modell Dollnstein befinden. Es kommen dort nur andere Energieträger zum Einsatz wie beispielsweise in Bodenmais Hackschnitzel als Primärenergiequelle, wobei auch Biogas noch diskutiert wird.

Aber das ist ja das Schöne an dem „Dollnsteiner Modell“, dass es ein offenes System ist, welches zur kreativen Kombination unterschiedlicher Energiequellen inspiriert. Somit können auch fast alle örtlichen Gegebenheiten in das Konzept mit eingebunden werden, um eine klimafreundliche und finanzierbare Wärmeversorgung für die Kommune zu realisieren. Andere Gemeinden sind auf jeden Fall ganz herzlich eingeladen, sich bei uns jederzeit über neue Wege der kommunalen Energieversorgung zu informieren. Ich persönlich stehe hierfür gerne zur Verfügung.

Apropos Vorbildfunktion: Unser kommunales Energiekonzept für Dollnstein hat auch das bayerische Umweltministerium KUMAS überzeugt, so dass es unsere Gemeinde zum Leitprojekt 2015 prämiert hat. Nun haben wir den Vorbildcharakter für die Kommunale Wärmeversorgung in Deutschland sogar auch noch offiziell verliehen bekommen.

Intelligentes Energiemanagement für Ihre Gemeinde.

- Machbarkeitsstudie
- Wirtschaftlichkeitsbetrachtung
- Projektbegleitung

Wir sorgen für die zukunftsfähige Energieversorgung Ihrer Kommune!

ratioplan
Wärme intelligent planen

Wellheimer Straße 34 | 79491 Dollnstein
T +49 (0) 8422/9977-0 | www.ratioplan.bayern

EFFIZIENTE WÄRMENETZE
Klimaschutz, Kostensicherheit und Unabhängigkeit

Energie-Contracting:

Gesetzliche Vorgaben erfüllt, Wirtschaftlichkeit garantiert

Energie-Contracting wird sehr oft im Zusammenhang mit imgetragenen Großprojekten als Lösung einer wirtschaftlichen und umweltgerechten Energieversorgung dargestellt. Doch es sind gerade die überschaubaren Projekte und Lösungen im Wohnungsbau, in denen sich die Kompetenz des Contracting-Anbieters zeigt.

Die Einhaltung komplexer gesetzlicher Vorschriften und die Anforderung nach einer ökonomisch orientierten und dabei ökologisch sinnvollen Energieversorgung, stellen im Mehrfamilienhausbau Höchstanforderungen an das Energieversorgungs-konzept. Im badischen Rheinstetten, nahe Karlsruhe, konnten unlängst fünf Mehrfamilienhäuser bezogen werden, deren Energieversorgung beispielhaft ist. Hier hat der Rastätter Bauträger Weisenburger GmbH die Südwärme AG im Rahmen eines Energiecontracting-Vertrages mit dem Bau und dem eigenverantwortlichen Betrieb einer Heizzentrale beauftragt.

Kompetenzzentrum

Partner vor Ort ist das Südwärme-Kompetenzzentrum, die Wilhelm Schetter GmbH aus Kernen. Das Objekt besteht aus fünf Mehrfamilienhäuser mit gesamt 64 Wohnungen mit einer zu beheizenden Gesamtfläche von 5.120 qm. Das Südwärme-Energiekonzept umfasst eine Heizzentrale, ausgestattet mit einem Blockheizkraftwerk mit einer elektrischen Leistung von ca. 20 kW und einer thermischen Leistung von ca. 40 kW; einem Gas Brennwertkessel mit einer Leistung von 225 kW sowie einem Pufferspeicher einschließlich Wärmedämmung und Zubehör, mit einem Nenninhalt ca. 2.000 Liter.

Dezentrale Anlagen

In den fünf Gebäuden wurden dezentrale Anlagen zur Warm-

wasserbereitung installiert. Das Wärmenetz, das die Häuser B (14 Wohnungen), C (14 Wohnungen), D (14 Wohnungen) und E (11 Wohnungen) mit der Energiezentrale des Hauses A (11 Wohnungen) verbindet, gehörte eben-

Green City Energy:

Jubiläums-Anleihe vollständig platziert

Die Jubiläums-Anleihe von Green City Energy ist vollständig platziert. Schon vier Wochen vor Ende der Platzierungsfrist haben rund 750 Anleger das gesamte Emissionsvolumen von 10 Mio. Euro gezeichnet. Das Kapital der Jubiläums-Anleihe dient der Unternehmensfinanzierung und wird somit effektiv für die Umsetzung von Solar-, Wind- und Wasserkraftwerken genutzt.

Zu dem ganzheitlichen Investitionskonzept von Green City Energy gehören auch weiterhin projektbasierte Geldanlagen. Aktuell können Interessenten in die festverzinsliche Anleihe „Kraftwerkspark III“ investieren, die Erneuerbare-Energien-Anlagen aus drei Energiearten und drei europäischen Märkten bündelt und so das bewährte Kraftwerkspark-Konzept fortführt.

Einjährige Platzierungsphase

Schon einen Monat vor Ablauf der einjährigen Platzierungsphase ist die Jubiläums-Anleihe von Green City Energy mit einem Volumen von 10 Mio. Euro vollständig platziert.

falls zum Leistungsumfang.

Juristische Unterstützung

Die Südwärme unterstützte den Kunden zusätzlich in allen rechtlichen und wirtschaftlichen Belangen rund um den Bau und Betrieb des BHKW.

Gegenüber einer Heizanlage, die mit Öl oder Gas betrieben würde, ergibt sich durch die gleichzeitige Erzeugung von

Wärme und Strom, rein rechnerisch, eine CO₂-Einsparung von 70 t/a. Die eingesetzte Technik (Kessel und BHKW) wurde auf Grund der Vorgaben des EWärmeG BW ausgewählt, da in Baden-Württemberg im Neubaubereich Heizanlagen, die ausschließlich mit Öl oder Gas betrieben werden, gesetzlich inzwischen nicht mehr erlaubt sind. Fazit: Südwärme bietet durch Energie-Contracting, sowohl dem Bauträger als auch den Wohnungseigentümern und Nutzern, entscheidende Vorteile.

Komplexe Anlagentechnik

Durch die gesetzlichen Anforderungen musste eine komplexe Anlagentechnik eingebaut werden. Der hohe Aufwand für Be-

trieb, Instandhaltung und Wartung sowie das benötigte Know-how und die Kompetenz für den optimalen Betrieb des BHKW ist über die Südwärme durch das Kompetenzzentrum vor Ort, die Wilhelm Schetter GmbH, sichergestellt. Die Südwärme ist darüber hinaus verantwortlich für die gesamte organisatorische Verwaltung der

Heizungsanlage sowie die diversen Anträge und jährlichen Meldungen bei den unterschiedlichsten Behörden. Dadurch müssen sich die Eigentümer nicht mit dem komplexen Thema der Wärmeversorgung auseinandersetzen und haben transparente Kosten.

Weitere Informationen unter: www.suedwaerme.de □

KKW Grafenrheinfeld soll grüne Wiese werden

Unterlagen zum Rückbau öffentlich ausgelegt

Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld soll zurückgebaut werden. Das bekräftigte die Bayerische Umweltministerin Ulrike Scharf anlässlich der öffentlichen Auslegung entsprechender Verfahrensunterlagen durch das Umweltministerium.

„Der Rückbau der Kernkraftwerke ist eine der größten anstehenden umweltpolitischen Aufgaben. In Grafenrheinfeld soll wieder eine grüne Wiese entstehen. Der Rückbau erfolgt unter den gleichen strengen Sicherheitsvorgaben wie der Betrieb der Anlagen. Die Genehmigung erfolgt nur nach einer intensiven behördlichen Prüfung. Die Sicherheit von Mensch und Umwelt steht an erster Stelle. Wir sorgen im gesamten Verfahren für Transparenz“, so Scharf.

Überwachung des Freigabeverfahrens

Nach dem Ablauf der im Atomgesetz des Bundes festgelegten Laufzeiten setzt die Staatsregierung auf den Rückbau der Kraftwerke. Um den Rückbau fachlich zu begleiten, wurde ein neues Kompetenzzentrum Strahlenschutz in Kulmbach eingerichtet. Das Kompetenzzentrum bündelt alle Aufgaben rund um den Strahlenschutz, der beim Rückbau eine

herausragende Bedeutung hat. Ein Schwerpunkt liegt in der Überwachung des Freigabeverfahrens: Alle Anlagenteile, die zurückgebaut werden, müssen getestet und freigegeben werden. Die Stilllegung ist gemäß dem Verursacherprinzip Aufgabe der Betreiber.

Umweltverträglichkeit

Betreiber E.ON hat auf Grundlage des Atomgesetzes des Bundes eine Genehmigung für die Stilllegung und den Abbau des Kernkraftwerks Grafenrheinfeld beantragt. Neben dem Antrag werden weitere Unterlagen wie beispielweise die Umweltverträglichkeitsuntersuchung zur öffentlichen Einsicht durch jeden interessierten Bürger ausgelegt.

Die Auslegung der Unterlagen erfolgt noch bis zum 27. Juli beim Bayerischen Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz, bei der Gemeindeverwaltung Grafenrheinfeld und im Landratsamt Schweinfurt sowie online beim STMUV. □

gängern bereits eine erfolgreiche Historie vorzuweisen hat. Wie die Vorgänger bündelt auch der „Kraftwerkspark III“ Erneuerbare-Energien-Anlagen aus den Bereichen Wind, Wasser und Sonne in den drei europäischen Märkten Deutschland, Frankreich und Norditalien.

Zeichnungsunterlagen

Weitere Informationen sowie Zeichnungsunterlagen zur festverzinslichen Anleihe „Kraftwerkspark III“ von Green City Energy stellt das Unternehmen gerne zur Verfügung.

Weitere Informationen unter: www.greencity-energy.de □

Für die jeweilige Laufzeit der zwei Tranchen bis zum 30. Juni 2021 bzw. bis zum 30. Juni 2026 wird das Kapital der Festzinsanleihe nun für die Vor- und Zwischenfinanzierung von Erneuerbare-Energien-Anlagen genutzt werden.

Solides Fundament

Durch die Jubiläums-Anleihe wurde die Unternehmensfinanzierung von Green City Energy für die kommenden Jahre auf solide Beine gestellt, weitere Projekte in der vollen Pipeline können angepackt werden. „Die Unternehmensfinanzierung ist der Sockel, auf dem die erfolgreiche Umsetzung unseres Unternehmensziels aufbaut: die Ablösung konventioneller Kraftwerke durch 100 % Erneuerbare Energien“, erklärt Frank Wolf, Finanzvorstand von Green City Energy.

Unerlässliche Zwischenfinanzierung

„Gerade bei langwierigen Projekten wie zum Beispiel im Bereich Windenergie, deren Entwicklung mitunter mehrere Jahre dauern kann, ist eine Zwischenfinanzierung unerlässlich.“ Im Schnitt wurde jeder Euro von bereitgestelltem Zwischenfinanzierungskapital bisher 22 Mal in Erneuerbare-Energien-Projekte investiert.

Festzinsanleihe „Kraftwerkspark III“ zur Zeichnung offen

„Das Interesse an unseren ökologischen Kapitalanlagen ist weiterhin hoch“, so Frank Wolf. „In einem sehr dynamischen Marktumfeld konnten wir uns als professioneller Anbieter etablieren und uns das Vertrauen der Anleger verdienen. Das bedeutet auch, dass unser Konzept für die Energiewende funktioniert: Eine Kombination aus Anlagenbau und -finanzierung, getragen durch Bürgerinnen und Bürger.“

Transparenz

Die Investitionsmöglichkeiten bei Green City Energy teilen sich transparent auf in Unternehmensfinanzierung und Projektfinanzierung. Mit der festverzinslichen Anleihe „Kraftwerkspark III“ steht aktuell ein Produkt zur Zeichnung offen, das mit zwei hauseigenen Vor-



Bahnstrom-Donaukraftwerk Bertoldsheim:

Halbzeit bei Bau der Fischumgehung

Seit fünf Monaten wird rund um das Bahnstrom-Donaukraftwerk Bertoldsheim der Donau-Wasserkraft AG, an der die Rhein-Main-Donau AG zu 99,25 Prozent und Uniper zu 0,75 Prozent beteiligt sind, im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen für rund 2,5 Millionen Euro gegraben, betoniert und modelliert. Dabei soll eine funktionsfähige Fischumgehung am Nordufer der Donau um das Kraftwerk herum errichtet werden. Bei den komplexen Bauarbeiten ist die Halbzeit erreicht und der größte Teil der Hoch- und Tiefbauarbeiten ausgeführt.

Im Bild (v. l.): Georg Hirschbeck, Erster Bürgermeister von Renertshofen, Zweiter Bürgermeister Alfred Ehrnstraber, Jan Kiver von der RMD sowie Gemeinderätin Rosemarie Haag bei einem gemeinsamen informativen Rundgang auf der Baustelle.

Bild: Jan Kiver, Rhein-Main-Donau AG



Mit 0 % Zinsen energetisch sanieren und energieeffizient bauen

Jetzt aktiv werden mit dem Energiekredit Kommunal Bayern.

Auf dem Weg zur Energiewende unterstützen wir die Finanzierung von Investitionen in die energetische Sanierung sowie den energieeffizienten Neubau von Gebäuden der kommunalen und sozialen Infrastruktur. Und das zinslos für die ersten zehn Jahre mit optionalen Tilgungszuschüssen (Stand 09.05.2016). Informieren Sie sich unter ► www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB



Zum 80. Geburtstag von Heribert Thallmair und Josef Deimer:

Großartige Lebensleistung

Innerhalb weniger Tage feierten zwei Vollblut-Kommunalpolitiker ihren 80. Geburtstag: der frühere Erste Bürgermeister der Stadt Starnberg und heutige Ehrenpräsident des Bayerischen Gemeindetags, Heribert Thallmair (23. Mai) sowie der Ehrenvorsitzende des Bayerischen Städtetags und langjährige Landshuter Oberbürgermeister Josef Deimer am 29. Mai. Mit zahlreichen Festempfangen wurde die Lebensleistung der beiden CSU-Politiker gebührend gewürdigt.

Bereits am Vortag seines Geburtstags richtete die Stadt Landshut für ihren Ehrenbürger Josef Deimer einen Festakt im Rathausprunksaal aus. An die Adresse des

vertreten – in griffiger Rhetorik und mit blühenden Metaphern.“

Der Jubilar sei als unermüdlicher Kämpfer für einen soliden Finanzhaushalt der Kommunen aufgetreten. Zudem sei er seit Ende der 1960er Jahre einer der frühen Kämpfer für Naturschutz, Umweltbelange und Landesplanung. Unermüdlich sei Josef Deimer zudem für den Erhalt der kommunalen Daseinsvorsorge eingetreten, die seit den 1990er Jahren einen schweren Stand hatte. Darüber hinaus sei Deimer ein beständiger Mahner gegen die Folgen einer ungezügelten Privatisierung: Frühzeitig habe er die problematischen Effekte erkannt, die der Verkauf kommunaler Ressourcen (Wohnungen, Stadtwerke, Krankenhäuser, Verkehrsbetriebe) nach sich zieht.

Mit Leidenschaft und Augenmaß

Mit Leidenschaft und Augenmaß habe Josef Deimer den Bayerischen Städtetag und seine vielfältigen Mitglieder immer auf gute Kompromisse einen können, so Ulrich Maly: „Vorsitzende des Bayerischen Städtetags müssen Gespür beim Schmieden von Kompromissen zeigen, um aus der Vielfalt eine Einheit zu schaffen.“



Heribert Thallmair. □

Jubilars gerichtet, der 35 Jahre lang Oberbürgermeister seiner Heimatstadt war, erklärte Seehofer: „Du bist ein Unikat in der politischen Landschaft, auf das wir Bayern mächtig stolz sind. Du stehst für eine Politik, die Menschen unterstützt, aber nicht bevormundet oder gängelt.“ Josef Deimer sei es stets ums Gemeinwohl gegangen. Dieser blicke, so Seehofer, auf eine grandiose Lebensleistung zurück. Mit dem Augenmaß eines Bauingenieurs habe er Landshut zur Musterstadt des 21. Jahrhunderts entwickelt.

Als „Glücksfall für Landshut“ würdigte Deimers Amtsnachfolger Oberbürgermeister Hans Rampf den Jubilar. Bei ihm seien Verbundenheit mit seiner Heimatstadt, profunde Kenntnis der Verhältnisse und der Menschen, politisches Denken und Spaß an der Arbeit zusammengekommen. Deimer sei es unter anderem zu verdanken, dass das Klinikum vor 50 Jahren errichtet, der Hofberg-Tunnel, der seinen Namen trägt gebaut und die Altstadt erhalten worden sei.

Schere zwischen Arm und Reich

In seiner Dankesrede betonte Josef Deimer, dass Landshut für ihn die schönste Stadt der Welt sei. Auf die christliche Soziallehre eingehend, sprach er über Gerechtigkeit, Verantwortung und Solidarität und forderte, „dass die Schere zwischen verschämter Armut und unverschämtem Reichtum endlich geschlossen wird“.

Deimers soziales Engagement drückt sich vor allem in seiner Arbeit für die Landshuter Lebenshilfe aus, einer Einrichtung, die sich um behinderte Menschen kümmert und deren Vorsitzender Deimer seit 1971 ist. Ihm zu Ehren fand dort an Deimers offiziellem Geburtstag eine Feierstunde statt.

Knapp 30 Jahre lang (1975 bis 2004) war Deimer Vorsitzender des Bayerischen Städtetags. In einem Glückwunschschreiben unterstrich dessen Vorsitzender, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly: „In all den Jahren als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags hat Josef Deimer Maßstäbe gesetzt. Er stand für die kommunale Selbstverwaltung und bewies Mut vor dem Parteifreund. Egal, ob er sich mit kommunaler Daseinsvorsorge, mit dem kommunalen Finanzausgleich, mit Energie, Verkehr, Sparkassenwesen, Bildungspolitik und Schule befasste: In all den Themen war er immer thematisch und argumentativ bestens vorbereitet und konnte zugespitzt Positionen des Bayerischen Städtetags

Hier hat uns Josef Deimer ein gutes Vorbild vorgelebt.“

Zu Deimers besonderem Ehrentag gratulierte auch Kommunalminister Joachim Herrmann. Er würdigte besonders die Verdienste Deimers für seine bayerische Heimat. In seiner Dienstzeit als Oberbürgermeister habe er die erfolgreiche Entwicklung Landshuts geprägt wie kein Zweiter, mit hoher Sachkunde, mit enormem persönlichen Engagement



Josef Deimer. □

und großer Gestaltungsfreude. Und als Vorsitzender des Bayerischen Städtetags habe er die Interessen des Spitzenverbandes höchst kompetent, entschlossen und leidenschaftlich vertreten. Stets habe Josef Deimer sich als Anwalt aller bayerischen Städte beharrlich für deren Anliegen eingesetzt und die kommunale Selbstverwaltung dadurch deutlich gestärkt.

Umfassend gewürdigt wurde auch das Wirken von Heribert

Thallmair. Von 1969 bis 2002 bekleidete der studierte Jurist das Amt des Ersten Bürgermeisters der Stadt Starnberg. Über 18 Jahre (ab 1984) war er Präsident des Bayerischen Gemeindetags, ebenso einige Jahre Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes. Seine ehemaligen Verbände feierten seinen Geburtstag ebenso wie die Stadt Starnberg, die zu einem Stehempfang bat. Wichtige Projekte in seiner über drei Jahrzehnte währenden Amtszeit sind unter anderem der Bau des Bahnhofs Nord, die Gründung der Musikschule, der Umzug des Gymnasiums an die Rheinlandstraße und der Schlossgarten.

Besondere Sensibilität

Landtagspräsidentin Barbara Stamm würdigte bei einem festlichen Essen die Lebensleistung des Senatspräsidenten a. D. Thallmair habe in seiner politischen aktiven Zeit viel für seine bayerische Heimat bewegt, sagte Stamm. Der Jubilar war von 1996 bis 1999 Präsident des Bayerischen Senats und tief in der Kommunalpolitik verwurzelt. Ihm sei stets bewusst gewesen, „dass die Kommunen das Fundament unseres politischen Systems sind“.

Neben seinen politischen Verdiensten lobte Barbara Stamm aber auch die Person Heribert Thallmair hinter dem Politiker. „Bei Verhandlungen und Gesprächen sind Sie Ihrem Gegenüber immer mit großer Offenheit, besonderer Sensibilität und einnehmender Verbindlichkeit begegnet und haben dadurch eine konstruktive Gesprächsatmosphäre geschaffen.“ Für Thallmair sei es immer von besonderer Bedeutung gewesen, nahe an den Menschen zu sein. **DK**

Landkreis Dillingen:

Niederlassung von Hausärzten aktiv unterstützen

Aktiv wollen die Bürgermeister im Landkreis Dillingen die Niederlassung von Allgemeinmedizinern unterstützen und damit dem drohenden Hausärztemangel entgegenwirken. Dies war der einmütige Tenor einer Informationsveranstaltung, zu der der Arbeitskreis „Ärztliche Versorgung“ der Gesundheitsregionplus eingeladen hatte.

Dabei betonte Landrat Leo Schrell, dass die wohnortnahe medizinische Versorgung für attraktive Lebensbedingungen sehr bedeutsam sei. Deshalb stelle die Gewinnung junger und qualifizierter Nachwuchskräfte eine Herausforderung und zugleich eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben dar. „Dank des akademischen Lehrkrankenhauses Dillingen, des „Innovativen Ausbildungskonzeptes für Allgemeinmedizin (AKADemie) Dillingen“ und der Zusammenarbeit mit dem Praxisnetz „Praxis“ verfügen wir dafür bereits über hervorragende Strukturen“, unterstrich Schrell.

Jochen Maurer informierte seitens der Kassenärztlichen Vereinigung (KVB) die Teilnehmer über die aktuellen Rechtsgrundlagen im Zulassungsverfahren der ärztlichen Selbstverwaltung, über Vorgaben der Bedarfsplanungsrichtlinie und die daraus resultierenden Daten zur aktuellen hausärztlichen Versorgungssituation im Landkreis. Ergänzend dazu informierten Dr. Thomas Ewert und Natascha Raible vom Kommunalbüro für Ärztliche Versorgung des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit anhand verschiedener Beispiele über Handlungsoptionen auf kommunaler Ebene zur Gestaltung der ambulanten Gesundheitsversorgung. Mögliche Fördermaßnahmen und finanzielle Anreize seitens der KVB und des Gesundheitsministeriums für die Niederlassung im ländlichen Raum wurden dabei ebenfalls angesprochen.

Sowohl in der sich anschließenden Diskussion als auch in Kleingruppen entwickelten die Bürgermeister gemeinsam mit den Referenten und den Vertretern des Arbeitskreises Ärztliche Versorgung Ideen und Vorschläge, wie und mit welchen Anreizen sich die Niederlassung von Fachärzten der Allgemeinmedizin die ärztliche Versorgung langfristig sichern lässt. Dabei waren sich die Bürgermeister einig, dass der frühzeitige direkte Austausch mit den in der Gemeinde tätigen Ärzten sehr wichtig sei, um gemeinsam Handlungsoptionen für die Nachfolgesuche zu prüfen und eventuell auch überregional wirkende Konzepte, angepasst an die Vorstellungen der überwie-

gend weiblichen Ärztegeneration, umzusetzen.

Die Leiterin des Fachbereichs Gesundheit am Landratsamt Dillingen, Dr. Uta-Maria Kastner, stellte als Leiterin des Arbeitskreises ärztliche Versorgung die geplante Onlineplattform „Land.Arzt Dillingen“ vor, in der die Attraktivität des Landkreises speziell für junge Ärztinnen und Ärzte dargestellt werden soll. Alle anwesenden Bürgermeister sicherten zu, künftig potentiellen Ärzten persönlich als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen und nach Kräften sowie im Rahmen der bei der Veranstaltung aufgezeigten rechtlichen Möglichkeiten bei der Niederlassung unterstützend mitzuwirken, wenn es z.B. um die Wohnraum- und Immobiliensuche oder den Kitaplatz ginge. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 50 vom 01.01.2016

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE38 7225 1520 0010 0215 66

BIC: BYLADEMIDLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE96 7346 0046 0000 1443 20

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Facettenreiche Fernbeziehung

50 Jahre Städtepartnerschaft Würzburg - Mwanza

Die lebendige und facettenreiche Städtepartnerschaft zu Mwanza spiegelte sich auch im Festakt wieder. Im Ratssaal des Würzburger Rathauses gelang es, ein halbes Jahrhundert Verbundenheit in einer zweistündigen Zeremonie von vielen Seiten zu beleuchten. Ein Film von Martin Naujocks, Ramona Seitz und Sarah Knauth entführte direkt in die tansanische Stadt am Victoria-See, der Chor „Voices“ unter der Leitung von Fred Elsner brachte die offizielle Delegation zum Mitsingen und in den Festreden wurde der Blick nicht nur zurück geworfen, sondern vielmehr für zukünftige Projekte geworben.

„Wir haben einen sehr praktischen und lebendigen Austausch und nicht nur eine Städtepartnerschaft auf dem Papier“, freute sich Elirehema Kaaya in seiner Festrede. Der Public Relations Officer aus Mwanza nannte viele Beispiele aus den letzten Jahren: von den in großer Zahl gespendeten Schulbänken, über den Austausch der Hauswirtschaftsschulen, die Deutschland-Tour der Fußball-Akademie oder dem aktuellen Solaranlagen-Programm. Der langen Aufzählung folgte ein „Dankeschön“ auf Deutsch. Kaaya zeigte sich auch sehr dankbar für das reichhaltige Programm, das nun die Delegation um Stadtdirektorin Hosiana Kusiga absolvieren darf.

Berlin-Visite

Ein besonderer Höhepunkt in der Woche, die vom Team um Julia May vom Büro Würzburg International organisiert wurde, war ein kurzer Abstecher nach Berlin. Im Rahmen einer Veranstaltung von Engagement Global stellte man die Klimapartnerschaft vor und natürlich wurde in der verbleibenden Zeit die Hauptstadt erkundet. Kaaya versprach, dass sich Mwanza für die herzliche Gastfreundschaft im Oktober gebührend revanchieren werde.

Oberbürgermeister Christian Schuchardt ist auch schon voller Vorfreude auf seinen zweiten Be-

werden sich dann intensiv austauschen.

In der informativen Jubiläums-Broschüre wird auch das Projekt Schisto-Control beschrieben, das DAHW-Geschäftsführer Burkard Kömm und der Tropenmediziner Prof. Dr. August Stich den Festgästen in einem kurzen Vortrag ans Herz legten. Mit einem starken Netzwerk sagt man der vernachlässigten Parasitenkrankung Schistosomiasis, die auch im Victoria-See durch Saugwürmer übertragen wird, den Kampf an.

Vorurteile abbauen

Mehrere Redner betonten, dass all diese Aktivitäten der Städtepartnerschaft perfekt dafür geeignet sind, Berührungsängste oder gar Vorurteile abzubauen, die sich immer noch zwischen Europa und Afrika feststellen lassen. Dies gilt natürlich auch für die Festrede des Journalisten Christian Selberr. Sein Vortrag „Tansania today“ lieferte eine faktenreiche Länderkunde mit Fokus auf Politik und Wirtschaft. Die Festgäste - unter ihnen viele Vertreter der Politik, der Kirchen und der weiteren Partnerstädte - erfuhren von Hoffnungen, Potentialen aber auch Ängsten in Tansania. Die Wahl des Staatspräsidenten John Magufuli im Oktober 2015 beschrieb Selberr als hoffnungsvoll. Zäsur.

Am Ende des Abends standen der Austausch von Gastgeschenken und der Eintrag ins Goldene Buch. Auch hier finden sich nun einige herzliche Komplimente aus Mwanza: „I Love Würzburg“ oder „Our Partnership is in Our Blood“. Die Delegation nimmt wiederum die von Rainer Krämer-Guille entworfene Skulptur „Würzburg Band“ mit nach Mwanza. □

1300 Jahre Hammelburg:

Lebendiges Festprogramm

1300 Jahre Hammelburg - kaum ein anderer Ort in Unterfranken kann auf eine so lange Geschichte zurückblicken. Ein umfassendes und lebendiges Festprogramm mit zahlreichen Höhepunkten wurde unter Mitwirkung von engagierten Bürgern, Vereinen und Initiativen gestaltet. Gemeinsam mit vielen weiteren Veranstaltungen und Ausstellungen entstand ein über die Stadtgrenzen hinaus strahlendes Jubiläumsprogramm.

Das große Stadtfest mit dem Premium-Weinfest „Wein- und Gaumenfreuden“ und dem 7. Rhöner Wandertag am zweiten Juni-Wochenende nimmt dabei eine herausragende Stellung ein. Der Rhöner Wandertag wird am 11. Juni von Erstem Bürgermeister Armin Warmuth im Beisein zahlreicher Gäste eröffnet. Jeder Interessent kann an den längeren oder kürzeren Wanderungen teilnehmen. Gleichzeitig startet das Programm zum Stadtfest.

Regionalmarkt

Den Besucher erwarten touristische Infostände, ein Regionalmarkt, historische Darbietungen, eine Greifvogelschau und Aktionen für Kinder. Auch zahlreiche Vereine, Schulen und Kindergärten, die Bundeswehr und Behörden beteiligen sich am Stadtfest, sei es mit Infos, Ausstellungen, Tanz oder Speis und Trank. Tags darauf startet die Festveranstaltung mit einem ökumenischen Festgottesdienst. Im Anschluss ist für die Besucher erneut ein attrak-

tives Programm am Marktplatz und an vielen Stationen in der Stadt geboten.

Ersterwähnung im Jahr 716

Ein gelungener Höhepunkt im Festjahr „1300 Jahre Hammelburg“ war der offizielle Festakt mit Heimat- und Finanzminister Dr. Markus Söder und Festredner Prof. Dr. Johannes Merz. Etwa 400 Gäste aus den umliegenden Kommunen, aus Politik, Behörden, Vereinen und der Bürgerschaft konnte Rathauschef Warmuth begrüßen.

Im Mittelpunkt der Feierlichkeit stand die urkundliche Ersterwähnung Hammelburgs: Im Jahr 716 schenkte der thüringische Herzog Hedan Gebiete nahe dem „hamulo castellum“ an den Heiligen Willibrord. Vor allem im 17. Jahrhundert kam die Stadt an der Fränkischen Saale unter fuldischer Herrschaft zu wirtschaftlicher Blüte.

Noch eine weitere Zugehörigkeit jährt sich heuer: Seit 200 Jahren gehört Hammelburg zu Bay-

ern. „Es hätte schlimmer kommen können“, betonte Minister Söder in seiner launigen Rede. Trotz harter Bundeswehrzeit in Hammelburg, so Söder schmunzelnd, hatte er einen Scheck für Ausgleichsmaßnahmen im Zuge der Neustrukturierung der Bundeswehrstandorte Hammelburg und Wildflecken im Gepäck.

Prof. Dr. Johannes Merz, Kanzler der bischöflichen Kurie, Direktor des Archivs und der Bibliothek des Bistums Würzburg und gebürtiger Hammelburger, lenkte das Augenmerk auf die Geschichte. Dabei hob er gezielt einige „Monumente der Geschichte“ heraus: historische Stadtansichten, das Wappen, den Marktbrunnen und das Rathaus. Diese Denkmäler hätten früher anders als heute ausgesehen.

Veränderung zulassen

Wer kann sich beispielsweise den Marktbrunnen ohne den bekronenden Baldachin vorstellen? Und doch stand der Brunnen zunächst mehr als 100 Jahre lang ohne das für den Bürger heute so augenfällige Gewölbe da. Stets sei alles, so die Botschaft, einem Wandel unterlegen. „Veränderungen muss man zulassen, das macht die Geschichte aus“, betonte Merz abschließend. **DK**



Kommunalpolitischer Austausch in Südtirol

In alter Tradition hat die JU Schwaben um den JU Bezirksvorsitzenden Tobias Paintner zu einer Bildungsreise nach Südtirol eingeladen. Sie war zu Gast bei der Südtiroler Volkspartei. Die Gastgeber der SVP wurden angeführt vom Landessekretär Massl (Generalsekretär), Europaabgeordnetem Dorfmann und dem Landesjugendreferenten der Jungen Generation (Jugendorganisation der SVP) Tumlner. Der Europaabgeordnete berichtete über die Verflechtung Südtirols mit Bayern. Landesjugendreferent Tumlner betonte, dass nach dem erfolgreichen Wirken der Mutterparteien im EU Parlament ebenso die Jugendorganisationen den Schulterschluss üben sollten.

Danach ging es zu einem kommunalpolitischen Austausch mit Bürgermeister Lazzeri und dem Präsidenten der Jungen Alpenregion Franceschini nach Salurn. Neben dem politischen Programm informierte sich die Junge Union Schwaben über die Geschichte Südtirols bei einer Stadtführung in Bozen und einem Rundgang in Tramin. Ebenso fand in Tramin die Besichtigung der Brennerei Roner statt. Die Geschäftsführerin Karin Roner führte die Gruppe durch das innovative Unternehmen. Nach einem Rundgang zum Thema Tourismus und Naturschutz um den Kalterer See fand eine Weinprobe bei der Weinmanufaktur „Profil“ mit Roberto Ferrari und Verkostung Südtiroler Produkte statt. **□**

Krank und kaum noch Geld

Viele kranke Menschen aus Main-Spessart kommen in die Schuldnerberatungsstelle

Main-Spessart. Regina Koster (Name geändert) war eine erfolgreiche IT-Expertin. Von ihrem Wohnort in Main-Spessart aus realisierte sie bayernweit anspruchsvolle IT-Projekte. Mit einem Mal begann sie jedoch, schlechter zu sehen. Heute ist die 38-Jährige stark sehbehindert. Die Erkrankung nahm sie nicht nur psychisch mit. „Sie geriet dadurch auch in eine Überschuldungssituation“, erläutert Christian Maltry, Leiter der Schuldnerberatungsstelle im Kreis Main-Spessart.

Seit mehr als drei Jahren wird Regina Koster von Christian Maltry begleitet. Sie ist eine von derzeit knapp 660 Bürgerinnen und Bürgern aus Main-Spessart, die mit Hilfe der drei Schuldnerberater im Karlstadter Landratsamt versuchen, ihre Schulden zu regulieren. Bei mindestens jedem dritten Klient spielt laut Maltry das Thema „Krankheit“ eine Rolle. Wie eng Schulden und Krankheit zusammenhängen, darauf macht auch die diesjährige „Aktionswoche Schuldnerberatung“ aufmerksam, die am 6. Juni beginnt.

Regina Koster häufte einen Schuldenberg von 25.000 Euro an, weil sie die Raten für ihr Auto

nicht mehr zahlen konnte. Nachdem sie bayernweit an wechselnden Orten unterwegs war, hatte sie ein zuverlässiges Fahrzeug benötigt. Aufgrund der Erkrankung brach die Auftragslage ein. Plötzlich fehlte das Geld, um den Kredit abzuzahlen. „Ist ein Kreditnehmer zweimal hintereinander mit einer Ratenzahlung im Verzug, kann der Kredit gekündigt werden“, informiert Maltry. Das war für Koster völlig überraschend.

Minirente

Inzwischen lebt die IT-Fachfrau aufgrund ihrer Sehbehinderung von einer Minirente und Sozialleistungen. Durch eine Privat-

insolvenz mit Restschuldbefreiung versucht sie nun, alle Schulden, die durch ihre Berufsunfähigkeit aufgelaufen sind, in den kommenden Jahren loszuwerden.

Rainer Stephan (Name geändert), ein anderer Klient von Christian Maltry, häufte aufgrund eines psychischen Leidens Schulden an. Der 51-jährige Angestellte „funktionierte“ jahrzehntelang tadellos: „Er war völlig unauffällig.“ Schleichend entwickelte sich eine Depression. Lange ahnten jedoch weder Rainer Stephan noch die Menschen in seinem Umfeld, dass es sich bei den Veränderungen, die sich allmählich mit ihm vollzogen, um eine seelische Erkrankung handeln könnte. Stephan spürte lediglich, dass er antriebslos wurde. Sein Umfeld reagierte auf seine „Faulheit“ ablehnend. Es kam zur Trennung von der Frau und zum Verlust des Jobs.

Erst nach diesen Katastrophen wandte sich der Main-Spessart-

GZ

Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So etwas. Da schreibt eine Stilberaterin jetzt einen ellenlangen Artikel zum Thema veränderte Dresscodes im Büro. Und wirft ausgerechnet unserem Bundesinnenminister ein schweres Modeverbrechen vor.“ Mein Chef, der Bürgermeister, zeigte mir das Bild zum Artikel, auf dem Thomas de Maizière beim Pokalfinale zu sehen ist – korrektes Hemd, Krawatte, blauer Blazer, rote Hosen. Also ich finde die Kombi aus blauem Einoder Zweireiher mit roter oder gelber Chino absolut todschick. Insoweit Freispruch für den Angeklagten, wenngleich Punktabzug in der B-Note, da man heutzutage wohl ein Fußballspiel als Sportminister ohne Schlips besuchen sollte.

Aber das Thema Dresscode bei der Arbeit wurde nicht von diesem Bild in das öffentliche Interesse gerückt. Auslöser war die Onlinepetition einer Britin, die als Empfangsdame bei ei-



und vergesslichen Anwälten, ob ein Advocatus einen Prozess führen dürfe, wenn er keine Robe angezogen habe. Schließlich hält sich bis heute hartnäckig das Gerücht, die Robenpflicht vor Gericht gehe auf Friedrich den Großen zurück, der wollte, „dass man dero Spitzbuben schon von weitem erkenne“. Oder die wütende Intervention der Ärztekammer Hamburg wegen der Anordnung eines Klinikkonzerns, dass die Ärzte in deren Krankenhäusern keine langen Arztkittel, sondern nur noch ärmellose Shirts tragen sollen. Zwar ist seit langem bekannt, dass an den langen weiten Ärmeln des Kittels notorisch Bakterien anhaften, weshalb nicht nur mein Hausarzt, sondern auch die Mediziner in den Niederlanden oder Großbritannien seit langem schon Shirträger sind. Aber in einem deutschen Krankenhaus könne man vielleicht nicht mehr erkennen, wer was ist und ein unbedarfter Zeitgenosse könne vielleicht die junge Assistenzärztin mit „Schwester“ oder den Ergotherapeuten mit „Herr Doktor“ anreden. Nicht auszudenken.

Vorausschauend war man bei der großen Hamburger Schwester unserer Kreis- und Stadtsparkasse. Nachdem man dort kühl analysiert hatte, dass der klassische Bankbeamtenstil – blau, schwarz, grau – nicht mehr hip ist und auch in so genannten seriösen Branchen ein etwas lässigerer Kleidungsstil Einzug hält, hat man dort gleich eine betriebseigene Casual-Uniform entwickelt – weißes Oberhemd oder Bluse, Blazer in dezenten Farben, Jeans oder Stoffhosen, Sneaker für den Herrn. Komisch nur: Die Damenschuhe haben mittelhohe bis hohe Absätze. Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Mein Chef, der Bürgermeister, sieht es wie immer pragmatisch: Erlaubt ist, was gefällt und was zur Situation bzw. zur Aufgabe passt. Die Zeiten eines Vorgängers in den 70ern, der auch im Hochsommer darauf bestand, dass die Beamten aus Gründen der Disziplin im Jackett und mit fest geknotetem Schlips am Schreibtisch saßen, sind vorbei. Er hält es mit dem schwäbischen Dichter August Lämmle: „Titel, Name, Geld, Befrockung/sind zum Zwecke der Verpackung./Schale gilt nicht, sondern Perle/wichtig ist allein der Kerle.“

Neue Moden im Büro

ner großen amerikanischen Firma in London arbeitete und sich über ihre Kündigung beschwerte. Diese wurde ausgesprochen, weil sie mit flachen Ballerinas zur Arbeit erschien, anstatt mit Tretern, die den vorgeschriebenen fünf bis zehn Zentimeter hohen Absatz haben. Daraus wurde schnell ein High-Heel-Gate mit 100.000 empörten Petenten, die der Firma Sexismus vorwerfen. Also ehrlich – geht's noch? Keiner wird einem Unternehmen verübeln, wenn es darauf besteht, dass die Dame oder der Herr am Empfang in vorzeigbarer Kleidung agiert: gedeckte Farben, weißes Hemd oder Bluse, Krawatte oder Tuch, schwarze Schuhe. Aber ob man sich mit hohen Schuhen abplagen will oder nicht, ist ja wohl die Sache der Einzelnen. Schließlich hieß es schon bei den Urmüttern der Lila-Latzhosen-Emanzen, dass die wahre Freiheit der Frau im Recht besteht, flache Schuhe zu tragen.

Aber vielleicht soll ja auch die Absatzvorschrift den jungen Damen einen dezenten Hinweis auf ihre Stellung im Unternehmen geben. Stichwort: Das Mäuschen vom Empfang. Schließlich zeigt Kleidung noch heute in vielen Situationen, wer wohin gehört, wo oben und wo unten ist. Da sind etwa die erbitterten Kämpfe zwischen Richtern



Bürger an einen Arzt. Er erhielt die Diagnose „Depression“ und unterzog sich einer Behandlung. So schnell wird auch er, wenn überhaupt, nicht mehr arbeiten können. Momentan lebt Stephan von Arbeitslosengeld. Auf dem Haus, in dem er wohnt, lastet eine sechsstellige Hypothek. Diese Summe aufzubringen, erscheint inzwischen unmöglich.

Seit einem Jahr wird Rainer Stephan von Christian Maltry darin unterstützt, das Haus zu verkaufen. Doch das ist trotz allgemein angespannter Lage auf dem Wohnungsmarkt schwierig. Das Haus befindet sich in einem kleinen Main-Spessart-Dorf. Es gibt nur wenige Menschen, die sich vorstellen könnten, hierhin zu ziehen. Doch Stephan wird früher oder später verkaufen müssen, so Maltry: „Womöglich auch mit deutlich weniger Erlösen, als er derzeit noch erhofft.“

Aktionswoche

Christian Maltry unterstützt die diesjährige „Aktionswoche Schuldnerberatung“, weil sie nach seiner Ansicht auf ein Thema hinweist, das nach wie vor ignoriert wird: „Von zehn Menschen mit Geldschulden kamen neun völlig unverschuldet in diese Situation.“ Ihnen ist, wie Regina Koster und Rainer Stephan, keinerlei falsches Verhalten vorzuwerfen. Denn der Schuldgrund „Krankheit“ könne jeden treffen.

Vor allem psychische Probleme nehmen laut Maltry bei der Schuldnerberatung im Landkreis Main-Spessart „massiv“ zu. Gerade für seelisch kranke Menschen ist es jedoch besonders fatal, überschuldet zu sein: „Denn das löst zusätzlichen Stress aus.“

Die Betroffenen fühlen sich von Inkassobüros terrorisiert. Die Ungeduld der Bank wird als peinlich empfunden. Dieser Stress verhindert eine Genesung. Im schlimmsten Fall verschlimmert er die Krankheit.

Lange Warteliste

Von der Schuldnerberatung in Main-Spessart werden aktuell 656 Verfahren überschuldeter Bürger betreut. 351 dieser Betroffenen befinden sich in dem 1999 eingeführten, privaten Verbrau-

cherinsolvenzverfahren. Die Nachfrage nach Beratung ist sehr hoch, aktuell existiert eine Warteliste von einem halben Jahr. Beim Erstkontakt wird allerdings abgeklärt, wie brenzlich die finanzielle Situation ist. Droht einem Main-Spessart-Bürger zum Beispiel die Kündigung der Wohnung, wird trotz Warteliste interveniert.

Die Beratungsstelle befindet sich im Karlstadter Landratsamt. Christian Maltry kann unter Tel. 09353/793-1135 oder per Mail unter Christian.Maltry@Lramp.de kontaktiert werden. **Pat Christ**



Menschen zusammenführen

Im Kleisthaus in Berlin fand jüngst das Inklusionsprojekt „Ich zeige Dir meine Welt“ der Diakonie Neuendettelsau und der Organisation „Shekel/Israel“ seinen Abschluss. Im Rahmen des Projektes haben sich Menschen mit Behinderungen in Hospitationen und Workshops gegenseitig besucht und sich kunstschaffend eingebracht. Der Höhepunkt für die Teilnehmer war eine Vernissage über die geschaffenen Kunstwerke, die nun in Berlin besucht werden kann. Der stellvertretende Landrat Reinhold Bittner war bei diesem Höhepunkt mit dabei und überbrachte die Grüße aus dem Landkreis Donau-Ries wie auch der Stadt Oettingen. Das Bild zeigt die kunstschaffenden Teilnehmer aus dem Landkreis Donau-Ries und der Stadt Oettingen. In Bildmitte Margit Schmitterer, Leiterin der Offenen Hilfen für Menschen mit Behinderung, links daneben Jürgen Zenker von der Diakonie Neuendettelsau sowie rechts daneben Reinhold Bittner, stellvertretender Landrat. **Bild: Manfred Thorwart**

10 Jahre Welterbe Regensburg:

Heimat mit Weltklasse

Am 16. Juli 2006 kam die frohe Nachricht in Regensburg an: Die Altstadt Regensburg mit Stadthof wird in die Liste der UNESCO-Welterbestätten aufgenommen. Zehn Jahre nach der Ernennung lud die Stadt Regensburg am ersten Juniwochenende ihre Bürger ein, dieses besondere Jubiläum zu feiern.

„Spielen, Bauen und Mitmachen“ hieß es am Marc-Aurel-Ufer direkt vor dem Besucherzentrum Welterbe. Die Angebote waren hier vor allem auf Familien und Kinder ausgerichtet: Der Spielbus der Stadt Regensburg lud zum Mitmachen ein und nebenan ließen sich hautnah verschiedene historische Zeitabschnitte erfahren: Was wurde eigentlich im Mittelalter gegessen? Wie sah ein Soldat Friedrichs des zweiten „in echt“ aus? Und wie hat man früher Kleidung hergestellt? Die Darsteller der kleinen historischen Szenen verkörperten ihre Zeit nicht nur, sondern erklärten auch die realen Hintergründe und luden zum Mitmachen ein. Selbst Hand anlegen konnten

die Besucher auch bei der Aktion „Eine Bank für das Welterbe“. Hier wurde gemeinsam eine flexible Sitzgelegenheit gebaut, die im Verlauf des Jubiläumsjahres immer wieder im Besucherzentrum oder temporär an verschiedenen „Welterbe-Orten“ aufgestellt wird. Entstehen soll ein mobiler Treffpunkt, der zum Verweilen, Staunen und Betrachten animiert.

„Erfahren, Suchen und Zuhören“

„Erfahren, Suchen und Zuhören“ hieß die Devise in der Altstadt und der Minoritenkirche. Die Berliner Volker Staab und Per Pedersen vom Architekturbüro Staab Architekten stan-

den vor Ort für zwei exklusive Führungen über das Neubauprojekt „Synagoge“ zur Verfügung. Zunächst gab es eine thematische Einführung im Neuen Rathaus, anschließend wurde die Baustelle in Augenschein genommen.

Wandelkonzert

Ein weiterer Schwerpunkt war der Neupfarrplatz und das Degginger: Zwei Stationen der Rallye für Kinder waren dort platziert, außerdem entstand in den Räumen des Degginger ein gemeinschaftliches Welterbekunstwerk, bei dem jeder, der Lust hatte, mitmachen konnte. Für Musikliebhaber wiederum war das Wandelkonzert „Die Welt am Strom“ in der Minoritenkirche mit hochkarätigen Musikern, Künstlern und einem einzigartigen künstlerischen Konzept der Höhepunkt des Jubiläumswochenendes.

Bei einem Festakt im historischen Reichssaal meinte Oberbürgermeister Joachim Wolberg: „Einmal Regensburg, immer Regensburg - das gilt nicht nur für meine Person, sondern auch für zahlreiche Firmen.“ Viele international tätige Unternehmen wie Osram, Infineon, die Maschinenfabrik Reinhausen, BMW oder Continental hätten sich hier angesiedelt. Zudem sei Regensburg durch die Universität und die Ostbayerische Technische Hochschule eine Studentenstadt im besten Sinn: interkulturell, jung, lebendig, weltoffen.

Studierende aus aller Welt

brächten sich in der Stadtgesellschaft ein und bereicherten dadurch auch die kulturelle Szene und die kreative Landschaft der Stadt. „Manchmal würde ich mir für die Altstadt noch mehr Buntes, Ausgefallenes und Schräges - etwa aus dem Bereich Kunst, Musik oder Performances wünschen. Ideen dazu sind herzlich willkommen!“, betonte der OB.

Universeller Wert

Wolbergs zufolge steht Welterbe über aller Ideologie, über jeglichem Fanatismus und ist universell. Der „Außergewöhnliche universelle Wert“, den jede Welterbestätte vorzuweisen hat, eine hier die UNESCO Welterbestätten „Altstadt Regensburg mit Stadthof“ und die antike syrische Oasenstadt Palmyra, die Buddha-Statuen von Bamiyan in Afghanistan sowie das römische Aquädukt Pont du Gard in Frankreich. Welterbe könne starke Zeichen setzen: „So wird in Syrien die zerstörte antike Stätte von Palmyra wieder aufgebaut werden“ - als Zeichen der Hoffnung auf eine bessere Zukunft und als Symbol dafür, dass das kulturelle Erbe einer Region immer auch Verantwortung mit sich bringt: Für die Bewahrung der Vergangenheit, für die Weiterentwicklung in der Gegenwart und für die Offenheit gegenüber Neuem in der Zukunft.

Zukunftsfähigkeit

Dies gelte freilich nicht nur für Länder wie Syrien oder Afghanistan. Die Sicherung der Zukunftsfähigkeit und der Umgang mit den globalen Herausforderungen wie Migration, Klimawandel, Bevölkerungswachstum und erhöhtes Verkehrsaufkommen beschäftigten die gesamte Gemeinschaft der Welterbestätten, auch Regensburg. „Nur sind wir glücklicherweise mit den nötigen Ressourcen ausgestattet, die es uns erlauben, hier die notwendigen Schritte zu unternehmen. Oder lassen Sie es mich anders formulieren: Die Baustellen in der Altstadt, auch jene, die vielleicht optisch nicht ganz so attraktiv sind, sie sind ein gutes Zeichen!“, machte der Rathauschef deutlich. „Wir machen unsere Stadt fit für die Zukunft. Wir machen die Stadt grüner und beugen so unter anderem der Überhitzung der Innenstadt vor. Wir steigern die Lebens-

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt eine Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH zum 9. EnergieForum der Bayerischen Gemeindezeitung im Veranstaltungsforum Fürstfeld bei Fürstfeldbruck bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

wachstum und erhöhtes Verkehrsaufkommen beschäftigten die gesamte Gemeinschaft der Welterbestätten, auch Regensburg. „Nur sind wir glücklicherweise mit den nötigen Ressourcen ausgestattet, die es uns erlauben, hier die notwendigen Schritte zu unternehmen. Oder lassen Sie es mich anders formulieren: Die Baustellen in der Altstadt, auch jene, die vielleicht optisch nicht ganz so attraktiv sind, sie sind ein gutes Zeichen!“, machte der Rathauschef deutlich. „Wir machen unsere Stadt fit für die Zukunft. Wir machen die Stadt grüner und beugen so unter anderem der Überhitzung der Innenstadt vor. Wir steigern die Lebens-

qualität und Zugänglichkeit. Und das Wichtigste: Wir erhalten die Lebendigkeit der Altstadt.“

Realistischer Traum

Wolbergs abschließend: „Die Stadt Regensburg hat vor zehn Jahren mit dem Welterbetitel ein Geschenk erhalten. Ein unbezahlbares Geschenk, auf das die Bürger sehr stolz sind, sein können und dürfen. Und ich, als Oberbürgermeister dieser Stadt, ... habe mir fest vorgenommen in Zukunft nur noch von einem zu träumen - und das ist im Vertrauen gesagt auch gar nicht unrealistisch - von einem zweiten Welterbetitel für Regensburg.“ **DK**

Ausbildungsmesse in Gerolzhofen

Im Rahmen einer Zusammenarbeit zwischen der Stadt Gerolzhofen, der Agentur für Arbeit Schweinfurt und der Freiwilligenagentur „GemeinSinn“ wird eine Ausbildungsmesse in Kombination mit einer Freiwilligenmesse in Gerolzhofen veranstaltet. Termin ist am Samstag, den 22. Oktober 2016.

Ansässige Firmen, Dienstleister und Unternehmen können sich als Ausbildungsbetriebe präsentieren. „Mit dieser Messe wollen wir den Standort Gerolzhofen als attraktiven Ausbildungs- und Arbeitsort darstellen und stärken“, betonte Bürgermeister Thorsten Wozniak jüngst bei der Vorstellung des Projekts.

Die Freiwilligenmesse soll dafür dienen, die verschiedenen Engagement-Möglichkeiten in Gerolzhofen aufzuzeigen - und natürlich dazu, neue Ehrenamtliche zu gewinnen.

Weitere Informationen durch den Stadtmarketingbeauftragten unter: stadtteilmanagement@gerolzhofen.info □

Verkäufe

Zerlegbare Sitztribünen

„Layhere Allround Gerüstknoten“
Maximal 1.000 Personen (lt. Prüfbuch). VB 60.000 Euro.
Näheres: Stadt Nördlingen, Tel. 09081/84-140.

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 23. Juni 2016 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Breitband
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperreffosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANCE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Fahnenmaste + Fahnen

HELA-MAST GmbH
P. HENKEL
Fahnenmaste, Fahnen, Lichtmaste, Leuchten,
Flutlichtanlagen, Fahrradständer, Abfallsamm-
HELA-MAST GmbH · Postfach 10 11 55 · 57202 Kreuztal
Telefon: 02732/7687-0 · Telefax: 02732/7687-10
E-Mail: info@hela-mast.de · Internet: www.hela-mast.de

Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Kindergarteneinrichtungen

Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Komfortlüftungssysteme mit Wärmerückgewinnung

LTM GmbH
Eberhardtstr. 60 | 89073 Ulm
Tel. 0731 - 40 98 67 - 0
info@ltm-uhl.de
www.ltm-uhl.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de
Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de
Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com
Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de
Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de
KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen



Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Wissen was für bayerische Kommunen wichtig ist:

Ihr ABO der
BAYERISCHE
Gemeindezeitung
www.gemeindezeitung.de

- im Einzelabo für 81,43 € und
- ab 10 Zeitungen im Sammelabo für
 - 28,89 € (Lieferung an eine Adresse) oder
 - 40,93 € (Lieferung mit Einzelversand)

Auf Wunsch jeweils als Kombination print/ePaper

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER

05326 / 502-0



38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Wohnheimeinrichtungen

Wir sind die WOHNHEIM-Ausstattungs-Spezialisten

STAHLROHR-ETAGENBETTEN
SCHAUMSTOFF-MATRATZEN
STAHLKLEIDERSCHRÄNKE

Infos unter www.bockorny.de - oder Katalog anfordern

bockorny
bettet gut
70734 FELLBACH
Hintere Str. 31 - 35
Tel. 07 11 / 58 26 69
Fax 07 11 / 58 26 68